



Jahresbericht des deutschen Exekutivdirektors bei der Weltbank 2007

JAHRESBERICHT

des deutschen Exekutivdirektors
bei der Weltbank

Geschäftsjahr 2007

www.worldbank.org/eds05



THE WORLD BANK GROUP



Office of the German Executive Director

Mail Stop Number (MSN) MC 11-1109

Room Number MC 11-125

World Bank Group

1818 H Street N.W.

Washington D.C. 20433

U. S. A.

Bitte schicken Sie Ihre Kommentare und Anregungen an:
Dsperco@worldbank.org oder Bhaghighi@worldbank.org

Redaktion: Dr. Claudia Müller

Vorwort

Dieser Jahresbericht informiert über die wichtigsten Entwicklungen der Weltbankgruppe im Geschäftsjahr 2007¹ sowie über Schwerpunkte, bei denen das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und das deutsche Weltbankbüro Akzente setzen konnten.

Dieses Geschäftsjahr wird in der Geschichte der Weltbank als das Jahr der tiefsten Krise eingehen. Der erst seit zwei Jahren im Amt tätige Weltbankpräsident Paul Wolfowitz trat im Mai 2007 wegen des Vorwurfs zurück, seine Lebenspartnerin entgegen den Regeln der Weltbank u. a. mit erheblichen Gehaltsaufbesserungen bevorzugt zu haben. Diesem Rücktritt gingen monatelange Auseinandersetzungen mit dem Exekutivdirektorium als Vertreter der Anteilseigner voraus, so dass am Ende das Verhältnis zwischen dem Präsidenten und den Anteilseignern irreparabel gestört war. Letztendlich gelang es dem Exekutivdirektorium, nach erfolgtem Rücktritt einen neuen, von den USA vorgeschlagenen Präsidenten ins Amt zu bringen: Robert B. Zoellick. Der neue Weltbankpräsident trat sein Amt am 1. Juli 2007 an.

¹ Das Geschäftsjahr 2007 umfasste den Zeitraum 1. Juli 2006 bis 30. Juni 2007

Jedoch brachten nicht allein die turbulenten Monate vor dem Rücktritt von Paul Wolfowitz die Weltbank in ein schwieriges Fahrwasser. Von Beginn seiner Amtszeit an sorgte Wolfowitz mit seinem Managementstil und einigen Entscheidungen sowohl in Teilen des Managements als auch im Exekutivdirektorium für Unmut. Besonders hervorzuheben ist die Anti-Korruptionsagenda, die das wichtigste Thema seiner Amtszeit werden sollte. Es gelang Wolfowitz während seiner Präsidentschaft auch nicht, eine tragfähige Strategie für die Weltbank zu entwickeln, die Antworten auf die Herausforderungen gegeben hätte, denen sich die Weltbank gegenüber sieht. Insgesamt war seine Amtszeit durch Spannungen geprägt, die nicht nur ein negatives Arbeitsklima schufen, sondern auch den Eindruck hinterließen, dass diese zwei Jahre für die Weltbank als Institution verloren waren.

Vom neuen Präsidenten wird erwartet, dass er für die Weltbank neue Perspektiven in einem veränderten globalen Umfeld aufzeigt. Es steht nicht weniger auf dem Prüfstand als die Frage nach der Relevanz der Weltbank. Herausforderungen bestehen z. B. im Hinblick auf die künftige Zusammenarbeit der Weltbank mit Ländern mit mittlerem Einkommen, bei der effektiven Zusammenarbeit der Weltbank mit Afrika, in Bezug auf den Beitrag der Weltbank zum Schutz globaler öffentlicher Güter sowie in Bezug auf ihr stärkeres Engagement in der Energiepolitik, insbesondere bei erneuerbaren Energien.

Nach wie vor verfügt die Weltbank über umfangreiches Wissen, das zusammen mit entsprechenden Investitionen in Entwicklungsländern wichtige Entwicklungsimpulse geben kann. In den Vorbereitungen zur deutschen G8-Präsidentschaft zeigte sich die Weltbank sehr engagiert und

trug mit verschiedenen Studien dazu bei, dass der Heiligendamm-Prozess ein scharfes Profil zeichnen konnte.

Der neue Weltbankpräsident Robert Zoellick hat bereits angekündigt, dass die Weltbank sich den oben genannten Herausforderungen stellen und eine entsprechende Strategie erarbeiten wird. Insgesamt konnte durch den Präsidentenwechsel ein größerer Schaden für die Weltbank abgewendet werden.

Das Geschäftsjahr 2007 ist für die Weltbank und ihre Mitgliedsländer recht erfolgreich verlaufen, wie u. a. folgende Zahlen belegen: So stellte die Weltbank im abgelaufenen Geschäftsjahr insgesamt 34,3 Mrd. US-\$ (das sind 7,8% mehr Mittel als im Vorjahr) für Darlehen, Zuschüsse, Eigenkapitalbeteiligungen und Garantien zur Verfügung. Dabei beliefen sich die Neuzusagen von IBRD und IDA auf 24,7 Mrd. US-\$. Hervorzuheben ist der Rekordgewinn von 2,6 Mrd. US-\$, den die International Finance Corporation (IFC) erzielte. Auch zeigen die in diesem Jahresbericht ausgewählten Schwerpunktthemen, dass die Weltbank in wichtigen Bereichen ihr Engagement fortgesetzt hat.

Washington DC, im September 2007

Dr. Eckhard Deutscher
Exekutivdirektor

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung für eilige Leserinnen und Leser	xi
Abkürzungsverzeichnis	xxiii
Glossar	xxvii
Abbildungs- und Tabellenverzeichnis	xxxii
1 Überblick	1
1.1 Die Weltbankgruppe auf einen Blick	1
1.2 Steuerung und Organisation der Weltbank	6
2 Schwerpunktthemen aus deutscher Sicht	11
2.1 Klimawandel und erneuerbare Energien	11
2.2 Gender (Gleichberechtigung der Geschlechter)	15
2.3 Gute Regierungsführung und Anti-Korruption	20
2.4 Neue Strategie für Gesundheit, Ernährung und Bevölkerung verabschiedet	28
3 Grundsätzliche, sektorale und regionale Themen des Geschäftsjahres 2007	31
3.1 Jahres- und Frühjahrstagung von IWF und Weltbank	31

3.2	Deutsche EU-Präsidentschaft und G8-Vorsitz	35
3.3	Weltbankbüro in Berlin	40
3.4	Weltentwicklungsbericht 2008: Landwirtschaft und Entwicklung	41
3.5	IDA14 Mid-Term Review und IDA15-Wiederauffüllungsverhandlungen	45
3.6	Corporate Governance der Weltbank	52
3.7	Krisen- und Konfliktländer, Post-Konflikt-Länder und LICUS-Strategie	55
3.8	Weiterentwicklung der Umwelt- und Sozialstandards der Weltbankgruppe	63
3.9	Fortschritt beim Afrika Aktionsplan	70
3.10	Zusammenarbeit der Weltbank mit den Mitteleinkommensländern: Anpassung von Strategien und Instrumenten	75
3.11	Der „Malan-Bericht“ zur Zusammenarbeit von Weltbank und IWF	80
3.12	Wachstumsorientierte Finanzpolitik	84
3.13	Development Gateway Foundation	87
3.14	Deutsche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Weltbankgruppe	88
4	Die Geschäftstätigkeit der Weltbankgruppe im Geschäftsjahr 2007	97
4.1	Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (IBRD)	97
4.2	Internationale Entwicklungsorganisation (IDA)	98
4.3	International Finance Corporation (IFC)	99
4.4	Multilaterale Investitionsagentur (MIGA)	102

4.5	Treuhandfonds und weitere Aktivitätsfelder der Weltbank	105
5	Außenbeziehungen des deutschen Weltbankbüros	109
5.1	Zusammenarbeit mit der deutschen Wirtschaft	109
5.2	Sonstige Außenbeziehungen	113
6	Anlagen	115
6.1	Neuzusagen und Auszahlungen der IBRD in den Geschäftsjahren 2006 und 2007	115
6.2	Neuzusagen und Auszahlungen der IDA in den Geschäftsjahren 2006 und 2007	116
6.3	IFC-Geschäftstätigkeit in den Geschäftsjahren 2006 und 2007	117
6.4	MIGA-Geschäftstätigkeit in den Geschäftsjahren 2006 und 2007	118
6.5	Organigramme	119
6.6	Nützliche Links	122
6.7	Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des deutschen Weltbankbüros	123

Zusammenfassung für eilige Leserinnen und Leser

Das Geschäftsjahr 2007 (Juli 2006 bis Juni 2007) ist für die Weltbank, ihre Anteilseigner und ihre Kunden insgesamt erfolgreich verlaufen.

Schwerpunktthemen aus deutscher Sicht im Geschäftsjahr 2007 waren:

- Klimawandel und erneuerbare Energien
- *Gender* (Gleichberechtigung der Geschlechter)
- Gute Regierungsführung und Anti-Korruption
- Die neue Strategie der Weltbank für Gesundheit, Ernährung und Bevölkerung

Kapitel 2.1 berichtet über das Thema Klimawandel und erneuerbare Energien. Der Klimawandel ist zu einer zentralen Herausforderung für die Weltbank und ihre Mitglieder geworden, wobei die ärmsten Entwicklungsländer von den Folgen überproportional betroffen sind. Die Weltbank unterstützt diese Länder bei der Anpassung an veränderte Klimabedingungen und berät Schwellenländer beim Umstieg auf klimafreundliche Energiequellen. Dabei hat die Weltbank ihre Selbstverpflichtung bezüglich einer Ausweitung des Anteils an erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz im

vergangenen Geschäftsjahr erneut erfüllt. Dennoch ist die Rolle der Weltbank in diesem Bereich unter den Anteilseignern nicht unumstritten: Während zahlreiche Länder hier keine Zuständigkeit der Weltbank sehen, drängt Deutschland seit langem darauf, sie mit einem klaren Mandat für Klimaschutz und andere globale öffentliche Güter auszustatten.

Kapitel 2.2 berichtet über Fortschritte beim Thema **Gender (Gleichberechtigung der Geschlechter)**. Die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung und das Erreichen der Millenniumsziele – insbesondere der Ziele Armutsreduzierung und Gleichberechtigung – sind nicht möglich, ohne der Teilnahme von Frauen am Wirtschaftsleben eine höhere Aufmerksamkeit als bislang zu schenken. Denn obwohl das Bildungsniveau von Frauen infolge höherer Bildungsinvestitionen weltweit gestiegen ist, verfügen Frauen immer noch über deutlich schlechtere Chancen in der Wirtschaft als Männer. Die Weltbank hat im Januar 2007 den *Gender Action Plan* mit dem Titel „*Gender as Smart Economics*“ lanciert, um die wirtschaftliche Teilhabe von Frauen in produktiven Bereichen (insbesondere Landwirtschaft, Privatsektor und Infrastruktur) zu stärken. Bundesministerin Wieczorek-Zeul ist die offizielle Schirmfrau des Aktionsplans.

Auch dieses Geschäftsjahr stand im Zeichen einer kontrovers geführten Debatte um das Engagement der Weltbank im Bereich **Governance und Korruptionsbekämpfung** (vgl. Kapitel 2.3). Die Auseinandersetzungen um die „*Governance and Anticorruption*“-Strategie der Bank führten dazu, dass die Gouverneure den von Präsident Paul Wolfowitz bei der

Jahrestagung 2007 in Singapur vorgelegten Vorschlag nicht billigten. Erst nach umfassenden Konsultationen mit Regierungen, Gebern, Parlamenten, der Zivilgesellschaft, dem Privatsektor und Medien in insgesamt 47 Ländern sowie nach darauf basierenden Anpassungen der Strategie wurde der neue Vorschlag auf der Frühjahrstagung 2007 von den Gouverneuren angenommen.

Im Geschäftsjahr 2007 wurde die neue Sektorstrategie der Weltbank für **Gesundheit, Ernährung und Bevölkerung** (*Health, Nutrition and Population*) verabschiedet (vgl. Kapitel 2.4), in der sich die Weltbank künftig stärker auf weniger Bereiche konzentriert und die Beiträge anderer Geber sinnvoll zusammenführt bzw. die nationalen Gesundheitssysteme der Partnerländer stärkt. Dies ist angesichts der wachsenden Anzahl von Gebern und vertikaler Fonds sinnvoll. Bezüglich der Rolle der Weltbank im Bereich Sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte (SRGR) kam es zu großen Kontroversen, nachdem das Management – offenbar unter dem Druck verschiedener Anteilseigner – versucht hatte, sich aus dem Bereich SRGR zurückzuziehen. Dies konnten die europäischen Exekutivdirektoren auf Initiative der deutschen EU-Präsidentschaft hin verhindern und ein klares Bekenntnis der Weltbank zu reproduktiver Gesundheit und zum Aktionsplan der *International Conference on Population and Development* sichern.

Grundsätzliche, sektorale und regionale Themen des Geschäftsjahres 2007:

Inhalt von Kapitel 3 sind weitere grundsätzliche, sektorale und regionale Themen des Geschäftsjahres 2007:

Die gemeinsame **Jahres- und Frühjahrstagung von IWF und Weltbank** fand 2006 in Singapur statt und konzentrierte sich in erster Linie auf die Themen *Governance* und Korruptionsbekämpfung und die Strategie der Weltbank in Mitteleinkommensländern (vgl. Kapitel 3.1). Bezüglich des ersten Themas kam es zu einer Kontroverse zwischen den Anteilseignern und dem Management, als Präsident Wolfowitz eine unabgestimmte und letztlich unausgewogene Strategie dazu präsentierte. Dabei ging es in der Debatte nicht um die Frage, ob die Bank sich in diesem Bereich engagieren sollte, sondern wie sie dies am besten tun könne.

Die **Frühjahrstagung 2007** von Weltbank und IWF fand in Washington, D.C. statt und war von den Vorfällen um Präsident Wolfowitz' Lebensgefährtin überschattet, die auf sein Geheiß hin unzulässige Beförderungen und Gehaltserhöhungen als Weltbank-Mitarbeiterin bekommen hatte. Bundesministerin Wieczorek-Zeul hatte vor und während der Tagung ihre Sorge zum Ausdruck gebracht, dass die Integrität der Bank durch die Affäre in Mitleidenschaft gezogen werde, was breite Unterstützung unter den anderen Anteilseignern fand. In der Folge wurde das Exekutivdirektorium aufgefordert, die Untersuchungen in dieser Angelegenheit zu einem Ende zu führen.

Die Erörterung der Themen im Entwicklungsausschuss verlief wenig kontrovers. Auf der Tagesordnung standen der *Global Monitoring Report* sowie der Afrika Aktionsplan. Dabei wurde eine breite Unterstützung der Gouverneure für eine verstärkte Förderung von Frauen und ein besseres und verstärktes Engagement der Gebergemeinschaft in fragilen Staaten deutlich.

Kapitel 3.2 (**Deutsche EU-Präsidentschaft und G8-Vorsitz**) gibt einen Überblick über die Koordination zwischen den EU-Mitgliedern der Bank im Allgemeinen und die Höhepunkte der deutschen Präsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 im Besonderen. Ferner gibt das Kapitel einen kurzen Überblick über diejenigen Themen des G8-Gipfels in Heiligendamm, bei deren Umsetzung die Weltbank ein wichtiger Akteur ist.

Kapitel 3.3 berichtet über **das neue Weltbankbüro**, das im September 2007 in Berlin eröffnet wurde.

Der in Kapitel 3.4 kurz dargestellte **Weltentwicklungsbericht 2008: Landwirtschaft und Entwicklung** beschäftigt sich mit der Frage, welche Rolle die Landwirtschaft bei der Reduzierung der weltweiten Armut spielt. Laut Bericht leben 75% aller Armen in Entwicklungsländern (das sind 2,1 Mrd. Menschen, die täglich mit weniger als 2 US-\$ pro Tag auskommen müssen) in ländlichen Regionen, und die meisten davon arbeiten in der Landwirtschaft. Die weltweite Armut kann folglich zwar nicht allein mit Hilfe der Landwirtschaft reduziert werden, aber umgekehrt ist ohne Landwirtschaft keine Armutsreduzierung möglich. Der Bericht enthält zahlreiche Empfehlungen für Politiker in Entwicklungs- und in Industrieländern zur Förderung dieses in den letzten Jahrzehnten vernachlässigten Sektors.

Kapitel 3.5 gibt einen Überblick über die **IDA14 Mid-Term Review** (d. h. die Überprüfung von IDA14-Politiken) **und die IDA 15 Wiederauffüllungsverhandlungen**. Die Überprüfung im Rahmen der *IDA14 Mid-Term Review* ergab, dass die Hälfte der IDA-Zusagen an Subsahara-Afrika ging und Subsahara-Afrika mit 70% den größten Anteil an den Zuschüssen erhielt. Das Pilotprogramm zur

Förderung von Regionalprojekten soll weiter ausgebaut, die Harmonisierungsbemühungen vorangetrieben und das System zur Ergebnismessung konsequent umgesetzt werden.

Die Mittel der IDA werden regelmäßig alle drei Jahre durch die Geberländer aufgestockt. Im März 2007 begannen in Paris die Verhandlungen für die 15. Wiederauffüllung. Auf diesem Treffen wurden die drei Sonderthemen – 1) die Rolle von IDA in der internationalen Entwicklungsarchitektur, 2) die Effektivität von IDA auf Länderebene, 3) fragile Staaten – für die IDA15 Laufzeit festgelegt. Die zweite Verhandlungsrunde fand Ende Juni 2007 in Maputo, Mosambik, statt. Die Veranstaltung wurde von der Weltbank erfolgreich genutzt, um den Mehrwert von IDA in der internationalen Entwicklungsarchitektur darzulegen und Maßnahmen zur Verbesserung des Engagements von IDA in fragilen Staaten vorzuschlagen. Außerdem begann man mit der Diskussion über das Finanzvolumen von IDA15, die beim dritten Treffen im Herbst 2007 in Dublin fortgesetzt werden soll. Die abschließende vierte Verhandlungsrunde soll in Berlin stattfinden.

Kapitel 3.6 beschäftigt sich mit dem Thema *Corporate Governance*, d. h. mit Fragen einer angemessenen **Unternehmensführung und -kontrolle**. In der ersten Hälfte des Geschäftsjahres befasste sich das Exekutivdirektorium erneut mit der Voice Agenda. Jedoch wurde in Bezug auf die bei der Frühjahrstagung 2007 unterbreiteten Vorschläge zur Umstrukturierung der Entscheidungs- und Kapitalstrukturen in der Weltbank (u. a. Erhöhung der Anzahl der afrikanischen Sitze im Exekutivdirektorium, offene Wahl des Weltbankpräsidenten) erneut keine Einigung erzielt. Neue politische Impulse sind zu erwarten, wenn der IWF seine

Arbeiten zur Umstrukturierung der IWF-Quotenformel abgeschlossen hat.

Die zweite Jahreshälfte stand ganz im Zeichen der Krise um den ehemaligen Weltbankpräsidenten Paul Wolfowitz, in deren Folge das Exekutivdirektorium eine Arbeitsgruppe gründete, die sich zunächst mit dem unmittelbaren Fehlverhalten von Paul Wolfowitz beschäftigen wird (*Code of Conduct* und Überprüfung der Einhaltung durch das *Ethics Committee*), bevor es sich mit der Gewährleistung internationaler *Corporate Governance*-Standards in der Weltbank befasst.

Kapitel 3.7 skizziert die **Aktivitäten der Weltbank in fragilen Staaten**. Neben tiefgreifenden internen Reformen zur Verbesserung der Weltbank-Instrumente und zur Verstärkung der Präsenz vor Ort waren fragile Staaten ein Thema des *Global Monitoring Reports*, der auf der Frühjahrstagung 2007 diskutiert wurde. Außerdem wurden fragile Staaten als Sonderthema in die IDA15 Wiederauffüllungsrunde eingeführt.

Kapitel 3.8 gibt einen Überblick über die **Umwelt- und Sozialstandards** der Weltbankgruppe. Besonders hervorzuheben ist, dass MIGA die 2006 in Kraft getretenen Politik und Standards der IFC (*Policy and Performance Standards on Social and Environmental Sustainability*) für ihren Geschäftsbereich angepasst und übernommen hat. Auch die Zahl der Banken, die die IFC-Standards bei der Finanzierung von Projekten berücksichtigen wollen (sog. „Äquator-Banken“), hat sich erhöht. Schließlich wurde – nicht zuletzt auf Druck der Bundesregierung – erreicht, dass erstmalig auch Exportkreditagenturen die Umwelt- und Sozialstandards der IFC bei Projektfinanzierungen anwenden.

Kapitel 3.9 informiert über den **Fortschrittsbericht zum Afrika Aktionsplan**. Der Bericht schlägt auf Grundlage der Erfahrungen seit Inkrafttreten des Plans vor 18 Monaten vor, die vier Schwerpunkte (Aufbau leistungsfähiger Staaten & guter Regierungsführung, armutsorientierte Wachstumsförderung, Geberharmonisierung, Ergebnisorientierung) in acht stärker fokussierte *Flagships* zu gießen. Flankierend hat die Weltbank ihre Arbeiten zur Stärkung der personellen und institutionellen Kapazitäten in Afrika weitergeführt. Auch bei der deutschen Entwicklungszusammenarbeit, insbesondere im Rahmen der G8-Präsidentschaft und der Kooperation mit der Weltbank, spielte Afrika eine herausgehobene Rolle. Dies kam auch während des Deutschen Weltbankforums im Mai in Berlin zum Ausdruck, das unter dem Motto „Afrika im Aufbruch“ stand.

Inhalt von Kapitel 3.10 ist die **Strategie der Weltbank für die Mitteleinkommensländer**. In den vergangenen zehn Jahren ist das Ausleihvolumen der Weltbank an Länder mit mittlerem Einkommen deutlich gesunken. Für die Arbeit der Weltbank als globale Institution und für ihre Refinanzierung ist das Geschäft mit aufstrebenden Volkswirtschaften jedoch weiterhin wichtig, zudem kann sie die Mitteleinkommensländer bei ihren spezifischen Problemen unterstützen. Um dies besser tun zu können, hat das Management einen Aktionsplan entwickelt, auf dessen Grundlage vorhandene Instrumente und Produkte besser an den Bedürfnissen der Mitteleinkommensländer ausgerichtet werden sollen.

Kapitel 3.11 stellt den „**Malan-Bericht**“ vor, der die Zusammenarbeit von Weltbank und IWF untersucht und Vorschläge zur Verbesserung der Kooperation beider Institutionen enthält.

Kapitel 3.12 skizziert die **Grundzüge der wachstumsorientierten Finanzpolitik**. Im September 2005 beauftragte der Entwicklungsausschuss das Management der Weltbank damit zu untersuchen, wie Finanzpolitik eingesetzt werden kann, um das Wirtschaftswachstum und die Entwicklung in armen Ländern zu fördern. Der zur Frühjahrstagung 2006 vorgelegte Zwischenbericht zeigt anhand von Länderfallbeispielen, wie Finanzpolitik in Ländern unterschiedlichen Entwicklungsstandes zum Wirtschaftswachstum und zur Armutsreduzierung beitragen kann, ohne die makroökonomische Stabilität zu gefährden.

Kapitel 3.13 berichtet über die Tätigkeit der im Jahr 2001 gegründeten *Development Gateway Foundation*, deren Hauptziel es ist, durch die Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien die weltweite Armut zu verringern und die nachhaltige Entwicklung zu fördern.

In Kapitel 3.14 geht es um **deutsche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Weltbank**. Der Anteil der international rekrutierten Deutschen, die in gehobenen Positionen in der Weltbank beschäftigt sind, konnte im letzten Geschäftsjahr um 3,7% gesteigert werden und liegt mit 3,2% (141 Mitarbeiter von insgesamt etwa 4.400 Weltbankmitarbeitern in gehobenen Positionen) auf seinem bisher höchsten Stand. Nach der Steigerung der Zahl der deutschen Mitarbeiter um 12,4% im letzten Jahr wurde damit auch in diesem Jahr der positive Trend verfestigt.

Die Geschäftstätigkeit der Weltbankgruppe

Kapitel 4 gibt einen Überblick über die Geschäftstätigkeit der Weltbankgruppe im Geschäftsjahr 2007:

Bei der ***International Bank for Reconstruction and Development (IBRD)***, die Kredite zu marktnahen Konditionen an Schwellenländer vergibt, sind die Kreditneuzusagen gegenüber dem Vorjahr leicht auf 12,8 Mrd. US-\$ gesunken. Die Auszahlungen von IBRD-Mitteln blieben mit gut 11 Mrd. US-\$ geringfügig unter dem Vorjahr. Damit ist das IBRD-Kreditportfolio erneut geschrumpft. Die IBRD ist daher auf der Suche nach ihrer zukünftigen Rolle in der internationalen Finanz- und Entwicklungsarchitektur (siehe hierzu auch Kapitel 3.10).

Die ***International Development Association (IDA)*** vergibt zinslose Kredite und Zuschüsse an rund 80 Länder, in denen sich das durchschnittliche jährliche Pro-Kopf-Einkommen auf weniger als 1.065 US-\$ beläuft. Die IDA-Neuzusagen sind im abgelaufenen Geschäftsjahr auf 11,9 Mrd. US-\$ angestiegen, die Auszahlungen sanken hingegen leicht von 8,9 auf 8,6 Mrd. US-\$. Der größte Anteil der Neuzusagen (45%) entfiel auf afrikanische Länder.

Die ***International Finance Corporation (IFC)*** fördert private Investitionen in Entwicklungsländern. IFC hat sich in den vergangenen fünf Jahren ausgesprochen dynamisch entwickelt. Das Exekutivdirektorium der IFC genehmigte Vorhaben mit einem Gesamtvolumen von 9,3 Mrd. US-\$ gegenüber einem Volumen von 7,1 Mrd. US-\$ im Geschäftsjahr 2006. IFC erzielte einen Rekordgewinn in Höhe von 2,6 Mrd. US-\$. IFC plant eine weitere Expansion sowie eine Verbesserung der entwicklungspolitischen Ausrichtung ihres Engagements.

Ziel der ***Multilateral Investment Guarantee Association (MIGA)*** ist es, durch die Absicherung politischer Risiken (also Enteignung, Kriege und Bürgerkriege,

Devisentransferbeschränkungen und Vertragsbruch) ausländische Direktinvestitionen in Entwicklungsländern zu fördern. Das Garantievolumen von MIGA stagniert allerdings seit Jahren in einer Größenordnung von lediglich 1,2–1,4 Mrd. US-\$ pro Jahr. Im Vergleich zu privaten Nettokapitalflüssen in Entwicklungsländer in Höhe von 400–500 Mrd. US-\$ pro Jahr erscheint dies eher marginal.

Neben dem „Kerngeschäft“ der Kredit- und Zuschussvergabe verwaltet die Weltbankgruppe in zahlreichen **Treuhandfonds** zweckgebundene Zuschüsse bilateraler Geber mit einem Gesamtvolumen von rd. 21 Mrd. US-\$. Die größten und bekanntesten dieser Fonds sind der *Global Fund to fight Aids, Tuberculosis and Malaria* (GFATM), der *Global Environmental Fund*, der HIPC-Treuhandfonds und länderbezogene Treuhandfonds für Irak, Afghanistan, Palästina und Ost-Timor. Daneben leistet die Weltbank in erheblichem Umfang Entwicklungsländerforschung, bietet technische Hilfe und Beratung sowie ein breites Fortbildungsangebot an und veranstaltet zahlreiche Konferenzen.

Sonstige Themen des Jahresberichts

Kapitel 5 berichtet über die **Außenbeziehungen des deutschen Weltbankbüros**, wobei die Zusammenarbeit des Büros mit der deutschen Wirtschaft einen Schwerpunkt darstellt.

Kapitel 6 (Anhang) enthält **nützliche Zusatzinformationen**, u. a. Tabellen zur Geschäftstätigkeit der Weltbankgruppe, Organigramme für IBRD, IDA, MIGA und IFC sowie Links zu wichtigen Berichten und Internetadressen der Weltbank.

Abkürzungsverzeichnis

BDI	Bundesverband der Deutschen Industrie
bfai	Bundesagentur für Außenwirtschaft
BFIO	Büro Führungskräfte zu internationalen Organisationen
BMWi	Bundesministerium für Wirtschaft
BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
DAC	<i>Development Assistance Committee</i> der OECD
DGF	<i>Development Gateway Foundation</i>
DIHK	Deutscher Industrie- und Handelskammertag
ED	Exekutivdirektor
ESMAP	<i>Energy Sector Management Assistance Programme</i>
EU	Europäische Union
GAC-Strategie	<i>Strengthening Bank Group Engagement on Governance and Anticorruption</i> (Korruptionsbekämpfungsstrategie der Weltbank)

GFATM	Globaler Fonds zur Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose und Malaria
GTZ	Gesellschaft für technische Zusammenarbeit
HIPC	<i>Heavily Indebted Poor Countries</i> (hochverschuldete arme Länder)
IBRD	<i>International Bank for Reconstruction and Development</i> (Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung)
ICSID	<i>International Center for the Settlement of Disputes</i> (Internationales Zentrum zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten)
IDA	<i>International Development Association</i> (Internationale Entwicklungsorganisation)
IFC	<i>International Finance Corporation</i> (Internationale Finanz-Corporation)
ILO	<i>International Labor Organization</i> (Internationale Arbeitsorganisation)
IWF	Internationaler Währungsfonds
KfW	Kreditanstalt für Wiederaufbau
MICs	<i>Middle Income Countries</i> (Mittleinkommens- bzw. Schwellenländer)
MDRI	<i>Multilateral Debt Relief Initiative</i> (multilaterale Entschuldungsinitiative, siehe Glossar)
MIGA	<i>Multilateral Investment Guarantee Agency</i>

	(Multilaterale Investitionsgarantie-Agentur)
ODA	<i>Official Development Assistance</i> (siehe Glossar)
OECD	<i>Organization for Economic Cooperation and Development</i> (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung)
PS	<i>Performance Standards</i> (Umwelt- und Sozialpflichten von Unternehmen)
SRGR	Sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte
STAR-Initiative	<i>Stolen Asset Recovery Initiative</i>
UNCAC	<i>UN Convention against Corruption</i>
UNDP	<i>United Nations Development Program</i> (Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen)
UNICEF	<i>United Nations International Children's Emergency Fund</i> (Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen)
VN	Vereinte Nationen
WHO	<i>World Health Organization</i> (Weltgesundheitsorganisation)
WTO	<i>World Trade Organization</i> (Welthandelsorganisation)

Glossar

Additionality	Prinzip der Zusätzlichkeit von finanziellen Mitteln (z. B. sollen Zahlungsverpflichtungen der Geber im Rahmen der Entschuldungsinitiative MDRI zusätzlich zu den regulären Beiträgen der Geber zu IDA sein)
Alignment	Ausrichtung der Geber an den Prioritäten bzw. Entwicklungsanliegen der Partnerländer
Development Policy Lending	Finanzhilfen für die Umsetzung sektoraler oder gesamtwirtschaftlicher Reformprogramme
Entwicklungsausschuss	Zusammenkunft der Gouverneure im Rahmen der Jahrestagung von IWF und Weltbank, auf der über wichtige Entwicklungsthemen und finanzielle Ressourcen diskutiert wird, die für die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung in armen Ländern notwendig sind
Harmonization	Vereinfachung bzw. Vereinheitlichung von Programmen unterschiedlicher

	Geber, damit sie für das Partnerland handhabbarer werden
Heavily Indebted Poor Countries (HIPC) Initiative	Kölner Entschuldungsinitiative (1999) zugunsten hochverschuldeter armer Länder
Investment Lending	Investitionskredite zur Finanzierung bestimmter Projekte der physischen oder sozialen Infrastruktur
Konzessionäre Kredite	Langfristige, zinsvergünstigte (d. h. subventionierte) Kredite, oft von technischer Unterstützung begleitet
Multilateral Debt Relief Initiative (MDRI)	Beim Weltwirtschaftsgipfel im Juli 2005 angestoßene multilaterale Entschuldungsinitiative
Official Development Assistance (ODA)	Vom öffentlichen Sektor vergebene Zuschüsse und Darlehen, die in erster Linie der Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung dienen und – im Fall von Darlehen – ein Zuschusselement von mindestens 25% aufweisen
Ownership	Identifikation des Partnerlandes mit den gemeinsam von der Regierung des Partnerlandes und der Gebergemeinschaft festgelegten Entwicklungszielen
Public-Private Partnerships	Entwicklungspartnerschaften mit der Wirtschaft, d. h. gemeinsame Planung, Finanzierung und Realisierung von Projekten, wobei

	öffentliche und private Partner ihre jeweiligen Stärken kombinieren
Safeguards	Umwelt- und Sozialstandards der Weltbank
Scaling-up	Erhöhung, Ausweitung (der Begriff wird meist im Zusammenhang mit finanziellen Ressourcen verwendet, kann sich aber auch auf Infrastruktur beziehen)
Use of Country Systems	Verwendung nationaler Regeln und Verfahren bei der Umsetzung von Weltbankprojekten. Voraussetzung hierfür ist, dass die glaubwürdige Umsetzung der Regeln durch effiziente Institutionen gewährleistet ist
Vertikale Initiativen bzw. Fonds	Vertikale Initiativen bzw. Fonds stellen Mittel für ausgewählte Themen bereit (z. B. Bekämpfung von HIV/AIDS, Malaria und Tuberkulose). Anders als z. B. die meisten Ressourcen von IDA sind diese Mittel nicht bestimmten Ländern zugeordnet

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1:	Zahl der Mitgliedsländer	2
Abb. 2:	Stimmrechte der größten Anteilseigner	7
Abb. 3:	Zusammenhang zwischen Gleichberechtigung der Geschlechter und Armutsreduzierung bzw. Wirtschaftswachstum	16
Abb. 4:	Ansatzpunkte für Reformen im Bereich Gute Regierungsführung	24
Abb. 5:	Höhere Getreideernten und gesunkene Armutsrate in Südasien, keine Veränderungen in Subsahara-Afrika (1987–2001)	42

Tabellenverzeichnis

Tab. 1:	Aktionsplan zur Steigerung der wirtschaftlichen Beteiligung von Frauen: Beispiele für Maßnahmen in vier Schlüsselmärkten	18
Tab. 2:	Internationale Mitarbeiter in gehobenen Positionen in der Weltbankgruppe nach Nationalitäten	89

1

Überblick

1.1 Die Weltbankgruppe auf einen Blick

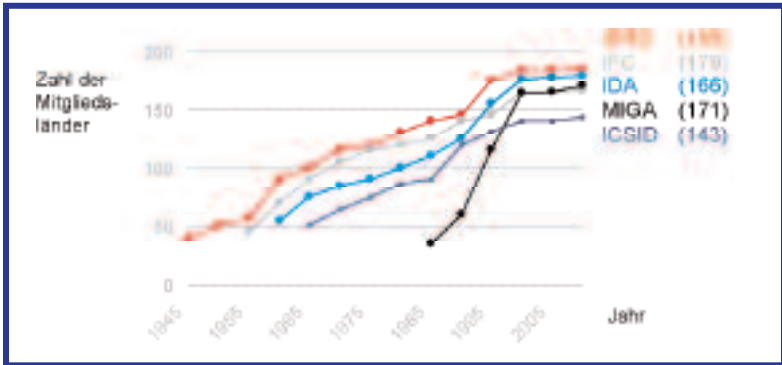
Die Weltbankgruppe ist eine multilaterale Entwicklungsbank mit dem Ziel der Armutsbekämpfung. Sie stellt finanzielle Mittel und Know-how für Entwicklungs-, Schwellen- und Transformationsländer bereit und besteht aus fünf Organisationen:

Die Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung

Die Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (*International Bank for Reconstruction and Development*, IBRD), also die „Weltbank im engeren Sinne“, wurde gemeinsam mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) im Jahr 1944 in Bretton Woods im US-Bundesstaat New Hampshire gegründet. Derzeit sind 185 Länder Anteilseigner von IBRD, die übrigen Institutionen der Weltbankgruppe haben geringere Mitgliederzahlen (vgl. Abb. 1).

IBRD vergibt zinsgünstige Darlehen mit einer Laufzeit von 15–20 Jahren zu marktnahen Konditionen (derzeit 4–5% Zinsen p.a., Stand: August 2007). Die Mittel für diese Darlehen nimmt die Weltbank am Kapitalmarkt auf.

Abb. 1: Zahl der Mitgliedsländer



Quelle: World Bank Intranet 2007 (Corporate Secretariat)

Ursprüngliche Aufgabe der IBRD war der Wiederaufbau Europas nach dem Zweiten Weltkrieg. Erster Kreditnehmer der Weltbank war Frankreich, das im Jahr 1947 ein Darlehen über 250 Mio. US-\$ erhielt. Auch der Bau des japanischen Hochgeschwindigkeitszuges *Shinkansen* wurde Ende der 1950er und Anfang der 1960er Jahre durch Weltbankdarlehen mitfinanziert. Heutige Kunden der IBRD sind Schwellenländer bzw. Mitteleinkommensländer (*Middle Income Countries, MICs*) mit einem Pro-Kopf-Einkommen zwischen rund 1.000 und 5.300 US-\$ pro Jahr.

Einen Höhepunkt erreichte die Kreditvergabe der IBRD zuletzt während der Asienkrise Ende der 1990er Jahre. Seitdem ist die Nachfrage nach IBRD-Krediten, bedingt durch die hohe Liquidität der internationalen Kapitalmärkte und einen Anstieg der privaten Kapitalflüsse in Schwellenländer, stark gesunken. Seit fünf Jahren übersteigen die Rückzahlungen der Entwicklungsländer die Neuzusagen erheblich. Die IBRD ist daher auf der Suche nach ihrer zukünftigen Rolle in der internationalen Finanzarchitektur (vgl. hierzu Kapitel 3.11).

Internationale Entwicklungsorganisation

1960 wurde die IBRD durch die Gründung der Internationalen Entwicklungsorganisation (*International Development Association, IDA*) ergänzt. Formal ist IDA – anders als IBRD – keine Institution mit eigenem Personal, sondern ein Fonds. Die IDA-Mittel werden von den gleichen Weltbank-Organisationseinheiten verwaltet, die auch für die IBRD-Kredite verantwortlich sind.

Im Unterschied zu IBRD, die Darlehen (*Loans*) zu marktnahen Konditionen anbietet, gewährt IDA langfristige, zinslose Darlehen (*Credits*) sowie nicht rückzahlbare Zuschüsse (*Grants*). Finanziert wird IDA primär durch Beiträge der Industrieländer, die im Rahmen von Wiederauffüllungsverhandlungen mobilisiert werden (vgl. hierzu Kapitel 3.5), daneben durch Tilgungszahlungen sowie in geringerem Umfang durch den Transfer von Gewinnen aus IBRD und IFC an IDA.

Empfänger von IDA-Darlehen und -Zuschüssen sind die ärmsten Länder mit einem Pro-Kopf-Einkommen von weniger als 1.065 US-\$ pro Jahr. Aufgrund von Ausnahmeregelungen haben außerdem Albanien und einige karibische Staaten mit höheren Pro-Kopf-Einkommen Zugang zu IDA-Mitteln. Die Laufzeit der Kredite beträgt 35 bis 40 Jahre, wobei die ersten 10 Jahre tilgungsfrei sind.

Neben reinen IDA-Empfängerländern und reinen IBRD-Empfängerländern gibt es zusätzlich eine kleine Gruppe von etwa 15 Ländern, die sowohl IBRD- als auch IDA-Mittel in Anspruch nehmen können (sogenannte *Blend Countries*). Hierzu zählen derzeit u. a. Indonesien, Indien und Pakistan.

Bis dato sind 32 Länder aus der Gruppe der IDA-Länder in diejenige der IBRD-Länder aufgestiegen, darunter Korea, die

Türkei, Ägypten und zuletzt im Jahr 1999 China. Leider gibt es auch Länder, die aufgrund eines wirtschaftlichen Niedergangs aus der Gruppe der IBRD-Kreditnehmer in diejenige der IDA-Kunden zurückfallen, so etwa Zimbabwe.

IBRD und IDA vergeben im Wesentlichen zwei Arten von Krediten an Regierungen von Entwicklungsländern: Investitionskredite zur Finanzierung bestimmter Projekte (*Investment Lending*), z. B. im Infrastrukturbereich, sowie Finanzierungen im Rahmen von direkter Budgethilfe (*Development Policy Lending*). Bei der heutigen Budgethilfe (eine Fortentwicklung der früheren Strukturanpassungsdarlehen) handelt es sich um allgemeine Finanzhilfen für die Umsetzung sektoraler oder gesamtwirtschaftlicher Reformen. Ergänzend zu den Finanzierungen leisten IBRD und IDA auch technische Hilfe (*Technical Assistance*).

Die folgenden drei Institutionen der Weltbankgruppe dienen der Förderung der privatwirtschaftlichen Entwicklung:

International Finance Corporation

Die *International Finance Corporation* (IFC), gegründet im Jahr 1956 als eigenständige Tochter der Weltbank, fördert die Entwicklung des Privatsektors in Entwicklungsländern durch die Gewährung langfristiger Darlehen zu kommerziellen Bedingungen sowie durch Eigenkapitalbeteiligungen und Garantien. Die Finanzierungsbedingungen sind abhängig vom Risiko des Projektes (Länderrisiko und kommerzielles Risiko). Auf Eigenkapitalbeteiligungen erhält IFC gewinnabhängige Dividenden. Die Kapitalbeteiligungen werden nach einigen Jahren veräußert.

Seit ihrer Gründung hat die IFC rund 60 Mrd. US-\$ eigene Mittel investiert und zusätzlich weitere rund 30 Mrd. US-\$ private Mittel durch Syndizierungen² mobilisiert.

Ergänzend zu den Finanzierungen, leistet IFC seit einigen Jahren verstärkt technische Hilfe (*Technical Assistance*) im Rahmen von Beratungsprogrammen. Diese wurden zunächst überwiegend aus freiwilligen Beiträgen bilateraler Geber finanziert, inzwischen aber zunehmend auch aus den Gewinnen der IFC.

Multilaterale Investitionsgarantie-Agentur

Die Multilaterale Investitionsgarantie-Agentur (*Multilateral Investment Guarantee Agency, MIGA*) wurde 1988 als jüngste Tochter der Weltbankgruppe gegründet. Aufgabe von MIGA ist die Förderung ausländischer Direktinvestitionen in Schwellen- und Entwicklungsländern durch die Absicherung politischer Risiken, also Enteignung, Kriege und Bürgerkriege, Devisentransferbeschränkungen sowie Vertragsbruch seitens der Regierung des Investitionsstandorts.

Internationales Zentrum zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten

Aufgabe des im Jahr 1966 gegründeten Internationalen Zentrums zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten (*International Center for the Settlement of Investment Disputes, ICSID*) ist die Vermittlung bei der Beilegung von Streitigkeiten zwischen ausländischen Investoren und deren Gastländern.

Einzelheiten zur Tätigkeit der drei für die privatwirtschaftliche Entwicklung zuständigen Tochterorganisationen der Weltbankgruppe enthalten die Kapitel 4.3 und 4.4.

² Syndizierung bezeichnet die gemeinschaftliche Kreditvergabe durch mehrere Kreditgeber, insbesondere bei großen Investitionsprojekten.

1.2 Steuerung und Organisation der Weltbank

Gouverneure

Seit ihrer Gründung ist die Weltbank als **Kreditgenossenschaft** organisiert, d. h. die Darlehensnehmer sind zugleich auch Anteilseigner der Bank (analog zu einer deutschen Genossenschaftsbank muss umgekehrt nicht jeder Anteilseigner ein Darlehen aufnehmen). Die Anteilseigner werden repräsentiert durch die Gouverneure (das sind in der Regel die Entwicklungs- oder Finanzminister und -innen der Mitgliedsländer).³ Die Gouverneure treffen zweimal jährlich – im Herbst und im Frühjahr – zur **Jahres- und Frühjahrstagung** von IWF und Weltbank zusammen. Wichtiger Bestandteil der Tagungen ist die Zusammenkunft der Gouverneure im **Entwicklungsausschuss** (*Development Committee*), in dem aktuelle Entwicklungsthemen und die finanziellen Ressourcen erörtert werden, die notwendig sind, um die Entwicklung armer Länder zu fördern.

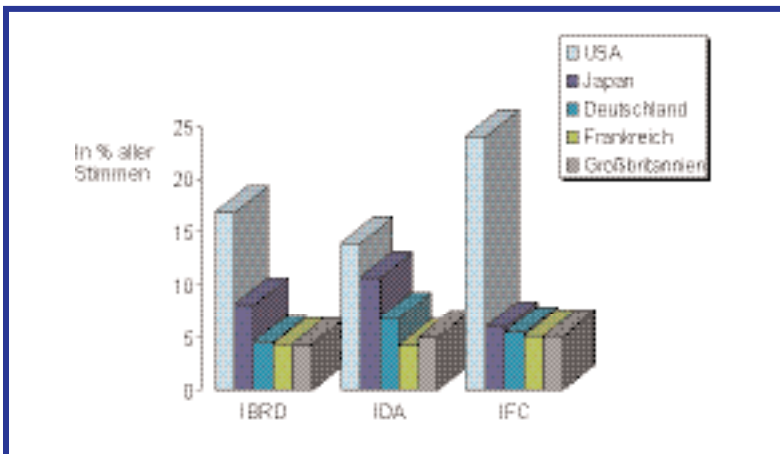
Exekutivdirektorium

Zwischen den Jahrestagungen werden die Anteilseigner durch **24 Exekutivdirektoren** vertreten. Die acht größten Anteilseigner der Weltbank (USA, Japan, Deutschland, Großbritannien, Frankreich, China, Saudi-Arabien und Russland) ernennen jeweils einen eigenen Exekutivdirektor. Die übrigen 16 Exekutivdirektoren werden von den anderen Mitgliedsländern in sogenannten **Stimmrechtsgruppen** gewählt. Beispielsweise vertritt der

³ Deutsche Gouverneurin bei der Weltbank ist die Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Heidemarie Wieczorek-Zeul.

belgische Exekutivdirektor (ED) auch die Türkei, die ihrerseits mit einem Mitarbeiter (*Advisor*) im Washingtoner Büro vertreten ist. Das Stimmrecht der einzelnen Anteilseigner bemisst sich im Wesentlichen nach ihrem **Kapitalanteil** an der jeweiligen Institution. Beispielsweise entfallen bei IBRD aktuell 16,4% der Stimmen auf die USA, 7,9% auf Japan, 4,6% auf Deutschland und jeweils 4,3% auf Großbritannien und Frankreich.

Abb. 2: Stimmrechte der größten Anteilseigner



Quelle: Weltbank Intranet 2005 (Corporate Secretariat)

Es gibt vier Exekutivdirektorien in den vier Institutionen der Weltbank (IBRD, IDA, MIGA, IFC). Dabei vertritt in der Regel immer der gleiche Exekutivdirektor die Interessen des Gouverneurs bzw. der Gouverneure in der Stimmrechtsgruppe. Die Stimmrechte der Anteilseigner unterscheiden sich jedoch zwischen den Institutionen (vgl. Abb. 2).

Die EDs sind im Auftrag der Gouverneure für die Geschäftstätigkeit der Weltbank verantwortlich. Sie prüfen

und entscheiden über die ihnen im Namen des Präsidenten der Weltbank vorgelegten Vorschläge, d. h. über IBRD-Kredite und Garantien, IDA-Kredite bzw. -Zuschüsse und Garantien, IFC-Investitionen und MIGA-Garantien. Außerdem gestalten sie die Politiken der Weltbank und präsentieren den Gouverneuren zur jährlichen Jahrestagung eine Kontenprüfung, ein Budget und einen Jahresbericht über das operative Geschäft und über die Politiken der Bank.

Zusätzlich zu den regelmäßigen Direktoriumssitzungen zwei Mal pro Woche arbeiten die EDs in mindestens einem der **fünf ständigen Ausschüsse**:

- Dem Bilanz- und Rechnungsprüfungsausschuss
- Dem Ausschuss für Budgetfragen
- Dem Ausschuss zur Effektivität der Entwicklungsarbeit der Weltbank
- Dem Ausschuss für Personalfragen
- Dem Ausschuss für Steuerungsfragen und administrative Angelegenheiten der Exekutivdirektoren

Die Sitzungen der Ausschüsse dienen dazu, Politiken und Verfahren gründlich zu untersuchen und komplexe Themen für die regulären Direktoriumssitzungen vorzubereiten. Der dienstälteste Exekutivdirektor (seit November 2006 der deutsche ED) fungiert als *Dean*, d. h. als **Vermittler zwischen dem Exekutivdirektorium und dem Präsidenten**.

Präsident und Vizepräsidenten, interne Organisation

Während die Gouverneure und die Exekutivdirektoren als Vertreter der Anteilseigner die Strategien der Bank festlegen, über das Budget entscheiden und zusätzlich jedes einzelne Darlehen oder Projekt genehmigen, ist für die praktische Umsetzung der Beschlüsse der **Präsident** der Bank

verantwortlich. Dieser wird vom Exekutivdirektorium für eine fünfjährige Amtszeit gewählt. Er wird traditionell von den USA als größtem Anteilseigner der Bank vorgeschlagen. Die zweite Ebene des Weltbankmanagements sind **zwei Geschäftsführer** (*Managing Directors*). Die dritte Führungsebene bilden **rund 25 Vizepräsidenten**, von denen einige für die sechs Weltregionen⁴ zuständig sind, in denen die Bank tätig ist, andere thematische Zuständigkeiten haben (z. B. Infrastruktur, Privatsektorentwicklung) und die restlichen administrative Funktionen ausüben (z. B. Leiter der Personalabteilung, der Rechtsabteilung, der Controllingabteilung usw.).

Wie andere Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit steht auch die Weltbank vor der Herausforderung, länderspezifisches Wissen und fachlich-sektorales Know-how zusammenzuführen. Vergrößert wird diese Herausforderung durch die Zahl der Mitarbeiter (ca. 11.000 fest oder längerfristig angestellte Mitarbeiter sowie zusätzlich rund 5.000 Mitarbeiter mit befristeten Verträgen), die Präsenz der Bank in rund 140 Ländern und die thematische Vielfalt der Aktivitäten. Die Weltbank hat sich in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre für eine **Matrix-Organisation** entschieden. Das bedeutet, dass die Mehrzahl der Mitarbeiter in oder für eine Regionalabteilung arbeitet, fachlich aber einem abteilungsübergreifenden „Netzwerk“ angehört.

⁴ Die Regionen sind: Subsahara-Afrika, Ostasien und Pazifik, Europa und Zentralasien, Lateinamerika und Karibik, Naher Osten und Nordafrika, Südasien.

2

Schwerpunkthemen aus deutscher Sicht

2.1 Klimawandel und erneuerbare Energien

Der Klimawandel ist zu einer zentralen Herausforderung für die Weltbank und ihre Mitgliedsländer geworden. Steigende Meeresspiegel, gestiegene Temperaturen, unklare Auswirkungen auf Wälder und Ökosysteme und eine zunehmende Veränderung der Wetter- und Niederschlagsmuster treffen die ärmsten Entwicklungsländer, die selbst kaum zum Klimawandel beitragen, überproportional. Dort sind es insbesondere arme Bevölkerungsgruppen, die keine Ressourcen haben, um sich vor den Auswirkungen des Klimawandels zu schützen.

Diese Entwicklung beeinflusst die Arbeit der Weltbank in zunehmendem Maße. So unterstützt die Weltbank einerseits betroffene Länder dabei, mit den Folgen des Klimawandels besser fertig zu werden (so genannte *Adaptation*), andererseits berät sie die fortgeschritteneren Länder (d. h. Schwellenländer mit signifikantem CO₂-Ausstoß) beim Umstieg auf klimafreundliche und nachhaltige Energieformen. Zentrales Rahmenwerk für diese Energie- und Klima-Agenda ist das *Clean Energy Investment Framework*, welches auf der Weltbank-Jahrestagung in

Singapur (2006) vom Entwicklungsausschuss beschlossen wurde. Der Schwerpunkt des Rahmenwerkes liegt auf:

- Dem Zugang zu nachhaltiger Energie für die ärmsten Länder
- Der Orientierung hin zu erneuerbaren (d. h. kohlenstoffarmen) Energien für die Schwellenländer und
- Der Bekämpfung des Klimawandels und der Anpassung der betroffenen Länder an die bisherigen Auswirkungen des Klimawandels.

Mit der Vorlage des *Clean Energy Investment Framework* folgt die Weltbank der Aufforderung des G8-Gipfels in Gleneagles 2005, ihre Ressourcen stärker in diesem Bereich einzusetzen und ein Rahmenwerk zu entwickeln, welches Investitionen in diesem Sektor steuert. Mit Blick auf die kommenden UN-Klimaverhandlungen in Bali und die Beschlüsse des G8-Gipfels von Heiligendamm kommt der Weltbank im internationalen Klimaprozess eine immer bedeutendere Rolle zu.

Der Kampf gegen Entwaldung

Der Kampf gegen die Entwaldung vor allem tropischer Regenwälder ist eine wichtige und kostengünstige Möglichkeit zur Senkung der Treibhausgasemissionen und zur Erhaltung der biologischen Vielfalt. Der G8-Gipfel in Heiligendamm hat die Weltbank daher aufgefordert, ein Instrument zur Eindämmung der fortschreitenden Entwaldung zu entwickeln. Das in Zusammenarbeit mit Deutschland geschaffene Instrument (*Forest Carbon Partnership* bzw. „Wald-Kohlenstoff-Partnerschaft“) zielt darauf ab, die Entwaldung hauptsächlich durch Schaffung positiver Anreizmechanismen in den betroffenen Ländern zu stoppen.

Grundsätzlich bleibt es eine zentrale Herausforderung, den **politischen Konsens** unter den Anteilseignern herbeizuführen, um die Weltbank mit einem **klaren Mandat für Klimaschutz** und andere globale öffentliche Güter auszustatten. Ein solches Mandat ist erforderlich, um Instrumente zu entwickeln und bereitzustellen, die vom normalen Geschäftsmodell der Weltbank (Kreditvergabe und Beratung an Mitgliedsländer) signifikant abweichen. Die Weltbank erarbeitet derzeit eine eigene Strategie für globale öffentliche Güter, die sich in die allgemeine Strategie zur künftigen Ausrichtung der Weltbank einfügen soll. Deutschland hat sich bei der Jahrestagung 2006 erfolgreich dafür eingesetzt, dass die Bank ihre Rolle bei der Bereitstellung von globalen öffentlichen Gütern definiert. Neben der Frage des Mandats der Weltbank (das zum Beispiel die USA und viele Schwellenländer in Frage stellen) muss entschieden werden, welche globalen öffentlichen Güter für die Arbeit der Bank besonders relevant sind. Das können jene sein, die unmittelbaren Einfluss auf die Armutsbekämpfung und die Erreichung der Millenniumsziele haben, oder aber solche, zu denen die Bank möglichst effektiv beitragen kann.

Zusagen im Bereich erneuerbare Energien

Im Zuge der von der Bundesregierung ausgerichteten internationalen Konferenz zum Thema *Renewable Energy and Energy Efficiency 2004* in Bonn (www.renewables2004.de) hatte die Weltbank zugesagt, ihr Engagement in den Bereichen erneuerbare Energien und Energieeffizienz über einen Zeitraum von fünf Jahren um jährlich 20% zu erhöhen. Für die Umsetzung dieser Zusagen entwickelte die Weltbank einen *Renewable Energy Action Plan*.

Im Geschäftsjahr 2007 (Juni 2006 bis Juli 2007) hat die Weltbankgruppe insgesamt Neuzusagen in Höhe von 682 Mio. US-\$ für Projekte der regenerativen Energie und Energieeffizienz gemacht. Davon entfielen 262 Mio. US-\$ auf Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz und 420 Mio. US-\$ auf Projekte der regenerativen Energie (einschließlich Energie aus Biomasse, Solar- und Windkraft, geothermischen Quellen sowie kleinere Wasserkraftwerke mit einer Kapazität von max. 10 Megawatt). Damit hat die Weltbank die in Bonn 2004 zugesagte Steigerung um 20% jährlich erfüllt.⁵ Zudem hat die Weltbank insgesamt neun große Wasserkraftwerke (mit einer Leistung von mehr als 10 MW) mit insgesamt 750 Mio. US-\$ finanziert.

Darüber hinaus leistet das *Energy Sector Management Assistance Programme* (ESMAP) (www.esmap.org) einen wertvollen Beitrag zur technischen Unterstützung der Entwicklungsländer, z. B. bei der Verbesserung von Sektorpolitiken und bei der Identifizierung von lohnenden Investitionen in erneuerbare Energien und die Energieeffizienz. ESMAP ist ein Treuhandfonds mehrerer Geber, der bei der Weltbank angesiedelt ist und von Deutschland mit 3,5 Mio. Euro (2005 bis 2008) gefördert wird. Insgesamt hat ESMAP 1,5 Mio. US-\$ für erneuerbare Energien und 1 Mio. US-\$ für Energieeffizienz verwendet.

Steigender Ölpreis und Frage der Atomenergie

Wegen des steigenden Ölpreises, des unzureichenden Zugangs von ca. 2 Milliarden Armen weltweit zu Energie und der Folgen des Klimawandels drängt Deutschland weiterhin auf

⁵ Basis für die jährliche Steigerung um 20% ist das durchschnittliche Finanzierungsvolumen der Weltbankgruppe für erneuerbare Energie und Energieeffizienz der Geschäftsjahre 2002-2004.

den Einsatz ressourcenschonender, klimafreundlicher und kostengünstiger Technologien der Energieversorgung. Gleichzeitig muss die Weltbank gerade bei Großprojekten in diesem Sektor (v. a. Wasserkraft) auf die Anwendung der Umwelt- und Sozialstandards (*Safeguards*) achten.

Auf das Problem der steigenden Energiepreise hat Bundesministerin Wieczorek-Zeul bei mehreren Weltbank-Frühjahrstagungen deutlich hingewiesen. Die gestiegenen Ölpreise haben zum Teil dramatische Auswirkungen auf die Energieversorgung und Zahlungsbilanz der Entwicklungsländer. Die Mehrausgaben für Erdöl importierende Entwicklungsländer konterkarieren die entwicklungspolitischen Anstrengungen und auch die Bemühungen um Schuldenerlass für arme Länder. Sie erschweren daher die Erreichung der globalen Entwicklungsziele (*Millennium Development Goals*).

Obwohl der Weltenergieverbrauch bis 2030 um 50% ansteigen wird, stellt die **Kernenergie** aufgrund der Fülle an ungelösten Problemen und der mit ihr verbundenen Risiken jedoch **keine Alternative** dar. Der Nutzen der Energieversorgung ist dem weiterhin ungelösten Problem der Entsorgung hochgiftiger Nuklearabfälle, den Risiken des Missbrauchs für nicht-friedliche Zwecke, den Unfallrisiken und der Gefahr kriegerischer bzw. terroristischer Angriffe gegenüberzustellen. Deutschland sieht daher weiterhin keine aktive Rolle der Weltbankgruppe in diesem Bereich.

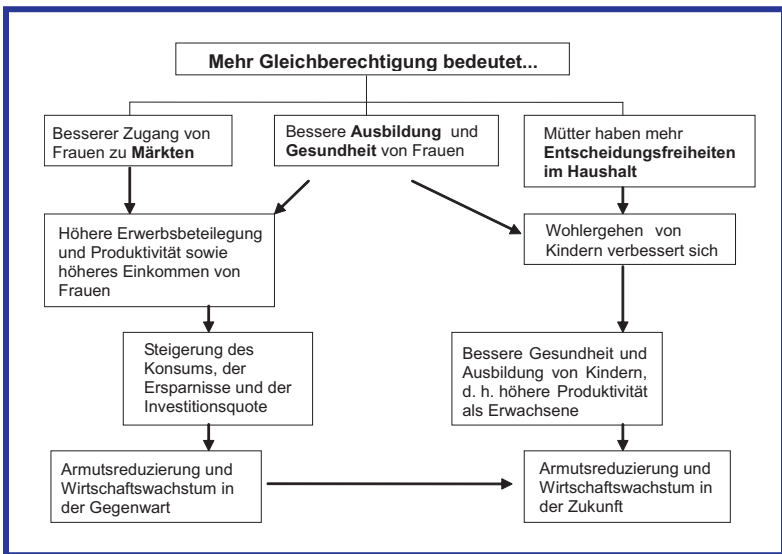
2.2 Gender (Gleichberechtigung der Geschlechter)

„Forget China, India and the Internet: Economic growth is driven by women.“ (The Economist, 15. April 2006)

Die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung und das Erreichen der Millenniumsziele – insbesondere der Ziele

Armutsreduzierung und Gleichberechtigung – sind nicht möglich, ohne der Teilnahme von Frauen am Wirtschaftsleben eine größere Aufmerksamkeit als bislang zu schenken. Denn obwohl die Investitionen in Bildung für Frauen weltweit gestiegen sind und sich das Bildungsniveau und die Fähigkeiten von Frauen folglich erhöht haben, **verfügen Frauen immer noch über deutlich schlechtere Chancen in der Wirtschaft als Männer**. Dies ist ineffizient, denn zahlreiche Studien belegen, dass eine stärkere Beteiligung von Frauen am Erwerbsleben bzw. ein höheres Einkommen von Frauen zur Armutsreduzierung und zum Wirtschaftswachstum beiträgt. Damit profitieren nicht nur Frauen, sondern die Gesellschaft als Ganzes – d. h. auch Männer und Kinder – von einer stärkeren Beteiligung von Frauen in der Wirtschaft.

Abb. 3: Zusammenhang zwischen Gleichberechtigung der Geschlechter und Armutsreduzierung bzw. Wirtschaftswachstum



Quelle: Weltbank (2007): *Global Monitoring Report 2007*, S. 11.

Nehmen Frauen hingegen nicht oder kaum am Wirtschaftsleben teil, gefährdet dies nicht nur die Ziele Wachstum und Armutsreduzierung, sondern hat z. B. auch eine schlechtere Ausbildung und Gesundheit von Kindern und die schnellere Ausbreitung von HIV/AIDS zur Folge. Es sprechen also **zahlreiche Argumente für die stärkere Teilnahme von Frauen an der Wirtschaft**, wie Abbildung 3 verdeutlicht.

Aufgrund der großen Bedeutung des Themas Gleichberechtigung der Geschlechter entwickelte die Bank hierzu im Jahr 2002 eine eigene Strategie.⁶ Seit der Verabschiedung der Strategie hat die Bank vor allem in den sozialen Sektoren Gesundheit und Bildung zufrieden stellende Ergebnisse erzielt. In den produktiven Sektoren Landwirtschaft, Privatsektor und Infrastruktur war die Weltbank bislang jedoch weniger erfolgreich.

Im Januar 2007 lancierte die WBG daher den ***Gender Action Plan*** (Gleichberechtigungs-Aktionsplan) mit dem Titel *Gender as Smart Economics*. Ziel dieses Aktionsplans ist es, die wirtschaftliche Beteiligung von Frauen zu steigern und hierdurch sowohl das Wirtschaftswachstum zu fördern als auch das Erreichen des dritten Millenniumsziels zu beschleunigen.

Der Aktionsplan verpflichtet die Weltbank, sich gemeinsam mit den Empfängerländern, anderen Gebern und dem Privatsektor stärker für die Gleichberechtigung von Frauen in produktiven Sektoren zu engagieren. Er strebt Veränderungen in vier Schlüsselmärkten an, in denen die Produktivität und das Einkommen von Frauen relativ schnell gesteigert werden

⁶ World Bank (2002): *Integrating Gender into the World Bank's Work: A Strategy for Action*.

können: Boden-, Arbeits-, Produkt- und Finanzmärkte (vgl. Tab. 1). Um Frauen in den genannten vier Märkten zu stärken, ist es besonders wichtig, ihnen zu ermöglichen, sowohl eine produktive Rolle (d. h. Erzielung von Einkommen) als auch

Tab. 1: Aktionsplan zur Steigerung der wirtschaftlichen Beteiligung von Frauen: Beispiele für Maßnahmen in vier Schlüsselmärkten

	Politische Ebene: „Märkte für Frauen nutzbar machen“	Ausführende Ebene: „Frauen zum Wettbewerb in Märkten befähigen“
Produktmärkte	<ul style="list-style-type: none"> - Zeitlichen Aufwand und monetäre Kosten der Registrierung von Unternehmen reduzieren - Unternehmen und Bauernhöfe, die im Besitz von Frauen sind, in die Zulieferkette integrieren - Frauen Informationen zur Verfügung stellen über potenzielle Exportmärkte und Handelsabkommen 	<ul style="list-style-type: none"> - Unternehmerverbände für Frauen gründen - Den Zugang von Frauen zu unternehmerischen Dienstleistungen verbessern - Zuschüsse zu Unternehmensgründungen gewähren
Finanzmärkte	<ul style="list-style-type: none"> - Finanzinstitutionen reformieren, um den Zugang von Frauen zu Finanzdienstleistungen zu erhöhen - Eigentumsrechte reformieren 	<ul style="list-style-type: none"> - Geschlechtsspezifische unternehmerische Dienstleistungen anbieten
Bodenmärkte	<ul style="list-style-type: none"> - Gesetze reformieren, die das Recht von Frauen zu erben und Land zu besitzen, beschränken 	<ul style="list-style-type: none"> - Die vollständige Teilnahme von Frauen bei Beschlüssen über Grundbesitz und Registrierungsprozessen gewährleisten - Frauen um Beiträge bei gesetzlichen Änderungen zu Landbesitz bitten
Arbeitsmärkte	<ul style="list-style-type: none"> - Gesetzgebung zur Förderung der Beschäftigung von Frauen einführen - Gute Gleichstellungspraktiken in Unternehmen zertifizieren 	<ul style="list-style-type: none"> - Den Zugang von Frauen zu existierenden Weiterbildungsprogrammen erhöhen - Qualitativ hochwertige Kindertagesstätten zur Verfügung stellen und die Kosten hierfür senken
Infrastrukturinvestitionen verbessern den Zugang von Frauen zu allen vier Märkten		

Quelle: Weltbank (2006): *Gender Equality as Smart Economics: A World Bank Group Gender Action Plan (Fiscal years 2007–2010)*, S. 5.

eine reproduktive Rolle wahrzunehmen. Dies kann etwa durch die Bereitstellung von Kindertagesstätten erreicht werden.

Obwohl der Aktionsplan in erster Linie eine Starthilfe ist, um die Gleichberechtigung von Frauen in der operativen Arbeit der Weltbank zu verankern, soll er auch nachhaltige Wirkungen entfalten, beispielsweise dadurch, dass er zu Programm- und Politikänderungen führt. Während einige Maßnahmen des Plans von der Weltbank umgesetzt werden, sind für andere Maßnahmen externe Akteure (z. B. Regierungen) zuständig.

Der Aktionsplan konzentriert sich zunächst auf eine kleine Zahl von Schwerpunktländern, die Interesse bekundet haben und über ausreichende Kapazitäten für die Umsetzung der Maßnahmen verfügen. Die Umsetzung des Plans in den Geschäftsjahren 2007–2009 wird sowohl aus Mitteln der Weltbankgruppe als auch von Gebern finanziert.

Deutschland hat den Aktionsplan maßgeblich vorangetrieben. Als **Schirmfrau des *Gender Action Plan*** lud **Bundesministerin Wieczorek-Zeul** im Februar 2007 hochrangige Vertreter zu einer Auftaktkonferenz ein, die das BMZ in Kooperation mit der Weltbank, der OECD, Großbritannien, Norwegen und Dänemark veranstaltete und an der auch die deutsche Bundeskanzlerin sowie die liberianische Finanzministerin Sayeh teilnahmen.

Die Konferenz legte den Rahmen für einen internationalen Konsens bezüglich der Förderung von Frauen in der Entwicklungszusammenarbeit fest. Unter der deutschen Präsidentschaft verabschiedete der Rat der Europäischen Union im Mai 2007 Schlussfolgerungen mit dem Titel „Gleichstellung und Teilhabe – Die Rolle der Frau in der Entwicklungszusammenarbeit“. Infolge dieser Konferenz war die Gleichberechtigung von Frauen in der Wirtschaft auch ein Thema des G8-Gipfels in Heiligendamm.

Ein weiteres Resultat des deutschen Engagements ist die Entscheidung von IFC, eine neue Kennziffer in den *Doing Business Report* aufzunehmen, welche die wirtschaftliche Beteiligung von Frauen in den untersuchten Ländern misst. Darüber hinaus setzt sich Deutschland dafür ein, die Gleichberechtigung von Frauen auch in anderen Bereichen der Weltbank strategisch zu verankern, z. B. in IDA 15 (siehe Kapitel 3.5) oder im Rahmen der Initiative *Making Finance work for Africa* (siehe Kapitel 3.2).

2.3 Gute Regierungsführung und Anti-Korruption

Korruptionsbekämpfung in den Partnerländern

Wie das vergangene Berichtsjahr stand auch die erste Hälfte des Geschäftsjahres 2007 im Zeichen einer kontroversen Diskussion über die neue „*Governance and Anticorruption*“-Strategie der Weltbank. Der ehemalige Weltbank-Präsident Paul Wolfowitz hatte schon früh nach seinem Amtsantritt⁷ sein Hauptaugenmerk auf die **Stärkung von guter Regierungsführung** (*Good Governance*) und die Korruptionsbekämpfung in den Partnerländern gelegt, wobei er hierbei im Wesentlichen eine bereits unter Jim Wolfensohn ins Leben gerufene Initiative weiterführte⁸. Nachdem bei der Frühjahrstagung 2006 *Governance* als herausgehobenes Thema im Rahmen des *Global Monitoring Report 2006*⁹ der

⁷ Seine erste programmatische Rede „*Good Governance and Development: A Time for Action*“ hielt er im April 2006 in Jakarta.

⁸ Eine erste umfassende Strategie der Bank wurde im September 1997 vorgelegt („*Helping Countries Combat Corruption: The Role of the Bank*“) und im Jahr 2000 u. a. ergänzt durch „*Reforming Public Institutions and Strengthening Governance: A World Bank Strategy*“.

⁹ *Global Monitoring Report 2006: Strengthening Mutual Accountability – Aid, Trade and Governance*.

Weltbank erörtert wurde, forderten die Gouverneure die Weltbank auf, einen strategischen Rahmen für den Umgang mit dem komplexen und politisch sensiblen Thema *Governance* zu entwickeln.

Entsprechend dieser Aufforderung legte die Weltbank zur Jahrestagung 2006 in Singapur eine Korruptionsbekämpfungsstrategie vor (*Strengthening Bank Group Engagement on Governance and Anticorruption* (GAC-Strategie)). Diese wurde bereits im Exekutivdirektorium kontrovers diskutiert, während der Jahrestagung in Singapur kam es dann zum Eklat: Die Gouverneure hielten die GAC-Strategie für verbesserungsbedürftig und nahmen sie in der vorgelegten Fassung mehrheitlich nicht an. Der vorgelegte Entwurf sei als ein Rahmenwerk zu verstehen, an dem weiter gearbeitet werden müsse; insbesondere seien Konsultationen mit den Partnerländern, dem IWF, anderen Gebern, dem Privatsektor und der Zivilgesellschaft zu führen. Die Weiterentwicklung der Strategie müsse unter Aufsicht des Exekutivdirektoriums erfolgen, das einen Bericht zur Frühjahrstagung 2007 vorlegen solle.

Die Erstfassung der Strategie wurde aus unterschiedlichen Gründen abgelehnt. So befürchteten viele Entwicklungsländer, die Weltbank würde sich nunmehr darauf konzentrieren, bestimmte Formen der Regierungsführung durchzusetzen, was weder durch ihr Mandat gedeckt sei, noch mit der Souveränität von Staaten im Einklang stünde. Das Anliegen der Bundesregierung – wie auch vieler Geberländer – war und ist es hingegen, die Zusammenarbeit der Weltbank mit den Partnerländern im Bereich guter Regierungsführung und Korruptionsbekämpfung grundsätzlich auszubauen. Nachhaltige Entwicklung erfordert sowohl den Aufbau leistungsfähiger Staaten als auch die Kontrolle staatlicher Gewalt, einen gleichberechtigten Zugang zu staatlichen

Leistungen und Teilhabe am Wirtschaftsleben. Nicht zuletzt auf der Jahrestagung unterstrich die Bundesregierung, dass für die Weltbank gelte sicherzustellen, dass:

- Korruptionsbekämpfung in Aktivitäten zur **Armutsbekämpfung** eingebettet ist
- **Konsistente, transparente und klare Kriterien** erstellt werden, die die Gleichbehandlung aller Partnerländer gewährleisten
- **Engagement in allen Mitgliedsstaaten** auf Grundlage dieser Kriterien erfolgt
- Die **Ownership** der Partnerländer gegeben ist
- **Ländersysteme gestärkt werden** und nicht lediglich einzelne Operationen der Bank gesichert und überwacht werden
- Das IDA-System für die Mittelzuweisung, das die Regierungsführung der einzelnen Länder berücksichtigt, nicht ausgehöhlt wird
- Einschlägige **internationale Konventionen** wie die *UN Convention Against Corruption* oder die *OECD Anti-Bribery Convention* berücksichtigt werden

Im Anschluss an die Jahrestagung nahm die Weltbank Konsultationen mit Regierungen, Gebern, Parlamenten, der Zivilgesellschaft, dem Privatsektor und Medien in insgesamt 47 Ländern (35 Entwicklungs- und 12 Industrieländern) auf. Dabei ging es nicht vorrangig um die Frage, *ob* die Weltbank im Bereich guter Regierungsführung und Korruptionsbekämpfung tätig sein sollte, sondern *wie* sie ihr Engagement gestalten müsse.

Die überarbeitete GAC-Strategie wurde kurz vor der Frühjahrstagung dem Exekutivdirektorium vorgelegt. Nach erneuten Diskussionen wurde die Strategie noch mit einigen in

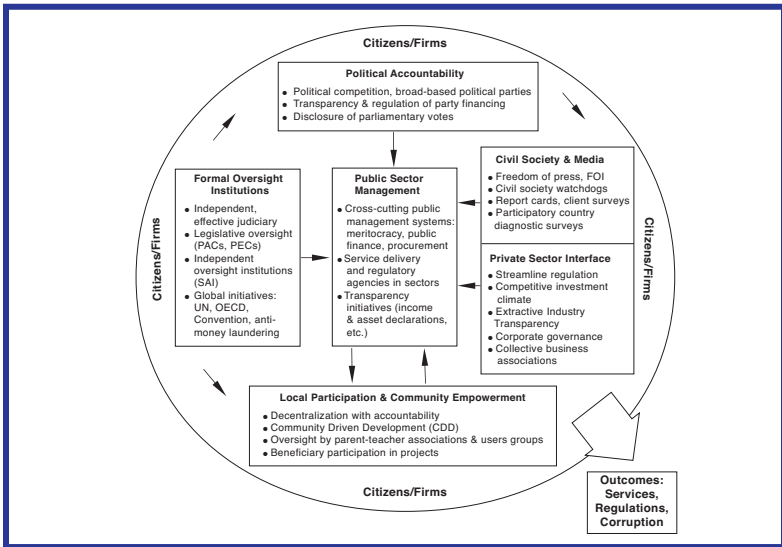
der Sitzung beschlossenen Änderungen gebilligt. Auch die Gouverneure begrüßten die überarbeitete GAC-Strategie. Das Management der Weltbank hatte sich außerdem dazu verpflichtet, bis zum Ende des Geschäftsjahres weitere im operativen Geschäft der Bank anwendbare *Governance*-Indikatoren zu entwickeln.

Die GAC-Strategie beruht nunmehr auf folgenden Prinzipien:

- Das GAC-Engagement der Bank folgt ihrem Mandat zur **Armutsbekämpfung**.
- Das Partnerland hat die Verantwortung für gute Regierungsführung und ist der vorrangige Gesprächspartner der Bank.
- Engagement der Bank zur Armutsbekämpfung **auch in Ländern mit schwacher Regierungsführung** („*Don't make the poor pay twice*“).
- **Konsistentes Engagement** auf Grundlage der nationalen Strategien der Partnerländer und der Länderstrategien der Weltbank ohne Änderung des IDA-Allokationssystems.
- Systematische **Beteiligung** der Regierungen, der Zivilgesellschaft und des Privatsektors.
- Stärkung von **Ländersystemen** (*Use of Country Systems*).
- **Zusammenarbeit mit anderen Gebern** auf Länder- sowie auf globaler Ebene.

Diese Prinzipien werden in den drei Bereichen der GAC-Strategie (1. Verankerung von *Governance* und Korruptionsbekämpfung in den Länderstrategien der Weltbank, 2. Korruptionsbekämpfung in Weltbankoperationen, 3. Globale Partnerschaften) berücksichtigt. Die folgende Abbildung verdeutlicht, in welchen *Governance*-Bereichen die Weltbank in ihren Länderstrategien aktiv wird:

Abb. 4: Ansatzpunkte für Reformen im Bereich Gute Regierungsführung



Quelle: Weltbank (2007): „*Strengthening World Bank Group Engagement on Governance and Anticorruption*“, März 2007, S. 40, Figure A2.

Von den globalen Partnerschaften ist insbesondere die *Stolen Asset Recovery Initiative* (STAR-Initiative) hervorzuheben, die auch von der Bundesregierung unterstützt wird. Bereits Präsident Paul Wolfowitz hatte die ehemalige nigerianische Finanzministerin Ngozi Okonjo-Iweala beauftragt, Maßnahmen und Instrumente zu identifizieren, die Entwicklungsländern bei der Rückführung von Korruptionsgeldern helfen können. Den Rechtsrahmen hierfür bildet die 2005 in Kraft getretene *UN Convention against Corruption* (UNCAC). Die STAR-Initiative wurde anlässlich der Frühjahrstagung 2007 vorgestellt und zielt darauf ab, die

Zusammenarbeit von Industrie- und Entwicklungsländern zu fördern, die UNCAC zu ratifizieren und umzusetzen sowie in Entwicklungsländern Kapazitäten zur Rückführung von Vermögenswerten und zur Überwachung der Verwendung wiederbeschaffter Vermögenswerte aufzubauen.

Weltbankinterne Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung

Die Weltbank genießt als Sonderorganisation der Vereinten Nationen eine Reihe von Privilegien und Immunitäten. Unter anderem kann sie nicht vor nationalen Gerichten verklagt werden. Umgekehrt kann sie in der Regel keine nationalen Gerichte anrufen. Als Konsequenz hat die Weltbank faktisch ein eigenes Justizwesen aufgebaut. So gibt es ein eigenes Arbeitsgericht (*Administrative Tribunal*), eine weltbankinterne Abteilung für Korruptionsbekämpfung (*Department of Institutional Integrity*) und ein „Gericht“ (*Sanctions Committee* bzw. neuerdings *Sanctions Board*), das etwa bei Korruptionsfällen Sanktionen gegen beteiligte Einzelpersonen und Firmen verhängt.

Die Weltbank hat im Geschäftsjahr 2007 ihr internes Instrumentarium zur Korruptionsbekämpfung weiterentwickelt. Im August 2006 verabschiedete das Exekutivdirektorium zwei Vorschläge, die *Sanctions Reform* und das *Voluntary Disclosure Program*.

In der Vergangenheit konnte die Weltbank Sanktionen im Wesentlichen in Fällen von Bestechung und Betrug im Rahmen weltbankfinanzierter Vorhaben verhängen. Durch die *Sanctions Reform* wurden die sanktionsbewehrten Tatbestände genauer definiert und auf wettbewerbswidrige Absprachen (z. B. bei Ausschreibungen), Erpressung und Vernichtung von Beweismitteln ausgeweitet. Die neuen

Definitionen der verbotenen und sanktionsbewehrten Tatbestände wurden zudem erstmals zwischen der Weltbank und den großen regionalen Entwicklungsbanken abgestimmt, was ihnen ein deutlich größeres Gewicht verleihen soll. Eine weitere Neuerung besteht darin, dass das *Sanctions Committee*, das in Korruptionsfällen Strafen verhängt, künftig nicht mehr ausschließlich aus Weltbank-Mitarbeitern besteht, sondern auch mit einigen externen Mitgliedern besetzt wird.

Im Rahmen des *Voluntary Disclosure Program* können Firmen, die sich in der Vergangenheit an korrupten Praktiken beteiligt haben, diese gegenüber der Weltbank freiwillig offen legen. Sofern sich diese Firmen zugleich verbindlich und nachweisbar verpflichten, derartige Praktiken einzustellen, gewährt ihnen die Weltbank im Gegenzug Straffreiheit. Das Konzept entspricht dem, was man in Deutschland als Selbstanzeige oder Kronzeugenregelung bezeichnen würde.

Das *Department of Institutional Integrity*, die weltbankinterne Abteilung für Korruptionsbekämpfung, hat im Geschäftsjahr 2007 301 Fälle bearbeitet und abgeschlossen. Jeweils die Hälfte der Beschuldigungen betrafen Weltbankmitarbeiter bzw. Dritte (beispielsweise Firmen oder Politiker/Beamte aus Entwicklungsländern). Damit ist gegenüber den Vorjahren einerseits die Zahl der Beschuldigungen deutlich angestiegen, andererseits ist der Anteil der Beschuldigungen gegen Weltbankmitarbeiter deutlich gewachsen. Unregelmäßigkeiten können Weltbankprojekte betreffen oder den Verwaltungsetat der Weltbank oder Treuhandmittel, die Geberländer der Weltbank zweckbestimmt zur Verfügung stellen. Insgesamt wurden im Geschäftsjahr 2007 gegen 25 Weltbank-Mitarbeiter Sanktionen verhängt, darunter Entlassungen, Gehaltskürzungen und Rückstufungen.

Im Rahmen von 149 „externen“ Anschuldigungen konnte das *Department of Institutional Integrity* in 33 Fällen Korruption oder Betrug nachweisen. Eine Reihe von Firmen wurde von der Beteiligung an weltbankfinanzierten Aufträgen gesperrt, darunter eine deutsche Firma.

Auch wurden in den Jahren 2006 und 2007 zwei umfassende Untersuchungen (*Detailed Implementation Reviews*) von Weltbankprogrammen in Vietnam und Indien durchgeführt. Nach vorläufigen Erkenntnissen kam es bei der Auftragsvergabe in erheblichem Umfang zu Korruption, Betrug, Absprachen und Manipulationen, was die entwicklungspolitischen Wirkungen der entsprechenden Projekte erheblich verringerte. Die Konsequenzen hieraus – bessere Projektplanung, risikomindernde Maßnahmen, verstärkte Kontrolle, Sanktionen – werden nach Vorlage der Berichte diskutiert werden.

Auf Wunsch einiger Mitgliedsländer wird das *Department of Institutional Integrity* derzeit einer **externen Überprüfung** unterzogen. Diese erfolgt durch eine Gruppe von Sachverständigen unter der Leitung von **Paul Volcker**. Volcker war in den Jahren 1979–1987 Chef der US-Notenbank (*Chairman of the Federal Reserve*), anschließend unter anderem Aufsichtsratsvorsitzender der Investmentbank *Wolfensohn and Co.* des späteren Weltbankpräsidenten James Wolfensohn. Im Auftrag der Vereinten Nationen leitete Volcker in den Jahren 2004 und 2005 die Überprüfung des *Oil for Food Program* der Vereinten Nationen im Irak. Vom Bericht der Volcker-Kommission, der im September 2007 vorgelegt werden soll, erhofft sich das Exekutivdirektorium Vorschläge zur Verbesserung der Struktur und Arbeitsweise des *Department of Institutional Integrity*.

2.4 Neue Strategie für Gesundheit, Ernährung und Bevölkerung verabschiedet

Im Geschäftsjahr 2007 wurde die neue Sektorstrategie der Weltbank für Gesundheit, Ernährung und Bevölkerung (*Health, Nutrition and Population*) verabschiedet, die die vorherige Strategie aus dem Jahr 1997 ersetzt. Mit der neuen Strategie konzentriert sich die Weltbank stärker auf Bereiche, in denen sie über eindeutige komparative Vorteile verfügt bzw. in denen sie die Beiträge anderer Geber sinnvoll zusammenführen kann. Vor dem Hintergrund der zunehmenden Fragmentierung der Geber einerseits und der Zunahme vertikaler Fonds¹⁰ andererseits wird die Weltbank sich künftig vor allem auf die Stärkung der nationalen Gesundheitssysteme der Partnerländer konzentrieren.

Es ist grundsätzlich positiv zu bewerten, dass zahlreiche Geber sich stärker im Gesundheitsbereich engagieren. Noch vor zehn Jahren war die Weltbank der Hauptfinanzier von Gesundheitsprogrammen in Entwicklungsländern. Heute spielen Organisationen wie der Globale Fonds zur Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose und Malaria (GFATM), die *Roll Back Malaria Partnership* sowie die *Bill & Melinda Gates Foundation* eine herausragende Rolle.

Auch die international verfügbaren Finanzmittel sind stetig angewachsen, von 6 Mrd. US-\$ pro Jahr im Jahr 2000 auf 11 Mrd. US-\$ im Jahr 2005, und sie werden voraussichtlich auf 14 Mrd. US-\$ pro Jahr in den Jahren 2006 und 2007 steigen. Die Erfahrung zeigt aber, dass die genannten neuen Akteure umfangreiche Mittel zur Bekämpfung spezieller

¹⁰ Siehe Glossar.

Krankheiten (z.B. HIV/AIDS, Malaria usw.) bereitstellen, die entweder aufgrund der Schwäche der nationalen Gesundheitssysteme häufig nicht sinnvoll abfließen können oder zum Aufbau von Parallelstrukturen im Land führen. Für eine effektive Gesundheitsversorgung müssen jedoch die verschiedenen Komponenten – technische Infrastruktur, Gesundheitspersonal und Versorgung mit Medikamenten – in der richtigen Reihenfolge verfügbar sein. Hier setzt **die neue Weltbankstrategie an, die folgende Ziele verfolgt:**

- Die Förderung von Gesundheitssystemen
- Die Unterstützung der Partnerländer bei der Integration der Beiträge verschiedener Geber („*World Bank as Glue*“) und der Arbeitsteilung mit WHO, GFATM usw.
- Die Konzentration auf Bereiche, in denen die Weltbank komparative Vorteile hat (öffentliche Finanzierung, Krankenversicherungssysteme, Anreizstrukturen für Gesundheitspersonal, Schaffung rechtlicher Rahmenbedingungen für *Public-Private Partnerships* usw.)
- Eine stärkere Harmonisierung und Ausrichtung an den Prioritäten der Partnerländer (*Alignment*).

Während sich das Direktorium über die Neuausrichtung der Weltbank im Gesundheitssektor weitgehend einig war, kam es bezüglich der künftigen Rolle im Bereich Sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte (SRGR) zu großen Kontroversen, nachdem das Management – offenbar auf Drängen verschiedener Anteilseigner – versucht hatte, sich aus dem Bereich SRGR zurückzuziehen. Dies konnten die europäischen Exekutivdirektoren – auf Initiative der deutschen EU-Präsidentschaft hin – verhindern. In einem gemeinsamen Schreiben an das Management wies der deutsche Exekutivdirektor den Rückzug der Weltbank aus dem Bereich SRGR im Entwurf der neuen

Gesundheitsstrategie scharf zurück und forderte eine Nachbesserung im Sinne eines deutlichen Bekenntnisses der Weltbank dazu.

Vor allem die USA sahen in der verwendeten Sprache eine Förderung von Abtreibung und versuchten, *Sexual and Reproductive Health Services* durch *Sexual and Reproductive Health Care* zu ersetzen, was im angelsächsischen Sprachgebrauch Verhütungsmittel und Schwangerschaftsabbrüche klar ausschließt. Der Terminus *Sexual Rights* sollte nach dem Willen der USA komplett entfallen, was wir ebenfalls verhindern konnten.

Die Endfassung der neuen Strategie entspricht den Vorstellungen der Bundesregierung und enthält eine Sprachregelung zu SRGR, welche nicht hinter die Vorgängerstrategie von 1997 zurückfällt und ein klares Bekenntnis der Weltbank zum Aktionsplan der *International Conference on Population and Development* zum Ausdruck bringt.

3

Grundsätzliche, sektorale und regionale Themen des Geschäftsjahres 2007

3.1 Jahres- und Frühjahrstagung von IWF und Weltbank

Jahrestagung 2006 in Singapur

Die gemeinsame Jahrestagung von IWF und Weltbank fand 2006 in Singapur statt und konzentrierte sich v. a. auf die Themen **Governance und Korruptionsbekämpfung** und die **Strategie der Weltbank für die Mitteleinkommensländer**.

Die zur Diskussion stehende umfassende Strategie zu *Governance* und Korruptionsbekämpfung (die sich sowohl auf die Ebene der einzelnen Projekte als auch die der Partnerländer als auch auf die internationale Ebene bezieht) hatten die Gouverneure bereits bei der Frühjahrstagung 2006 gefordert, als das Weltbank-Management eine Reihe von Projekten ad hoc blockiert hatte, ohne das Direktorium vorher zu informieren. Das vom Management vorgelegte Papier wurde sehr kontrovers diskutiert. Dabei wurde zum einen Kritik vieler Entwicklungsländer deutlich, die eine Einmischung der Bank in interne und politisch sensible Angelegenheiten fürchteten. Zum anderen gab es unterschiedliche Sichtweisen innerhalb der Gruppe der Geber. Allerdings konnte eine relativ starke Übereinstimmung hinsichtlich der folgenden Grundprinzipien einer künftigen Strategie festgestellt werden:

- 1) Korruption ist ein integraler Bestandteil von schwacher Regierungsführung. Die Bekämpfung der Korruption kann deshalb nicht isoliert erfolgen. Gefragt ist ein umfassender Ansatz zur Förderung der Effizienz, Transparenz und Rechenschaftslegung öffentlicher Institutionen.
- 2) Der Förderansatz muss die unterschiedlichen Ausgangsbedingungen in den verschiedenen Ländern berücksichtigen. Entscheidend ist die *Ownership* der jeweiligen Regierungen, die z. B. nicht durch den Aufbau von Parallelstrukturen untergraben werden darf. Deshalb ist es wichtig, verstärkt ländereigene Systeme (*Country Systems*)¹¹ zu nutzen.
- 3) Die Bank ist weder die einzige noch die zentrale Entwicklungsorganisation zur Förderung von *Governance* und Korruptionsbekämpfung. Sie muss deshalb eng mit den anderen Entwicklungsorganisationen wie UNDP, IWF, EU-Kommission sowie den bilateralen Gebern arbeitsteilig zusammenarbeiten. Diese seien zum Teil besser positioniert, bestimmte politisch sensible Themen voranzutreiben.
- 4) Der Kampf gegen die Korruption darf in aller Regel nicht bedeuten, sich aus der Zusammenarbeit mit Partnerländern zurückzuziehen. Vielmehr müssen in problematischen Fällen die Instrumente bzw. die Art der Zusammenarbeit angepasst werden, etwa durch einen verstärkten Übergang zu Beratungsaktivitäten. Allerdings kann in extremen Fällen auch ein Rückzug der Weltbank aus den entsprechenden Ländern gerechtfertigt sein.

Die vom Management vorgelegte **Strategie für die Mitteleinkommensländer** fand breite Unterstützung.

¹¹ Siehe Glossar.

Grund für ein weiteres Engagement der Weltbank in Mitteleinkommensländern (MICs) bzw. Schwellenländern sei insbesondere, dass die Millenniumsziele nicht erreicht werden könnten, wenn die Armut in den MICs, in denen derzeit noch 70% der Armen der Welt leben, nicht vermindert werden könne. Außerdem könnten aus den Erfahrungen der MICs wertvolle Schlussfolgerungen für die Niedrigeinkommensländer gezogen werden. Auch sei die Tatsache, dass viele MICs Zugang zum Kapitalmarkt haben, kein Grund für die Bank, sich von ihnen abzuwenden, da weiterhin große Verwundbarkeiten bestünden. Uneinigkeit bestand darüber, ob die betroffenen Länder selbst entscheiden sollten, wann sie IBRD-Kunden werden. Allerdings solle die Bank ihr Angebot stärker an der Nachfrage der MICs ausrichten und dabei deren Unterschiedlichkeit sowie die *Ownership* der Länder beachten. So solle die Bank auf entsprechende Nachfrage hin auch Beratungsleistungen gegen Bezahlung anbieten. Generell sollten die mit den Dienstleistungen der Bank verbundenen Kosten (*Cost of Doing Business*) reduziert werden, insbesondere die nichtfinanziellen Transaktionskosten. Dabei sollten die Synergieeffekte zwischen den verschiedenen Teilen der Bank besser ausgenutzt werden. Darüber hinaus sollten sich Konditionen zu Umwelt- und Sozialstandards verstärkt auf bestehende ländereigene Regelwerke (*Country Systems*) beziehen, sofern diese allgemein akzeptierte Standards beinhalteten.

Frühjahrstagung 2007

Die Frühjahrstagung 2007 von IWF und Weltbank fand in Washington D.C. statt und war überschattet von der **Diskussion über Präsident Wolfowitz, der seiner**

Lebensgefährtin als Weltbank-Mitarbeiterin unzulässige Beförderungen und Gehaltserhöhungen genehmigt hatte.

Bundesministerin Wieczorek-Zeul hatte bereits im Vorfeld der Tagung – auch in einem persönlichen Gespräch mit Präsident Wolfowitz – ihre Bedenken zum Ausdruck gebracht, dass durch die Affäre die Integrität der Bank in Mitleidenschaft gezogen werde. Dies fand breite Unterstützung. Die europäischen Gouverneure verließen ihrer Sorge um die Effizienz der Bank, die mit einem Übergang zum *Business as usual* verbunden wäre, auch in einem gemeinsamen Gespräch mit US-Finanzminister Paulson deutlich Ausdruck. Auf Drängen insbesondere der europäischen Gouverneure wurde dieses Thema beim Mittagessen der Mitglieder des Entwicklungsausschusses diskutiert. Dies fand letztlich auch Eingang in die Abschlusserklärung des Entwicklungsausschusses, in der die Gouverneure – und damit auch die USA – ihre Besorgnis über den Zustand der Bank artikulierten, deren Glaubwürdigkeit und Reputation durch die derzeitige Situation gefährdet sei. Sie forderten das Exekutivdirektorium auf, die Untersuchungen in dieser Angelegenheit zu einem Ende zu führen.

Die Erörterung der für die Sitzung des Entwicklungsausschusses vorgesehenen Themen verlief relativ unkontrovers. Auf der Tagesordnung standen der **Global Monitoring Report** sowie der **Afrika Aktionsplan**. Dabei wurde eine breite Unterstützung der Gouverneure für eine verstärkte Förderung von Frauen und ein besseres und verstärktes Engagement der Gebergemeinschaft in fragilen Staaten deutlich. Darüber hinaus bekräftigten viele Gouverneure die Notwendigkeit einer quantitativen und qualitativen Verbesserung der Entwicklungszusammenarbeit.

3.2 Deutsche EU-Präsidentschaft und G8-Vorsitz

Unter der Leitung der jeweiligen Präsidentschaft findet im Exekutivdirektorium eine regelmäßige und intensive Koordination zwischen den Vertretern der Europäischen Union (EU) statt. So werden bei den wöchentlichen Sitzungen der „EU-Gruppe“ jeweils alle bedeutsamen Themen der folgenden 14 Tage angesprochen und diskutiert. Bei kontroversen Themen kann auf diese Weise schon im Vorfeld der jeweiligen Direktoriumssitzungen Transparenz über die Position der EU-Partner hergestellt werden. Aufgrund der Zusammensetzung der Stimmrechtsgruppen nehmen an der EU-Koordinierung neben Vertretern der EU-Kommission auch die Exekutivdirektoren der Schweiz und Norwegens teil.

Deutsche EU-Präsidentschaft

Die deutsche EU-Präsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 setzte bei der EU-Koordination in der Weltbank neue Maßstäbe: **Der Idealfall der Koordinierung – eine gemeinsame schriftliche Stellungnahme – wurde in diesem Halbjahr 30 Mal erreicht** und war damit um ein Vielfaches häufiger als bei den Vorgängern. Um im Direktorium kein kontraproduktives „Lager-Denken“ zu provozieren, wurden auch andere Exekutivdirektoren eingeladen, sich an den gemeinsamen Stellungnahmen zu beteiligen – mit Erfolg: Neben verschiedenen Schwellenländern beteiligten sich z. B. auch die beiden afrikanischen Direktoren mehrfach an den von Deutschland initiierten gemeinsamen Stellungnahmen.

Zu weiteren Höhepunkten der deutschen EU-Präsidentschaft in der Weltbank zählen mehrere hochrangige Besuche aus Europa, eine gemeinsame Reise der EU-Direktoren nach

Brüssel sowie ein abgestimmtes Verhalten der EU-Vertreter während der Führungskrise der Weltbank im 2. Quartal dieses Jahres.

Die EU-Kommissare Almunia und Michel trafen sich jeweils zu einer ausführlichen und intensiven Diskussion mit der EU-Gruppe. Bei Kommissar Almunia fand das Gespräch erstmals in einer gemeinsamen Runde der EU-Gruppen aus Weltbank **und** IWF statt. Der Leiter der Europäischen Kommission in Washington, Botschafter Bruton, und EU-Generaldirektor Richelle führten jeweils während eines Mittagessens einen Gedankenaustausch mit der Gruppe. Des Weiteren organisierte das deutsche Büro diverse Veranstaltungen, z. B. mit der Leiterin der Ausbildungsstiftung der EU (*European Training Foundation*) und mit europäischen Nicht-Regierungsorganisationen.

Die inzwischen traditionelle Reise der EU-Direktoren nach Brüssel für Gespräche mit Vertretern der EU-Kommission und des Europäischen Parlaments fand auch in diesem Jahr statt.

Das wichtigste Ergebnis dieser Reise wie auch der Gespräche mit EU-Vertretern in Washington war, dass die intensive Zusammenarbeit der EU mit der Weltbank eines stärkeren strategischen Rahmens bedarf. Erste Schritte zur Erarbeitung dieses Rahmens sind inzwischen in Angriff genommen worden.

Die Führungskrise der Weltbank im 2. Quartal 2007 gipfelte im Rücktritt des damaligen Präsidenten Paul Wolfowitz. Mit der Wahl von Robert Zoellick zum neuen Weltbankpräsidenten am 1. Juli 2007 nahm die Krise schließlich ein gutes Ende. Der deutsche Exekutivdirektor ist gleichzeitig auch der *Dean* (der dienstälteste ED) des

Exekutivdirektoriums und war daher als Vermittler zwischen dem Direktorium und dem Präsidenten einer der Hauptakteure der Krisenbewältigung. Um Interessenkonflikte zu vermeiden, übernahm die nachfolgende Präsidentschaft (Portugal, vertreten durch den italienischen Exekutivdirektor) die konstruktive europäische Koordination während der Krise.

Deutsche G8-Präsidentschaft

Im Gegensatz zur EU-Koordination ist eine Koordination der G8 im Exekutivdirektorium der Weltbank keine gängige Praxis. Die deutsche G8-Präsidentschaft manifestiert sich vor allem in einer guten und engen Zusammenarbeit mit Weltbankmitarbeitern und -management. **Die Weltbank ist ein für die Umsetzung vieler Themen des G8-Gipfels in Heiligendamm wichtiger Akteur**, zum Beispiel bei den Themen Internationaler Klimaschutz, Gewährleistung stabiler und tragfähiger Rahmenbedingungen für die Weltwirtschaft und beim Schwerpunktthema Afrika.

Deutschland setzt sich nachdrücklich dafür ein, dass Maßnahmen zum Klimaschutz auf allen Ebenen der Bank und in allen von ihr betreuten Programmen und Projekten verstärkt berücksichtigt werden (siehe hierzu auch die *Forest-Carbon Partnership* in Kapitel 2.1). Insbesondere die Förderung „sauberer Energien“ (*Clean Energies*) steht dabei im Vordergrund. Deutschland wird sich bemühen, den Dialog der G8 mit China, Indien, Brasilien, Mexiko und Südafrika zum Thema Klima auch innerhalb der Bank zu beleben.

Beim Thema Stabile und tragfähige Rahmenbedingungen für die Weltwirtschaft ist für die Weltbank besonders wichtig, dass sich der G8-Gipfel für einen verantwortungsvollen Umgang mit Rohstoffen, insbesondere für mehr Transparenz

bezüglich der Einnahmen aus Rohstoffen, und für die Korruptionsbekämpfung ausgesprochen hat. So befürworten die G8 die weitere Entwicklung und Förderung von Nachhaltigkeitsstandards im Bergbausektor und unterstützen ein Pilotprojekt zur Zertifizierung von Rohstoffhandelsketten in ausgewählten Partnerländern sowie die *Extractive Industries Transparency Initiative*. Schließlich unterstützt die G8 auch die *Stolen Asset Recovery Initiative* der Weltbank, bei der veruntreute öffentliche Gelder aus Entwicklungsländern, die in westlichen Partnerstaaten beschlagnahmt wurden, in Form von entwicklungspolitischen Projekten wieder in die Ursprungsländer zurückgeleitet werden.

Afrika ist und bleibt in absehbarer Zukunft ein Schwerpunktthema der Weltbank. Mit ihrer Gipfelerklärung haben die G8 ein deutliches Bekenntnis zur vertieften Zusammenarbeit mit Afrika abgegeben. Die G8 unterstützen nachdrücklich die Erfolge und fortgesetzten Anstrengungen der afrikanischen Staaten auf ihrem Reformkurs.

Um einen wirksamen Beitrag zur Erreichung der Millenniumsziele in Afrika zu leisten, haben die G8 umfangreiche Maßnahmen in den Bereichen Frieden und Sicherheit, Nachhaltige Investitionen, Gute Regierungsführung und Verbesserung der Gesundheitssysteme und Bekämpfung von HIV/AIDS, Tuberkulose und Malaria beschlossen. Die Weltbank dokumentiert die teils guten, teils leider nur schleppenden Fortschritte bei der Erreichung der Millenniumsziele in ihrem *Global Monitoring Report*. Die G8 und die Weltbank sind sich darin einig, dass Entwicklungshilfe allein nicht ausreichen wird, um die Millenniumsziele in Afrika zu erreichen.

Wirtschaftswachstum ist der Schlüssel zur Armutsbekämpfung. Die G8 legten ein Programm auf, um das Investitionsklima in Afrika zu verbessern und Voraussetzungen für mehr Wachstum und Beschäftigung zu schaffen. Dabei unterstützen sie insbesondere die Weltbankinitiative *Making Finance Work for Africa*. Diese Initiative stellt eine Plattform zur Verfügung, mit deren Hilfe die Pariser Erklärung durch Integration, Koordination und Harmonisierung der verschiedenen bilateralen Entwicklungshilfeaktivitäten im Finanzsektor verwirklicht werden kann. Die G8 werden sich außerdem dafür einsetzen, die internationalen Handelsbedingungen für afrikanische Produkte zu erleichtern und die regionale Marktintegration und grenzüberschreitende Infrastruktur weiter zu fördern, insbesondere in Zusammenarbeit mit der Weltbank durch die *Capacity Building Initiative for African Regional Communities*. Bei der Verbesserung der Voraussetzungen für mehr Wachstum und Beschäftigung spielt auch der Abschluss der WTO-Runde eine zentrale Rolle, denn zu den bereits erzielten und von allen WTO-Partnern akzeptierten Verhandlungsfortschritten gehören vor allem Beschlüsse zugunsten der ärmsten Entwicklungsländer.

Neben diesen in der Schlusserklärung von Heiligendamm hervorgehobenen Themen arbeiteten die G8 noch auf zwei weiteren Gebieten eng mit der Weltbank und dem IWF zusammen. Zum einen wurde ein Aktionsplan zu *Good Financial Governance in Africa* verabschiedet. Er hat zum Ziel, die Effizienz der öffentlichen Finanzen in Afrika zu steigern, insbesondere durch eine bessere Rechenschaft über Einnahmen aus Rohstoffen und durch die Sicherung der Schuldentragfähigkeit.

Zum anderen wurde der Aktionsplan *Developing Local Bond Markets in Emerging Markets Economies and Developing Countries* gebilligt, der Empfehlungen zum Aufbau nationaler Märkte für Schuldenpapiere, zum Aufbau von Derivate- und Swapmärkten, zur Verbreiterung der Investorenbasis und zur Unterstützung regionaler Initiativen ebenso enthält wie das Angebot zu technischer Hilfe in diesen Bereichen.

Ein Höhepunkt der Zusammenarbeit zwischen der deutschen G8-Präsidentschaft und der Weltbank **war das Berliner Weltbankforum unter dem Motto „Afrika im Aufbruch“** vom 21.-22. Mai.

3.3 Weltbankbüro in Berlin

Im September 2007 hat die Weltbank ein Vertretungsbüro in Berlin eröffnet und ist damit einem langjährigen Wunsch der Bundesregierung nachgekommen. Mit dem Büro werden Zuständigkeiten für Deutschland aus dem Pariser Weltbankbüro nach Berlin verlagert, was eine verbesserte Kommunikation mit Bundesregierung, Parlament, Privatsektor, Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Medien ermöglicht. Daneben wird das Büro die Arbeit der Weltbank der deutschen Öffentlichkeit vorstellen. Die formelle Eröffnung wird voraussichtlich im November 2007 durch Weltbankpräsidenten Robert Zoellick erfolgen (das bisherige IFC-Büro in Frankfurt wird nach dem Weggang des bisherigen Büroleiters seine Arbeit nun grundlegend umstrukturieren). Leiterin des Berliner Weltbankbüros ist Claudia von Monbart, die bislang schon für den Dialog mit Deutschland verantwortlich war.

The World Bank

- Berliner Büro -

Reichpietschufer 20

10785 Berlin

Tel.: +49 (0) 30 72614250

Fax: +49 (0) 30 72614255

Internet: www.worldbank.org/germany

Claudia von Monbart

- Büroleiterin -

Tel: +49 (0) 30 72614 254

Fax: +49 (0) 30 72614 255

E-Mail: cvonmonbart@worldbank.org

Steven Jouy

- External Affairs Associate -

Tel.: +49 (0) 30 72614 251

Fax: +49 (0) 30 72614 255

E-Mail: sjouy@worldbank.org

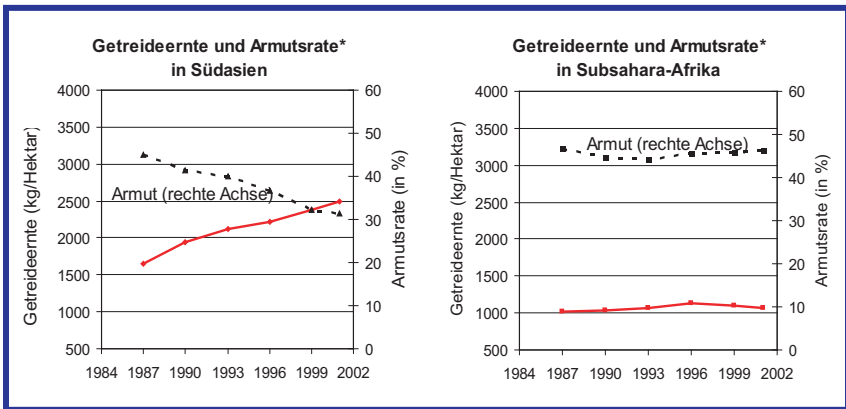
3.4 Weltentwicklungsbericht 2008: Landwirtschaft und Entwicklung

Der Weltentwicklungsbericht 2008 zum Thema „Landwirtschaft und Entwicklung“ beschäftigt sich mit der Frage, wie die Landwirtschaft zur Reduzierung der weltweiten Armut beitragen kann. Damit wird diesem Thema zum ersten Mal seit 25 Jahren wieder ein Weltentwicklungsbericht gewidmet.

Laut Bericht spielt die Landwirtschaft für das Erreichen der Millenniumsziele eine entscheidende Rolle: So leben 75% aller Armen in Entwicklungsländern (das sind 2,1 Mrd. Menschen, die täglich mit weniger als 2 US-\$ pro Tag

auskommen müssen) in ländlichen Regionen, und die meisten davon arbeiten in der Landwirtschaft. Folglich kann die weltweite Armut zwar nicht allein mit Hilfe der Landwirtschaft reduziert werden, aber umgekehrt ist **ohne Landwirtschaft keine Armutsreduzierung** möglich. Das verdeutlicht zum Beispiel Abbildung 5, die zeigt, dass die Armutsrate in Südasien zwischen 1985 und 2002 in dem Maße abnahm, wie die Getreideernten stiegen. In Subsahara-Afrika hingegen blieben sowohl die Ernten als auch die Armutsrate zwischen 1985 und 2002 konstant.

Abb. 5: Höhere Getreideernten und gesunkene Armutsrate in Südasien, keine Veränderungen in Subsahara-Afrika (1987–2001)



* Armutsrate = Verfügbares Einkommen von weniger als 1 US-\$ pro Tag (in Kaufkraftparitäten)

Quelle: Weltbank (2007): Vorläufiger Weltentwicklungsbericht 2008.

Laut Weltentwicklungsbericht spielt die Landwirtschaft in Ländern unterschiedlichen Entwicklungsstandes eine jeweils unterschiedliche Rolle:

- 1) So können die Landwirtschaft und damit verbundene Industrien in **landwirtschaftsbasierten Ländern** (hierzu zählen viele Länder in Subsahara-Afrika) nicht nur die Armut und Nahrungsmittelunsicherheit reduzieren, sondern auch als Wachstumsmotor dienen.
- 2) In **Transformationsländern** (hierzu zählt der Großteil Asiens, des Nahen Ostens und Nordafrikas) kann die Landwirtschaft zur Reduzierung von Einkommensunterschieden zwischen ländlichen und städtischen Regionen – einer wichtigen Ursache sozialer Spannungen – beitragen.
- 3) In **verstäderten Volkswirtschaften** (z. B. in Lateinamerika, Osteuropa und Zentralasien) kann Landwirtschaft die verbleibende ländliche Armut reduzieren, wenn Kleinbauern in den Markt eingebunden und Arbeitsplätze in ländlichen Gegenden geschaffen werden.

Aufgrund der unterschiedlichen Bedeutung der Landwirtschaft für verschiedene Typen von Ländern müssen sich auch die Politiken zur Förderung der Landwirtschaft in diesen Ländern unterscheiden. Bemerkenswert ist, dass die großen Potenziale der Landwirtschaft bisher nicht ausgeschöpft wurden, da aufgrund falscher Politiken zu wenig in diesen Sektor investiert wurde. Zudem werden aufgrund der Vielzahl an Hungerkatastrophen Gelder eher in kurzfristige Nahrungsmittelhilfe als in weitsichtige Strategien zur Ernährungssicherung durch Wachstum gelenkt.

Dem Bericht zufolge müssen zwei wichtige Voraussetzungen erfüllt sein, damit die Landwirtschaft ihre Potenziale entfalten kann: Wichtig ist es erstens, die Produktivität der Kleinbauern zu steigern (insbesondere in Afrika), und zweitens, effektive

Steuerungsstrukturen auf nationaler Ebene (d. h. in den Ministerien), auf lokaler und auf internationaler Ebene (d. h. im internationalen Handelssystem) zu schaffen.

Das Thema Landwirtschaft und Entwicklung weist Schnittstellen zu zahlreichen anderen Themen auf, die für die nachhaltige Entwicklung ebenfalls relevant sind, darunter Umweltschutz, Gentechnik, Biodiversität, Handel und Klimaschutz. Dabei bestehen sowohl positive als auch negative Wechselwirkungen zwischen der Förderung der Landwirtschaft und den anderen Zielen. Beispielsweise stellen Biokraftstoffe einerseits einen neuen Markt für landwirtschaftliche Erzeugnisse dar, andererseits besteht z. B. die Gefahr, dass durch die Verwendung von Mais für Biokraftstoffe Lebensmittelengpässe entstehen. Vielschichtig ist auch der Zusammenhang zwischen Landwirtschaft und Umwelt: So leistet die Landwirtschaft einen wichtigen Umweltbeitrag, z. B. weil sie Kohlenstoffe absorbiert. Andererseits haben Düngemittel und Biogase erhebliche negative Umwelteffekte. Der Weltentwicklungsbericht analysiert alle diese Aspekte umfassend.

Der Bericht ist aber nicht nur ein Nachschlagewerk für Wissenschaftler, sondern enthält auch detaillierte und differenzierte **Empfehlungen für Politiker** in Entwicklungs- und Industrieländern. Zudem werden die wichtigsten Erkenntnisse des Berichts in die operative Arbeit der Bank einfließen. Zum Beispiel werden die Länderabteilungen der Weltbank jeweils eigene Landwirtschaftsaktionspläne entwickeln, um der Bedeutung der Landwirtschaft im Tagesgeschäft künftig besser gerecht zu werden.

Die Bundesregierung misst dem Thema Landwirtschaft ebenfalls große Bedeutung bei und hat die Erstellung des Weltentwicklungsberichts 2008 u. a. durch Beiträge von

Professoren und der Zivilgesellschaft (im Rahmen der *Global Donor Platform*) maßgeblich unterstützt.

3.5 IDA14 Mid-Term Review und IDA15-Wiederauffüllungsverhandlungen

Die Internationale Entwicklungsorganisation (IDA) ist die für die ärmsten Entwicklungsländer zuständige Einrichtung der Weltbankgruppe. **Sie gewährt derzeit 80 Ländern mit einem jährlichen Pro-Kopf-Einkommen von weniger als 1.065 US-\$ langfristige, konzessionäre¹² Kredite sowie Zuschüsse.** IDA spielt als größte und einflussreichste multilaterale Entwicklungsinstitution eine wichtige Rolle für das Erreichen der Millenniumsziele. Kernprinzipien von IDA sind:

- Ein **partnerschaftlicher Ansatz**, der sich in der Orientierung an den Armutsbekämpfungsstrategien der Entwicklungsländer ausdrückt.
- Die Bemessung der **Mittelzuweisung nach einem leistungsorientierten Bewertungsschema** (*Performance-Based Allocation System*). Dieses Bewertungsschema beruht auf umfassenden Länderanalysen (*Country Performance and Institutional Assessment*), in die u. a. auch die Faktoren Wirtschaftswachstum und Gute Regierungsführung einfließen.

IDA macht die wesentlichen Entscheidungsgrundlagen für die Zuweisung von Mitteln der Öffentlichkeit zugänglich und entspricht damit der Forderung nach **mehr Transparenz** der multilateralen Organisationen.

¹² Siehe Glossar.

Aufgrund des Zuschussanteils der IDA-Mittel muss IDA in der Regel alle drei Jahre von den Geberländern wiederaufgefüllt werden. IDA14 sieht Zusagen von insgesamt 32,8 Mrd. US-\$ vor, die den Partnerländern schrittweise während der Geschäftsjahre 2006 bis 2008 gewährt werden. Das Gesamtzusagevolumen von IDA14 setzt sich zusammen aus:

- Geberbeiträgen (21,5 Mrd. US-\$)
- Erwarteten Rückzahlungen von Krediten (8,9 Mrd. US-\$)
- Transfer von IBRD- bzw. IFC-Gewinnen (2,1 Mrd. US-\$).

Die größten Geber für IDA14 sind weiterhin die USA, die 13,8% der Mittel finanzieren, gefolgt von Großbritannien (13,2%), Japan (12,2%) und Deutschland (8,23%). Wie bei vorherigen Wiederauffüllungsrunden wurden von den Anteilseignern auch für IDA14 Spezialthemen festgelegt: Privatsektorentwicklung, Schuldentragfähigkeit und Zuschussvergabe, Ergebnismessung sowie Harmonisierung und Ausrichtung an den Prioritäten der Partnerländer.

Im Rahmen von IDA14 wurden die Zugangskriterien für Zuschüsse neu definiert. Es wurde Einvernehmen darüber erzielt, dass die Schuldentragfähigkeit eines Landes, die im Rahmen einer **Verschuldungsanalyse** ermittelt wird, für die Zuschussvergabe an das jeweilige Land maßgeblich sein soll. Dabei soll der Gesamtzuschussanteil der IDA14-Mittel 30% nicht übersteigen.

Im November 2006 fand nach ca. eineinhalbjähriger Laufzeit eine Überprüfung der für IDA14 beschlossenen IDA-Politiken und ihrer Umsetzung statt, die sog. *IDA14 Mid-Term Review*. Die Überprüfung ergab, dass insgesamt die **Hälfte der zugesagten IDA-Mittel an Subsahara-Afrika** ging, wobei Subsahara-Afrika mit 70% den größten Anteil an den Zuschüssen erhielt. In sektoraler Hinsicht bildeten die

Bereiche Recht und öffentliche Verwaltung sowie Infrastruktur die größten Posten. In Bezug auf die bei der IDA14 *Mid-Term Review* aufgeworfenen Themen ergab sich folgendes Bild:

- Die Geber sprachen sich dafür aus, IDA-Mittel weiterhin anhand des oben beschriebenen **Bewertungsschemas** (*Performance-Based Allocation System*) zu verteilen, regten aber eine Vereinfachung der Verteilungsformel an. Insbesondere die Bundesregierung drängte in diesem Zusammenhang darauf, dass die neue Strategie der Bank zum Thema Gute Regierungsführung und Anti-Korruption (vgl. Kapitel 2.3) und das IDA-Bewertungssystem stimmig sein müssten.
- Einigkeit bestand darüber, dass die Vergabe von Krediten und Zuschüssen auch in Zukunft auf Grundlage des **Schuldentragfähigkeitsrahmens** erfolgen solle. Die Bundesregierung betonte, dass die *Ownership* der Partnerländer beim Schuldenmanagement in diesem Zusammenhang äußerst wichtig sei und Kapazitäten für ein gutes öffentliches Schuldenmanagement in den Partnerländern aufzubauen seien.
- Man kam überein, dass die Bank **Budgethilfe** auf Grundlage einer Kriterienliste vergeben solle, mit deren Hilfe die Budgethilfswürdigkeit des jeweiligen Landes eingeschätzt werden könne. Offen blieb, ob der Anteil der Budgethilfe (derzeit bis 30%) ausgeweitet werden sollte und ob Budgethilfe auch in schwierigen Länderkontexten angebracht sei.
- Fortschritte bei der auf der Pariser Erklärung beruhenden **Harmonisierungsagenda** wurden gewürdigt. Dabei betonte u. a. auch die Bundesregierung, dass die Bank weitere Anstrengungen unternehmen müsse, insbesondere bei:

- Der Positionierung der Bank in der internationalen Entwicklungsarchitektur, die auf den komparativen Vorteilen von IDA, der Selektivität und der Arbeitsteilung mit anderen Gebern beruhen müsse
- Der Einbeziehung neuer Geber und
- Der verstärkten Nutzung der Institutionen der Partnerländer.
- Die Bank bemüht sich seit IDA14 verstärkt darum, **Entwicklungsergebnisse zu messen**. Dabei wird nicht nur der Entwicklungsfortschritt des Landes insgesamt, sondern auch der spezifische Beitrag von IDA zu diesem Fortschritt festgestellt. Dies kann nur auf der Grundlage verbesserter Statistiken geschehen. Die Bundesregierung unterstrich, dass es wichtig sei, Entwicklungsfortschritte nicht nur mengenmäßig, sondern auch qualitativ zu beschreiben (z. B. nicht nur die Zahl der zusätzlich beschäftigten Frauen, sondern auch die Art ihrer Tätigkeit).
- Das Pilotprogramm der Weltbank zur Förderung von **Regionalprojekten** soll weiter ausgebaut werden. Aufgrund der Komplexität von Projekten, welche die regionale Integration fördern (etwa grenzüberschreitende Autobahnen und Telefonnetze), erkennt auch die Bundesregierung die komparativen Vorteile der Bank in diesem Bereich an.

Im März 2007 begannen die Verhandlungen für die **15. Wiederauffüllung für IDA in Paris**. Diese Auftaktveranstaltung diente dazu, die Sonderthemen für die dreijährige IDA15-Laufzeit festzulegen. Die Bundesregierung koordinierte im Zuge ihrer EU-Präsidentschaft eine gemeinsame EU-Position und konnte auf diese Weise ihre Vorstellungen durchsetzen, die sich in den folgenden drei ausgewählten **Sonderthemen** widerspiegeln:

1. Die Rolle von IDA in der internationalen Entwicklungsarchitektur
2. Die Effektivität der IDA-Aktivitäten auf Länderebene
3. Fragile Staaten (vgl. Kapitel 3.7)

In Paris wurden auch die im Rahmen der *IDA14 Mid-Term Review* entwickelten Vorschläge zur Vereinfachung der Mittelverteilungsformel grundsätzlich gebilligt.

Die Entschuldungsinitiativen HIPC II und MDRI sowie die infolge dieser Initiativen zunehmende Vergabe von Zuschüssen (anstelle von Darlehen) führen dazu, dass die Bank in Zukunft mit geringeren Einnahmen aus Darlehensrückzahlungen der Partnerländer rechnen muss. Die Geber haben angekündigt, diese Ausfälle auszugleichen. Dieser Ausgleich soll zusätzlich zu den regulären Geberbeiträgen zu IDA geleistet werden (*Additionality*).

Die Bundesregierung plädierte dafür, bei der laufenden Auffüllungsrunde die mögliche Erweiterung des IDA-Geberkreises um neue Länder (z. B. China) nicht aus dem Auge zu verlieren. Des Weiteren sprach man sich für eine schnelle und pragmatische Lösung für die **Ablösung der Zahlungsrückstände Liberias** aus, um den Weg für die dringend benötigte Unterstützung des liberianischen Entwicklungsprozesses durch IDA frei zu machen.

Die **zweite Verhandlungsrunde** fand **Ende Juni 2007 in Maputo**, Mosambik, statt. Die Veranstaltung wurde von der Weltbank erfolgreich dazu genutzt, den **Mehrwert von IDA in der internationalen Entwicklungsarchitektur** überzeugend darzulegen. Die herausragende Rolle der Bank ergibt sich nicht nur aus der Größe ihres finanziellen Beitrags, sondern auch aus ihrem umfassenden Wissen sowie aus ihrer dezentralen Struktur. Außerdem folgt IDA einem

länderbasierten Modell, das den Ländern ein integriertes und umfassendes Unterstützungspaket anbietet. Auf diese Weise (beispielsweise durch Stärkung der ländereigenen Systeme in den Bereichen Finanzverwaltung oder Gesundheit) schafft IDA gute Voraussetzungen für die Aktivitäten anderer Entwicklungsakteure. Schließlich kann IDA die Rolle eines Koordinators übernehmen.

Unter der Leitung der deutschen EU-Präsidentschaft drängten die europäischen Anteilseigner die Weltbank, sich folgenden Aufgaben künftig intensiver zu widmen:

- Der Verbesserung der Komplementarität von IDA zu vertikalen Initiativen¹³
- Der ausgewogenen Finanzierung auf Sektorebene einschließlich der Identifizierung von unterfinanzierten Sektoren und der Schließung von Finanzierungslücken
- Der Stärkung der Rolle der Bank bei der Bereitstellung globaler öffentlicher Güter (und insbesondere die Herausforderungen des Klimawandels verstärkt anzugehen)
- Der weiterhin konsequenten Bemühung um Harmonisierung und Ausrichtung an den Prioritäten der Partnerländer.

Die Bundesregierung konnte zusätzlich erreichen, dass für die *IDA15 Mid-Term Review* ein Umsetzungsbericht zum **Gender Action Plan** der Bank (vgl. Kapitel 2.2) vorgelegt werden wird.

Mit Blick auf **fragile Staaten** bekräftigten die Geber, dass die bereits ergriffenen Maßnahmen, mit denen die Effektivität des Engagements der Bank gesteigert werden soll, weiterhin

¹³ Siehe Glossar.

umgesetzt werden sollen, z. B. eine stärkere Präsenz der Bank vor Ort, die Beschleunigung interner Verfahren und die Verbesserung der Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen und den regionalen Entwicklungsbanken. Auch der Schaffung eines systematischen Mechanismus zur Ablösung von Zahlungsrückständen wurde im Grundsatz zugestimmt.

In der zweiten Verhandlungsrunde begann außerdem die **Diskussion über das Finanzvolumen von IDA15**. Das IDA-Management schlug insgesamt eine 20%ige Erhöhung des Volumens gegenüber IDA14 vor. Ein Diskussionspunkt war die Schließung der Finanzierungslücke bei MDRI und HIPC und bei den regulären Geberbeiträgen. Die europäischen Geber sprachen sich gemeinsam dafür aus, dass IBRD und IFC einen größeren Anteil ihrer Gewinne als bislang an IDA übertragen sollten, und forderten alle Staaten auf, ihren MDRI-Verpflichtungen nachzukommen. Damit sprachen sie insbesondere die großen Beitragszahler USA und Kanada an, die ihren Verpflichtungen noch nicht nachgekommen sind. Konkrete Finanzierungszusagen zur IDA15 Wiederauffüllung erfolgten noch nicht.

Bei der **dritten Verhandlungsrunde** im Herbst 2007 in **Dublin** wird sich die Diskussion um das Volumen von IDA15 und die Lastenaufteilung zwischen den Gebern drehen. Weiterhin werden folgende Themen erörtert werden: Verbesserung der Entwicklungseffektivität in den Partnerländern, Umsetzung des *Clean Energy Investment Framework* der Weltbank sowie Umsetzung des Rahmenwerkes zur Schuldentragfähigkeit.

Die abschließende **vierte Verhandlungsrunde** soll auf Einladung der Bundesregierung in **Berlin** stattfinden.

3.6 Corporate Governance der Weltbank

Auch im Geschäftsjahr 2007 beschäftigte sich das Exekutivdirektorium intensiv mit Fragen einer angemessenen **Unternehmensführung und –kontrolle** (*Corporate Governance*), und zwar sowohl mit dem Aspekt einer stärkeren Mitsprache der Partnerländer (*Voice Agenda*) als auch mit **internen Regeln und Verfahren**.

Voice

Der 2002 in Monterrey verabschiedete Konsens hatte die Weltbank und den IWF aufgefordert, die Beteiligung von Entwicklungs- und Transformationsländern an den Entscheidungsprozessen beider Institutionen zu erhöhen, um den internationalen Dialog zu fördern und die Entwicklungsanliegen der Partnerländer besser zu berücksichtigen. Jedoch konnte die *Voice Agenda* auch in der ersten Hälfte des Geschäftsjahres 2007 nicht zu einem Abschluss gebracht werden: Der zur Frühjahrstagung 2007 vorgelegte Fortschrittsbericht enthält Vorschläge zur Umstrukturierung der Entscheidungs- und Kapitalstrukturen in der Weltbank (z. B. Erhöhung der Basisstimmrechte für Entwicklungs- und Transformationsländer, Änderung im Abstimmungsverfahren, Anhebung bzw. Absenkung von Kapitalanteilen, Aufstockung der Anzahl der afrikanischen Sitze im Exekutivdirektorium, offene Wahl des Weltbankpräsidenten). Trotz intensiver Diskussionen im Exekutivdirektorium und auf Gouverneursebene zu diesen Vorschlägen wurde aber erneut kein Konsens erzielt.

Dafür wurden bisher einige Maßnahmen zur Unterstützung der Arbeit der afrikanischen Exekutivdirektoren umgesetzt.¹⁴

Unter anderem wurde das *Voice Secondment*-Programm (zeitweilige Abordnung von Regierungsvertretern aus Entwicklungsländern zu Weltbank und IWF) geschaffen und ein Treuhandfonds eingerichtet, aus dessen Mitteln Exekutivdirektoren aus Entwicklungsländern Forschungs- und Beratungsarbeiten finanzieren können.

Im Hinblick auf substantielle Änderungen bei den Stimmrechten wird von vielen Anteilseignern zunächst die Behandlung des Themas beim IWF abgewartet. Der IWF billigte im Rahmen der Jahrestagung 2006 ein zweiphasiges Programm, dessen erste Phase, eine Ad-hoc-Quotenerhöhung für China, Mexiko, Südkorea und die Türkei, bei der Jahrestagung in Singapur beschlossen wurde. In der zweiten Phase geht es neben einer zweiten Runde von Ad-hoc-Quotenerhöhungen um die heftig umstrittene Überarbeitung der Quotenformel (Anhebung der Basisstimmrechte und Stärkung der administrativen Ressourcen derjenigen Exekutivdirektoren, die eine große Gruppe von Ländern vertreten, was insbesondere für die afrikanischen Büros zutrifft). In der Zwischenzeit wird die Weltbank auf Geheiß der Gouverneure ihre technischen Vorarbeiten, die den politischen Konsens vorbereiten sollen, fortführen und zur Jahrestagung 2007 einen Fortschrittsbericht vorlegen.

Es bleibt abzuwarten, welche Auswirkungen die Reformen beim IWF auf die Weltbank haben werden, denn aufgrund der unterschiedlichen institutionellen Ausgestaltung besteht kein Automatismus im Hinblick auf die Übernahme der IWF-Reformen. So entscheidet beispielsweise die Höhe des

¹⁴ Die beiden afrikanischen Exekutivdirektoren vertreten jeweils 24 bzw. 26 Länder.

Kapitalanteils bei der Weltbank – im Unterschied zur IWF-Quote – nicht über das mögliche Ausleihvolumen. Grundsätzlich unterstützt die Bundesregierung die Forderung, dass die Struktur von Weltbank und IWF auch der Verschiebung der ökonomischen Gewichte in der Weltwirtschaft und den Entwicklungsfortschritten in Schwellenländern – bei gleichzeitiger Sicherung einer adäquaten Repräsentanz der armen Entwicklungsländer – Rechnung tragen muss, um die Glaubwürdigkeit und Legitimität von Weltbank und IWF zu erhalten.

Das bedeutet jedoch auch, dass die betreffenden Länder mehr Verantwortung für die Lösung globaler Herausforderungen – einschließlich der Armutsbekämpfung – übernehmen müssen. Diese Verantwortung sollte sich auch in den an IDA geleisteten Beiträgen widerspiegeln.

Interne Regeln und Verfahren

Die zweite Hälfte des Geschäftsjahres stand ganz im Zeichen der **Krise** um den inzwischen ausgeschiedenen **Weltbankpräsidenten Paul Wolfowitz**, die Diskussionen zu Fragen der Unternehmensführung und -kontrolle auslöste (vgl. Vorwort). Das *Ethics Committee* des Exekutivdirektoriums hatte sich unmittelbar nach Dienstantritt von P. Wolfowitz mit dem Interessenkonflikt beschäftigt, der daraus resultierte, dass seine damalige Lebensgefährtin in der Bank arbeitete. Das Komitee legte dem damaligen Präsidenten nahe, diesen Interessenkonflikt durch die Versetzung seiner Lebensgefährtin außerhalb seines Weisungsbereiches bei gleichzeitiger Anerkennung ihrer Verdienste zu lösen. Nach Bekanntwerden seines Fehlverhaltens (Festlegung überhöhter, den Bankbestimmungen nicht entsprechender Gehaltssteigerungen für seine damalige Lebensgefährtin) kam

es im Exekutivdirektorium und unter den Gouverneuren bei der Frühjahrstagung 2007 zu kontroversen Diskussionen. Der Entwicklungsausschuss betonte, die Bank müsse die höchsten internationalen Standards der Unternehmensführung einhalten, und beauftragte das Exekutivdirektorium mit der Aufklärung des Sachverhaltes. Diese Aufklärung erfolgte durch eine Prüfungskommission und führte letztlich den Rücktritt von Paul Wolfowitz herbei. Im Anschluss sah sich der Ausschuss für Steuerungsfragen und administrative Angelegenheiten der Exekutivdirektoren aufgefordert, die internen Vorschriften und Verfahren, die das Verhalten der Exekutivdirektoren und des Präsidenten betreffen, kritisch zu durchleuchten. Zu diesem Zweck wurde eine aus acht Exekutivdirektoren bestehende *Working Group on Governance* eingesetzt, die dem Ausschuss regelmäßig berichten soll. Die Arbeitsgruppe will sich zunächst mit drängenden, durch die Wolfowitz-Krise aufgeworfenen Problemen beschäftigen und sich erst in einem zweiten Schritt den allgemeinen und breiten Themen der *Corporate Governance* zuwenden. Die Arbeitsgruppe hat bereits Vorschläge unterbreitet, wie der bestehende Verhaltenskodex (*Code of Conduct*) und das Verfahren des *Ethics Committee* verbessert werden könnten. Diese Vorschläge werden derzeit diskutiert.

3.7 Krisen- und Konfliktländer, Post-Konflikt-Länder und LICUS-Strategie

Bereits im November 2001 startete die Weltbank eine Initiative für Niedrigeinkommensländer mit besonderen Herausforderungen (*Low Income Countries under Stress*,

LICUS) und gründete hierfür eine Arbeitsgruppe. Der LICUS-Initiative lag einerseits die Überzeugung zugrunde, dass die Gebergemeinschaft und damit auch die Weltbank sich aus Ländern mit schwierigen politischen Rahmenbedingungen nicht vollständig zurückziehen sollten. Dies vor allem vor dem Hintergrund der Erreichung der Millenniumsziele und der Bedeutung der Länder für die Stabilität in der jeweiligen Region. Andererseits sollte ein neuer strategischer Ansatz für die Zusammenarbeit entwickelt werden, da traditionelle Konzepte in LICUS-Ländern häufig nicht den erwarteten Erfolg erzielten.

Länder, die als **LICUS** eingestuft werden, zeichnen sich zum einen durch sehr schwache *Governance* und Institutionen aus und befinden sich daher im unteren Bereich der Skala des *Country Policy and Institutional Assessment*, welches zum größten Teil über die Mittelvergabe an IDA-Länder im Rahmen des *Performance-Based Allocation System* bestimmt (vgl. Kapitel 3.5). Des Weiteren verfügen sie über schlechte sozioökonomische Indikatoren, z. B. ein sehr niedriges Pro-Kopf-Einkommen, eine hohe Kindersterblichkeitsrate, schlechten Zugang zu sauberem Trinkwasser etc. Ziel der LICUS-Initiative ist es, die Unterstützung für diese Länder zu verbessern, insbesondere für jene, aus denen sich viele Geber zurückgezogen haben. Die LICUS-Initiative soll es der Bank außerdem ermöglichen, (wieder) in Ländern wie Somalia, Sudan, Simbabwe oder Liberia, die Zahlungsrückstände gegenüber der Weltbank haben, aktiv zu werden, um ein umfassenderes Engagement der Weltbank oder anderer Geber vorzubereiten.

Die LICUS-Initiative soll schließlich die bestehende Zusammenarbeit der Weltbank mit der Gruppe der sog. **Post-Konflikt-Länder** ergänzen, wobei sich beide Ländergruppen

(LICUS und Post-Konflikt) überschneiden können. Post-Konflikt-Länder zeichnen sich dadurch aus, dass sie von internen oder externen kriegerischen Konflikten betroffen waren. Die Weltbank verfügt für diese Länder über einen programmatischen Rahmen für Konfliktprävention und -bewältigung sowie Wiederaufbau¹⁵. Ebenso soll das *Conflict Analysis Framework* sicherstellen, dass Konfliktursachen hinreichend analysiert werden und das Potenzial von Maßnahmen zur Konfliktprävention ausgeschöpft wird.

Die Länderstrategien der Bank für LICUS- und Post-Konflikt-Länder, die vormals unterschiedliche Namen hatten, sind nunmehr einheitlich in *Interim Strategy Notes* umbenannt worden. Um den Erfolg von Unterstützungsmaßnahmen in LICUS-/Post-Konflikt-Ländern zu messen und so u. a. die Gerberharmonisierung zu erleichtern, hat die Weltbank gemeinsam mit den Vereinten Nationen und anderen Gebern so genannte *Transitional Results Matrices* entwickelt. Diese sollen den Partnerländern helfen, ihre Entwicklungsprioritäten für die Übergangsphase und messbare Ziele für die Erreichung der Prioritäten festzulegen.

Die Weltbank hat sich der internationalen Begrifflichkeit angeschlossen und für die Gruppe der LICUS- und Post-Konflikt-Länder den Terminus *Fragile States* übernommen. Für *Fragile States* wurde ein neuer konzeptioneller Ansatz mit folgenden Schwerpunkten entwickelt:

- **Aufbau leistungsfähiger und rechenschaftspflichtiger Staaten** (*Building State Capacity and Accountability*),

¹⁵ *Operational Policy/Bank Procedures OP 2.30 Development and Conflict, Operational Policy/Bank Procedures 8.00 Rapid Response to Crisis and Emergencies.*

- einschließlich der Bereitstellung staatlicher Grundleistungen
- Unterstützungsleistungen, welche die politischen und konfliktentfachenden Dynamiken in den jeweiligen Ländern analysieren
 - Intensive **Geberharmonisierung** und Vereinfachung von Planungs- und Überwachungsverfahren entsprechend den vorhandenen Kapazitäten
 - **Flexible Zusammenarbeit** seitens der Bank (z. B. ausreichende Präsenz vor Ort, schnelle Anpassung an sich ändernde Bedingungen, Bereitstellung von Experten)

Entsprechend dem neuen Ansatz sollen diese Schwerpunkte nicht in allen Ländern in gleicher Weise verfolgt werden, sondern sich an den jeweiligen Länderbedingungen orientieren. Zu unterscheiden sind **vier Ländergruppen**:

- Länder mit **anhaltenden politischen Krisen**
- Länder in **Post-Konflikt- oder politischen Übergangsphasen**
- Länder mit einer rapiden **Verschlechterung** der Regierungsführung und/oder aufkeimenden Konflikten
- Länder mit schrittweise umgesetzten **positiven Reformprozessen**

Bei schwierigen politischen Rahmenbedingungen ist die Zusammenarbeit mit bi- und multilateralen Gebern unerlässlich für den Erfolg der Maßnahmen. Daher wurde unter dem Dach des OECD-DAC die **Fragile States Group** eingerichtet, der neben Weltbank, IWF, VN-Organisationen, der Europäischen Kommission und dem Internationalen Komitee des Roten Kreuzes auch bilaterale Geber wie die Bundesregierung angehören. Im Rahmen einer Zusammenkunft im Januar 2005 beschlossen die Weltbank, der OECD-DAC, UNDP und die Europäische Kommission

die Erarbeitung von 12 *Principles for Good International Engagement in Fragile States*. Diese 12 Richtlinien wurden beim 2007 OEDC-DAC *High-level Meeting* verabschiedet. Parallel ist die Weltbank in internationale Partnerschaften und Netzwerke eingebunden, die der Erarbeitung von *Best Practices* und dem Erfahrungsaustausch dienen, z. B. bei der Umsetzung von Strategien zur Konfliktprävention und -bewältigung.

Auf Länderebene arbeitet die Weltbank eng mit IWF, bilateralen Gebern und den UN-Organisationen in kofinanzierten Programmen oder im Rahmen von Multi-Geber-Treuhandfonds zusammen, z. B. im Rahmen von Demobilisierungs- und Reintegrationsprogrammen oder bei Maßnahmen zum Aufbau von Infrastruktur.

Der Weltbank stehen verschiedene, sehr komplexe **Finanzierungsmöglichkeiten** für LICUS- und Post-Konflikt-Länder zur Verfügung:

- Beide Ländergruppen haben grundsätzlich **Zugang zu IDA-Mitteln**, sofern sie sich nicht im Zahlungsrückstand befinden. Für Post-Konflikt-Länder wurde jedoch ein besonderes Instrument geschaffen: Die Mittelzuweisung bei Post-Konflikt-Ländern (die gleichzeitig LICUS-Länder sein können) richtet sich nach *Post-Conflict Progress Indicators*, die die Bewertung durch das *Country Performance and Institutional Assessment* ersetzen. So sollen für eine begrenzte Übergangszeit der besonderen Situation und den Bedürfnissen dieser Länder besser Rechnung getragen und der Friedens- und Wiederaufbauprozess beschleunigt werden.
- In Ausnahmefällen stehen für Post-Konflikt-Länder auch dann IDA-Zuschüsse zur Verfügung, wenn das betreffende

Land hohe Zahlungsrückstände hat und sich deren Begleichung langwierig gestaltet (so genannte *Pre-arrear Clearance Grants*).

- Länder, in denen die Weltbank nach einer politischen Krise und nach der Begleichung von Zahlungsrückständen wieder tätig wird, können für einen begrenzten Zeitraum **IDA-Sondermittelzuweisungen** erhalten, um sie auf dem Weg in die Befriedung und Stabilität zu unterstützen.
- Seit 1997 besteht der über die *Development Grant Facility* der Weltbank finanzierte **Post-Conflict Fund**. Dessen Mittel werden für die Planung und die Analyse modellhafter Aktivitäten im Bereich Krisenbewältigung und Wiederaufbau ebenso eingesetzt wie für die Finanzierung der Aktivitäten von internationalen und lokalen Nichtregierungsorganisationen.
- Im Jahr 2004 wurde der aus den Gewinnen von IBRD gespeiste **LICUS Treuhandfonds** eingerichtet, der für LICUS-Länder zur Verfügung steht, die sich im Zahlungsrückstand gegenüber der Weltbank befinden und somit keinen Zugang zu IDA-Mitteln haben (darunter Liberia, Zentralafrikanische Republik, Somalia, Sudan, Togo, Zimbabwe). So kann sichergestellt werden, dass sich die Weltbank in diesen Ländern engagieren kann, sobald sich aufgrund veränderter Rahmenbedingungen die Chance positiver politischer Reformen ergibt.
- Insbesondere für LICUS-Länder steht der *Institutional Development Fund* der Weltbank zur Verfügung, aus dem strategische Maßnahmen zum Aufbau von Kapazitäten in den Bereichen Gute Regierungsführung (*Good Governance*) und Bereitstellung von sozialen Grunddienstleistungen finanziert werden können.
- In besonders dringenden Fällen (z. B. Liberia) kann das Weltbank-Management das Exekutivdirektorium bitten, der

Verwendung von Mitteln aus dem **Überschuss von IBRD** für solche Länder, die sich im Zahlungsrückstand befinden, zuzustimmen.

Ein im Jahr 2006 von der internen **Evaluierungsgruppe** der Weltbank vorgelegter Bericht bescheinigte der LICUS-Initiative, die Aufmerksamkeit für die Entwicklungsherausforderungen in fragilen Staaten und für die Notwendigkeit des Aufbaus leistungsfähiger Staaten verstärkt zu haben. Die Evaluierung weist jedoch auch auf Defizite wie unzureichende Analysen von Konfliktursachen oder die mangelnde Flexibilität der Weltbank-Instrumente hin.

Das Weltbank-Management hat aufgrund dieser Kritik folgende Reformen in Angriff genommen:

- Die internen Richtlinien wurden überarbeitet und eine neue Verwaltungsvorschrift geschaffen¹⁶, um die Flexibilität, die Reaktionsschnelligkeit und Effektivität der Weltbank in Krisensituationen – sei es nach Naturkatastrophen, politischen Krisen oder gewalttätigen Konflikten – zu erhöhen.
- Die Personalpräsenz vor Ort wird erhöht und zusätzliches, qualifiziertes Personal auf Abruf bereitgestellt.
- Die Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen (z. B. hinsichtlich Arbeitsteilung, Vereinbarung treuhänderischer Standards im Rahmen von *Multidonor Trust Funds*) wird verbessert.
- Die *Fragile States Group* und die *Conflict Prevention and Reconstruction Unit* werden zu einer neuen Arbeitseinheit,

¹⁶ *Operational Policy zu Rapid Bank Response to Crisis and Emergencies* (OP 8.00).

der *Fragile and Conflict Affected Countries Group*,
zusammengelegt.

Insgesamt finden die Herausforderungen fragiler Staaten immer stärkere Beachtung. Sie waren beispielsweise auch ein Sonderthema des letzten *Global Monitoring Reports* und wurden im Rahmen der Frühjahrstagung 2007 von den Gouverneuren der Weltbank diskutiert. Auch die Bundesregierung misst dem Thema große Bedeutung bei. Sie hat sich gemeinsam mit den europäischen Anteilseignern erfolgreich dafür eingesetzt, fragile Staaten als Sonderthema bei der **IDA15-Wiederauffüllungsrunde** zu verankern. Anlässlich des zweiten IDA15-Treffens in Maputo legte die Weltbank der Aufforderung entsprechend Vorschläge vor, wie den Besonderheiten dieser Ländergruppe stärker Rechnung getragen werden kann (z. B. Verlängerung der Sonderunterstützung für Post-Konflikt Länder, Ausweitung der *Pre-arrear Clearance Grants*, Überprüfung der Indikatoren zur Messung der Leistung von Post-Konflikt-Ländern). Vor dem Hintergrund des Länderfalles Liberia wurde zudem ein Rahmenwerk zur Ablösung von Zahlungsrückständen (*Arrears Clearance Framework*) unterbreitet. Es enthält einen auf eindeutigen Kriterien beruhenden Mechanismus, auf dessen Grundlage IDA-Länder, die grundsätzlich noch Zugang zur HIPC-Initiative haben, bei der Begleichung ihrer Zahlungsrückstände unterstützt werden können.

Künftig gilt es, unserer steten Forderung nach Abstimmung und Koordinierung mit anderen Gebern auf strategischer und operationeller Ebene weiter Nachdruck zu verleihen. Fragile Staaten und Post-Konflikt-Länder benötigen kohärente Geberleistungen. Dies erfordert auch eine Einbeziehung der so genannten neuen Geberstaaten (z. B. VR China), die aufgrund ihrer erfolgreichen wirtschaftlichen Entwicklung mit der Entwicklungszusammenarbeit begonnen haben.

3.8 Weiterentwicklung der Umwelt- und Sozialstandards der Weltbankgruppe

Die Weltbank hat für ihre Projekte anerkannt hohe **Umwelt- und Sozialstandards** (*Safeguards*) entwickelt, die dem Schutz der Bevölkerung und Umwelt vor negativen Auswirkungen von Vorhaben der Weltbank dienen. Die *Safeguards* regeln Fragen von Konsultationen, Schlichtungsverfahren und Kompensationsleistungen gegenüber der betroffenen Bevölkerung. Letztlich soll durch die Einhaltung der Standards die Qualität von Weltbank-Vorhaben verbessert und durch die Beteiligung der betroffenen Bevölkerung am Projektdesign die *Ownership* der lokalen Bevölkerung gestärkt werden.

IBRD/IDA

Die Weltbank hat für den Umwelt- und Sozialbereich bisher 10 *Safeguards*¹⁷ entwickelt, die aus verschiedenen Verwaltungsvorschriften (*Operational Policies*, OP) und Verfahrensrichtlinien (*Bank Procedures*, BP) bestehen und regelmäßig weiterentwickelt werden. Die *Safeguards* finden beim *Investment Lending*, d. h. bei klar definierten Investitionsprojekten (etwa im Bereich Infrastruktur oder Kommunalentwicklung) Anwendung. Anders als beim *Investment Lending* sind die *Safeguards* auf das **Development**

¹⁷ Umwelt („*Environmental Assessment*“ OP/BP 4.01 von 1999), Natürliche Lebensräume („*Natural Habitats*“ OP/BP 4.04 von 2001), Wald („*Forests*“ OP/BP 4.36 von 2002), Pflanzenschutz („*Pest Management*“ OP/BP 4.09 von 1998), Kulturelles Eigentum („*Cultural Property*“ OP/BP 4.11 von 2006), Unfreiwillige Umsiedlung („*Involuntary Resettlement*“ OP/BP 4.12 von 2002), Indigene Bevölkerung („*Indigenous Peoples*“ OP/BP 4.10 von 2005), Sicherheit von Dämmen („*Safety of Dams*“ OP/BP 4.37 von 2001), Umstrittene Gebiete („*Disputed Areas*“ OP/BP 7.60 von 2001), Internationale Wasserwege („*International Waterways*“ OP/BP 7.50 von 2001).

Policy Lending (Anpassungskredite in Form von Budgethilfe) nicht anwendbar, da hier die klare Zuordnung von Weltbankmitteln zu einzelnen Maßnahmen nicht möglich ist. Um im Rahmen des *Development Policy Lending* jedoch einen den *Safeguards* gleichwertigen Schutz zu bewirken, wurden verschiedene Analyseinstrumente entwickelt. Bei diesem Ansatz soll der Schutz dadurch gewährleistet werden, dass die Weltbank auf Grundlage von **länder- bzw. sektorspezifischen Analysen** potenzielle Auswirkungen der von ihr unterstützten Reformpolitiken untersucht – z. B. im sozialen Bereich durch eine *Poverty and Social Impact Analysis* und im Umweltbereich durch eine *Country Environmental Analysis* und ein *Strategic Environmental Assessment*. Wo signifikante unerwünschte Effekte erkennbar sind, wird bewertet, ob die rechtlichen und institutionellen Rahmenbedingungen geeignet sind, den negativen Folgen zu begegnen. Ist dies nicht der Fall, ist die Weltbank gehalten, die einzelnen Programme entsprechend zu modifizieren.

IFC

Die IFC hat ihre eigenen *Safeguards* entwickelt, die mit denen von IBRD/IDA vergleichbar sind. Diese wurden im Jahr 2006 vollständig überarbeitet. Nach mehrfacher Befassung des Exekutivdirektoriums und umfangreichen Konsultationen mit Regierungsvertretern, Finanzinstitutionen, Wirtschaftsverbänden, Gewerkschaften und NROs trat die endgültige Fassung der *IFC Policy and Performance Standards on Social and Environmental Sustainability* im Mai 2006 in Kraft: Zielsetzung ist die **Abkehr von reinen Auflagen** („*Do no harm*“) **hin zur Verankerung der Umwelt- und Sozialverträglichkeit** („*Do good*“) als integralen und überprüfbaren Bestandteil eines von IFC geförderten Vorhabens. Mit dieser Neufassung sollen zum

einen weiterhin hohe Standards gesichert und Unternehmen stärker als zuvor in die Pflicht genommen werden. Zum anderen soll die Flexibilität gewahrt werden, die notwendig ist, um die Umsetzung der Standards sowohl mit den Erfordernissen des Privatsektors als auch mit potenziellen Auswirkungen für Bevölkerung und Umwelt zu vereinbaren. Die Bundesregierung hat diese Zielsetzung unterstützt.

Die Revision der Standards brachte entscheidende Neuerungen: Während die *IFC Policy on Social and Environmental Sustainability* die Rollen und Verantwortlichkeiten von IFC und ihren Kunden festlegt und die Sorgfaltspflichten von IFC regelt, werden in den acht *Performance Standards (PS)*¹⁸ die Pflichten der Unternehmen aufgeführt, die künftig für alle IFC-Projekte verbindlich gelten. Dabei besteht die Aufgabe von IFC im Sinne der *Corporate Social Responsibility* nicht nur darin, die Einhaltung der Standards einzufordern, sondern auch darin, Unternehmen beim Aufbau von Kapazitäten zu unterstützen und damit zum Umgang mit sozialen und umweltbezogenen Risiken zu befähigen.

Die IFC hat im Rahmen der Revision der Umwelt- und Sozialstandards gleichzeitig ein neues **Konzept zur Veröffentlichung von Informationen** entworfen. Dieses Konzept legt die Veröffentlichungspflichten von IFC fest und sieht einen jährlichen Bericht über die Leistungen der IFC als Entwicklungsorganisation vor.

¹⁸ PS 1: *Social and Environmental Assessment and Management System*, PS 2: *Labor and Working Conditions*, PS 3: *Pollution Prevention and Abatement*, PS 4: *Community Health, Safety and Security*, PS 5: *Land Acquisition and Involuntary Resettlement*, PS 6: *Biodiversity Conservation and Sustainable Resource Management*, PS 7: *Indigenous Peoples*, PS 8: *Cultural Heritage*

Analog zu den früheren *Safeguards* haben die sog. „**Äquator-Banken**“¹⁹ die neuen IFC *Performance Standards* freiwillig übernommen. Im Sommer 2007 wurde – auch auf Druck der Bundesregierung – auf OECD-Ebene erreicht, dass **Exportkreditagenturen** erstmalig die Umwelt- und Sozialstandards der IFC im Rahmen von Projektfinanzierung zu berücksichtigen haben.

MIGA

MIGA hat im Geschäftsjahr 2007 dem hierfür zuständigen Ausschuss des Exekutivdirektoriums ein Konzept zur Übernahme der IFC-Standards in MIGAs Geschäftsbereich vorgelegt. Die Umsetzung der IFC-Regelungen in einer auf MIGA angepassten Form bietet den Vorteil, dass MIGA und IFC, die beide mit dem Privatsektor zusammenarbeiten, über die gleichen Umwelt- und Sozialstandards und ähnliche Verfahren zu deren Einhaltung verfügen. Zunächst wurde der Entwurf der neuen *MIGA Policy and Performance Standards on Social and Environmental Sustainability* und *Policy on Disclosure of Information* veröffentlicht und ein externer Konsultationsprozess eingeleitet. Nach dessen Auswertung und Vornahme leichter Änderungen wurde der Entwurf erneut im zuständigen Ausschuss diskutiert und im August 2007 dem Exekutivdirektorium vorgelegt, das den Entwurf annahm.

Use of Country Systems

Der von der Weltbank verfolgte Ansatz des *Use of Country Systems* (Verwendung nationaler Gesetze und Bestimmungen) hat zum Ziel, in Partnerländern mit fortgeschrittenen rechtlichen Rahmenbedingungen und Umsetzungskapazitäten

¹⁹ Derzeit 51 Finanzinstitutionen.

die Regelungen der Weltbank in den Bereichen Umwelt- und Sozialstandards, Finanzmanagement und Vergabewesen durch nationale Gesetze und Verordnungen der Partnerländer zu ersetzen. **Bedingung** für diesen Ansatz ist jedoch, **dass der Schutz durch die nationalen Regelungen dem durch die Weltbankstandards gleichwertig** ist. Dieses Konzept zielt darauf ab, die nationalen Kapazitäten zu stärken, die entwicklungspolitische Wirkung durch Einflussnahme auf die nationalen Rahmenbedingungen zu verbessern und die *Ownership* der Länder weiter zu steigern. Gerade im Umwelt- und Sozialbereich führen projektbezogene *Safeguards* oft zu „Inseln der Glückseligkeit“, die nur solange bestehen, wie die Weltbank im Land involviert ist.

Die Anwendung von *Country Systems* ist auch ein wichtiger Beitrag, um der in der Pariser Erklärung²⁰ zur Geberharmonisierung verankerten Verpflichtung nachzukommen, die nationalen Systeme der Partnerländer anzuwenden und zu stärken sowie die Verfahren der Geber zur Überprüfung der Ländersysteme zu harmonisieren.

Die Weltbank legte im Berichtszeitraum einen **Statusbericht** zur bisherigen Umsetzung des *Use of Country Systems*-Ansatzes vor. Im Bereich der Umwelt- und Sozialstandards hat die Weltbank seit 2005 insgesamt 12 Pilotprojekte entwickelt, von denen bisher nur fünf dem Exekutivdirektorium vorgelegt wurden. Die geringe Zahl der Pilotfälle, zudem vorrangig in Mitteleinkommensländern, verdeutlicht nicht nur die Komplexität der Vorhaben, sondern auch die noch mangelnde

²⁰ „Paris Declaration on Aid Effectiveness: Ownership, Harmonization, Alignment, Results and Mutual Accountability“, High Level Forum, 28. Februar bis 2. März in Paris.

Vertrautheit des Weltbankpersonals und der Geber mit diesem Ansatz.

Kernarbeitsnormen

Insgesamt wurde das Thema **Beschäftigungsförderung** und **Kernarbeitsnormen** ungeachtet seiner Bedeutung für die nachhaltige Entwicklung noch nicht ausreichend in den Strategien der Weltbank berücksichtigt. Produktive Beschäftigung ist eine grundlegende Voraussetzung für armutsorientiertes Wachstum. Kernarbeitsnormen betreffen die qualitative Dimension von Beschäftigung, wobei oft eine Wechselwirkung mit der quantitativen Dimension besteht: Zusätzliche Arbeitsplätze schaffen z. B. Einkommensmöglichkeiten für Erwachsene und erleichtern die Abschaffung von Kinderarbeit. Das Verbot der Zwangsarbeit und das Gebot der Nichtdiskriminierung am Arbeitsplatz beinhalten neben menschenrechtlichen Grundsätzen den Aspekt der Teilhabe am Entwicklungsprozess. Das Recht auf Kollektivvereinbarungen und gewerkschaftliche Vereinigungsfreiheit ist ein Instrument zur wirkungsvollen Partizipation und Sicherung von Arbeitnehmerrechten.

Obwohl die Weltbank – anders als IFC – aufgrund der Verschiedenartigkeit ihrer Aktivitäten noch nicht über einen einheitlichen Standard zu **Kernarbeitsnormen** verfügt, werden diese **auf verschiedene Weisen berücksichtigt**:

- Die Weltbank erkennt die Bedeutung der vier Kernarbeitsnormen²¹ im Hinblick auf ihr Mandat zur Armutsbekämpfung und Förderung der sozioökonomischen Entwicklung an. So sollen die Länderstrategien der Bank eine Analyse des Arbeitsmarktes und der Kernarbeitsnormen enthalten. Die Verteilung von IDA-

Mitteln an die Länder erfolgt zu einem großen Teil auf der Grundlage einer Bewertung der Ländersysteme, wobei die Einhaltung der Kernarbeitsnormen positiv gewertet wird.

- Die Weltbank hat Bestimmungen zum Verbot von Zwangs- und Kinderarbeit sowie zum Vereinigungsrecht und Recht auf Kollektivverhandlungen in die Bestimmungen für die Auftragsvergabe zur Beschaffung von Leistungen im Rahmen ihrer Vorhaben aufgenommen.
- In der Entwicklungszusammenarbeit konzentriert sich die Weltbank vor allem auf die Kernarbeitsnormen zu Kinderarbeit, Zwangsarbeit und Diskriminierung. So wird in der *Gender*-Strategie der Bank (vgl. hierzu Kapitel 2.2) explizit auf **Anti-Diskriminierungsmaßnahmen** hingewiesen. Die Bank unterstützt in Zusammenarbeit mit der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) und dem Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF) aktiv den **Kampf gegen Kinderarbeit**.
- Auf Länderebene konsultiert die Weltbank im Rahmen der Erstellung von Länderstrategien Gewerkschaften, außerdem steht sie auf internationaler wie nationaler Ebene im regelmäßigen Dialog mit Gewerkschaften.

Ziel der deutschen Entwicklungszusammenarbeit ist es insbesondere, die Einhaltung der Kernarbeitsnormen durch Beschäftigungsförderung im Rahmen der

²¹ Die von der internationalen Arbeitskonferenz 1998 angenommene *ILO Declaration on Fundamental Principles and Rights at Work* legt die sog. Kernarbeitsnormen fest, zu denen die Vereinigungsfreiheit und das Recht auf Kollektivverhandlungen, das Verbot der Zwangsarbeit, die Unterbindung der schlimmsten Form der Kinderarbeit und die Nichtdiskriminierung am Arbeitsplatz gehören und die in insgesamt acht Konventionen kodifiziert sind.

Entwicklungszusammenarbeit zu fördern. Zu diesem Zweck wurde mit der Weltbank ein Treuhandvorhaben vereinbart, das den Arbeitsmarkt, die Beschäftigungssituation und die Rolle von Arbeitsmarktregulierungen (u. a. auch von Kernarbeitsnormen) in ausgewählten afrikanischen Ländern analysiert sowie Maßnahmen zur Verbesserung von Arbeitsmarktpolitiken und zur **Förderung von Beschäftigung und Kernarbeitsnormen in afrikanischen Ländern** durchführt. Neben dem BMZ war auch die ILO in die Steuerung des Vorhabens eingebunden. Die Ergebnisse der unter dem Treuhandfonds durchgeführten Maßnahmen wurden im November 2006 in Deutschland vorgestellt. Aufbauend auf den bisherigen Ergebnissen, arbeitet die Weltbank in Abstimmung mit bilateralen und multilateralen Gebern an der Weiterführung von Tätigkeiten in diesem Bereich. Dies soll durch die Einrichtung eines *Multi-Donor Trust Fund: Labor Markets, Job Creation, and Economic Growth: Scaling-Up Research, Capacity Building and Action on the Ground* geschehen. Das BMZ unterstützt diese Initiative und ist an der Gestaltung des Treuhandfonds beteiligt.

3.9 Fortschritt beim Afrika Aktionsplan

Subsahara-Afrika stellt die Entwicklungszusammenarbeit vor erhebliche Herausforderungen, insbesondere mit Blick auf das Erreichen der Millenniumsziele. Hauptinstrument der Weltbank in der Zusammenarbeit mit Subsahara-Afrika sind die von IDA zu Verfügung gestellten subventionierten Kredite und nicht rückzahlbaren Zuschüsse an die Partnerländer. Aufgrund der Dringlichkeit, Entwicklungsfortschritte zu

erzielen, beauftragten die Gouverneure die Weltbank mit der Ausarbeitung eines Aktionsplans für Afrika. Ein solcher Aktionsplan wurde zur Jahrestagung 2005 vorgelegt. Er sah vor, die Entwicklungspartnerschaft mit Afrika zu stärken, und konzentrierte sich hierbei auf **vier prioritäre Handlungsbereiche**:

- Aufbau leistungsfähiger Staaten und Stärkung der guten Regierungsführung
- Wachstumsförderung und Teilhabe am Wachstum (*Shared Growth*)
- Stärkung der Partnerschaften auf Länderebene und Vorantreiben der Geberharmonisierung
- Verstärkte Ergebnisorientierung bei den Partnern und bei der Weltbank

Ferner wurde ein neuer Finanzierungsmechanismus – der *Africa Catalytic Growth Fund* – vorgeschlagen, der als komplementäres Instrument zu IDA dient und die Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit mit Afrika steigert.

18 Monate nach Verabschiedung des Aktionsplans legte die Weltbank einen Fortschrittsbericht vor, der die **Erfahrungen auf Länderebene** dokumentierte. Der Bericht hob hervor, dass die Wachstumsraten in Afrika trotz des Ölpreisschocks weiterhin viel versprechend seien (ein Drittel der afrikanischen Länder wies eine Wachstumsrate von über 4% auf) und dass das Pro-Kopf-Einkommen weiterhin steige. Die ersten Auswertungen zeigten auch, dass die Weltbank im Bereich Armutorientiertes Wachstum die größten Fortschritte erzielte. Vor allem in den drei Bereichen Privatsektorentwicklung, Infrastruktur und HIV/AIDS-Bekämpfung wurden die Erwartungen übertroffen. In den Bereichen Landwirtschaftliche Produktivität und

Wirtschaftliche Betätigung von Frauen müssten hingegen mehr Anstrengungen unternommen werden. Der Bericht hob außerdem hervor, dass die negativen Trends bei den Mitteln der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit (*Official Development Aid*) und die schleppende Handelsliberalisierung diesen positiven Entwicklungen diametral entgegenständen.

Der Aktionsplan wurde auf der Grundlage der bisherigen Erfahrungen überarbeitet. Unter anderem wurden die vier tragenden Säulen in acht stärker fokussierte *Flagships* umformuliert, die den komparativen Vorteilen der Bank und dem effektiven Beitrag der Bank zur Lösung globaler Herausforderungen Rechnung tragen sollen:

1. Privatsektorförderung
2. Verbesserung der wirtschaftlichen Betätigungsmöglichkeiten von Frauen
3. Stärkung von Humankapazitäten zur Teilnahme am globalen Wettbewerb
4. Steigerung der landwirtschaftlichen Produktivität
5. Verbesserung des Zugangs zu verlässlicher und sauberer Energie
6. Ausweitung von Straßennetzen und Transitkorridoren
7. Ausbau des Zugangs zu Trinkwasser und Abwasserentsorgung
8. Stärkung nationaler Gesundheitssysteme als Basis zur Bekämpfung insbesondere von Malaria und HIV/Aids

Die *Flagships* werden zudem von **drei Querschnittsthemen** unterfüttert:

1. Gute Regierungsführung und effektiver öffentlicher Sektor
2. Umweltmanagement
3. Ergebnisorientierte Entwicklungspartnerschaften

Zur Frühjahrstagung 2006 wurde dem Exekutivdirektorium die neue Fassung des Afrika Aktionsplans, der auch Änderungswünsche der Direktoren berücksichtigte, vorgelegt. So setzte sich das deutsche Büro gemeinsam mit den europäischen und den afrikanischen Vertretern dafür ein, dass der neue Ansatz nicht schablonenhaft auf die Partnerländer angewendet wird, sondern die länderspezifischen Umstände sowie die Interessen und Anliegen der Partnerländer berücksichtigt werden. Außerdem wurde die deutsche Seite von anderen Exekutivdirektoren in ihrem Anliegen unterstützt, im Rahmen der *Flagships* den Bereichen Finanzsektor, Landwirtschaftliche Produktivität, Erneuerbare Energien, Wasserversorgung/Abwasserentsorgung und Förderung der wirtschaftlichen Betätigung von Frauen hinreichend Aufmerksamkeit zu schenken.

Bei den strategischen Überlegungen zu Afrika spielte von Beginn an auch der **Aufbau von personellen und institutionellen Kapazitäten** (*Capacity Building*) eine überragende Rolle. Um diesbezügliche Maßnahmen besser gestalten zu können, setzte die Weltbank bereits im November 2004 eine Arbeitsgruppe zu *Capacity Building in Africa* ein, deren Analysen bei der Umsetzung des Afrika Aktionsplans berücksichtigt werden sollten. Im September 2005 legte die Arbeitsgruppe einen Bericht mit Handlungsempfehlungen für die Weltbank vor, der durch Analysen verschiedener Abteilungen der Bank zu diesem Thema ergänzt wurde. Aufbauend auf diesen Arbeiten und auf Druck der Bundesregierung, die dem *Capacity Development* eine große Bedeutung beimisst, hat die Weltbank einen Aktionsplan zum Aufbau von Kapazitäten in fünf Bereichen entwickelt:

1. Stärkung des öffentlichen Finanzmanagements,
2. verbesserte Bereitstellung von Grunddienstleistungen,
3. Entwicklung von Fähigkeiten zur Teilnahme am Wettbewerb,
4. Sicherung der Basisversorgung in Post-Konflikt- Ländern,
5. effektives Management und Überprüfen der Ergebnisse.

Die Bundesregierung hat sich im Berichtszeitraum weiterhin um eine bessere Zusammenarbeit mit der Weltbank zum Thema Afrika bemüht. Unter anderem fand am 21. und 22. Mai in Berlin das **Deutsche Weltbankforum** unter dem Motto „**Afrika im Aufbruch**“ statt.

Das Weltbankforum findet regelmäßig in Deutschland statt und bietet eine Plattform für den Dialog von Vertreterinnen und Vertretern aus Politik, Wirtschaft, Medien und Zivilgesellschaft mit der Weltbank. Wichtigstes Ziel der diesjährigen Veranstaltung war es, ein realistischeres Afrikabild zu vermitteln. Afrika wird immer noch weitgehend als Kontinent der Krisen, der Bürgerkriege und des Hungers gesehen, den wirtschaftlichen Chancen in Afrika schenkt man hingegen kaum Beachtung. Neben anderen Fragen befasste sich das Forum mit dem Thema Nachhaltiges Wachstum und Investitionen für Afrika, einem Schwerpunkt der deutschen G8-Agenda. Das Hauptanliegen von Bundesministerin Wieczorek-Zeul war bzw. ist ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum, von dem auch die Armen profitieren. Um die Armut zu verringern, brauche Afrika dringend mehr nachhaltige Investitionen, die nicht alleine aus EZ-Mitteln getätigt werden könnten. Daher müssten die Rahmenbedingungen für Wachstum und Investitionen weiter verbessert werden. Ohne Demokratie, sozialen Ausgleich und die Chancengleichheit der Geschlechter könne Afrika bei der Armutsbekämpfung nicht entscheidend vorankommen.

3.10 Zusammenarbeit der Weltbank mit den Mitteleinkommensländern: Anpassung von Strategien und Instrumenten

In den vergangenen zehn Jahren ist das **Ausleihvolumen** der Weltbank (aber auch das der regionalen Entwicklungsbanken) an die Mitteleinkommensländer (*Middle Income Countries*, MICs) **deutlich gesunken**. Die Gründe dafür sind vielfältig, lassen sich im Kern aber auf die hohe Liquidität der internationalen Kapitalmärkte, das niedrige Zinsniveau und die allgemein verbesserten Refinanzierungsmöglichkeiten der MICs eingrenzen. Aus dieser Situation heraus waren MICs abgeneigt, Kredite der Weltbank zu nutzen und sich damit deren Konditionalitäten und Bearbeitungsdauer (*Cost of Doing Business*) zu unterwerfen. Die Weltbank versucht seit einigen Jahren, diesen Trend umzukehren, wobei dies hauptsächlich durch die Anpassung von Instrumenten und Konditionalitäten geschieht, um die veränderten Bedürfnisse und Kapazitäten der MICs besser zu berücksichtigen. Denn trotz des teils großen wirtschaftlichen Erfolges vieler MICs benötigen diese weiterhin Unterstützung bei den Problemen, die gerade durch das erfolgreiche Wachstum verursacht wurden: Umwelt- und Ressourcenschutz, soziale Sicherung, Bereitstellung von öffentlichen Gütern und dergleichen mehr. Zudem darf trotz des beeindruckenden Erfolges einiger Schwellenländer nicht vergessen werden, dass die MICs eine **äußerst heterogene Gruppe** von Ländern darstellen, von denen nur rund 20 gegenwärtig Zugang zum Kapitalmarkt haben. Hinzu kommt, dass die privaten Kapitalströme prozyklisch und volatil sind, also schnell wieder versiegen können. Zudem fließen private Kredite hauptsächlich in

Projekte, die schnelle Renditen erwirtschaften, was auf die sozialen Sektoren wie Bildung, Gesundheit oder Umweltschutz in der Regel nicht zutrifft. Überdies leben weiterhin 80% der Bevölkerung der Entwicklungsländer und 70% der Armen der Welt (2 US-\$ oder weniger pro Kopf und Tag) in MICs.

Aus Sicht des BMZ ist ein fortgesetztes Engagement der Weltbank in den MICs gerechtfertigt, wenn die Weltbank dabei einen **entwicklungspolitischen Mehrwert** gegenüber privaten Banken einbringen kann. Dieser besteht vor allem in den folgenden Bereichen:

- Beitrag zur Lösung von Problemen, die trotz oder gerade wegen des erfolgreichen wirtschaftlichen Wachstums bestehen (soziale Ungleichheit, Umweltverschmutzung usw.)
- Beitrag zur Reduzierung der Anfälligkeit der Länder insbesondere gegenüber externen Schocks. Dies bleibt trotz des höheren Entwicklungsstandes der Länder weiterhin ein zentrales Problem mit potenziell massiven Auswirkungen auf die gesamte Weltwirtschaft
- Beitrag zur „Ankerland-Funktion“ für die jeweilige Region, insbesondere hinsichtlich der Bereitstellung von globalen und regionalen öffentlichen Gütern (Finanzmarktstabilität, Handel, Umwelt, Frieden usw.)

Aus Sicht des BMZ muss die Weltbank zu diesem Zweck zum einen ihr Engagement in MICs besser definieren und begründen und zum anderen die vorhandenen Instrumente besser auf die Bedürfnisse und Kapazitäten der MICs abstimmen. Grundsätzlich ist die Weltbank eine **globale Institution** und muss auch als solche arbeiten. Gegenwärtig basiert das kooperative Geschäftsmodell der Weltbank darauf, dass sowohl finanzielle Ressourcen (z. B. IBRD- und IFC-

Beiträge an IDA), als auch gesammelte Erfahrungen und Expertise (*Knowledge Bank*) zwischen den Ländern transferiert werden. Das wird nicht mehr funktionieren, wenn eine größere Zahl fortgeschrittener Länder aus der Kooperative aussteigt.

Der Entwicklungsausschuss hat auf der **Jahrestagung 2006 in Singapur** den Aktionsplan der Weltbank zur Zusammenarbeit mit den MICs gebilligt. Der Aktionsplan sieht im Kern ein **verändertes Geschäftsmodell** mit besser angepassten Instrumenten vor, welche die veränderten Bedürfnisse der MICs ansprechen sollen. Dies geschieht durch die Einführung von drei Geschäftsfeldern: (a) strategische Politikberatung, (b) Finanzdienstleistungen (u. a. das Kreditgeschäft) und (c) wissensbasierte Dienstleistungen (u. a. Beratung, technische Zusammenarbeit, Schulung). Dabei soll es grundsätzlich möglich sein, die Beratungsleistungen und andere Angebote der Bank vom eigentlichen Kreditgeschäft zu trennen. Dies wäre insofern ein Novum, als die Bank ihre vielfältigen Leistungen bisher immer gebündelt mit einem Kredit vergeben hat. Daneben versucht die Bank eine **Reihe von neuen Finanzdienstleistungen** anzubieten, die den Veränderungen in den MICs besser Rechnung tragen. Hierzu zählen u. a.:

Kreditvergabe an subnationale Körperschaften (*Sub-Sovereign Lending*)

Im Zuge von Dezentralisierungsbemühungen wurden in vielen Ländern administrative und fiskalische Verantwortlichkeiten und andere entwicklungspolitische Aufgaben von der Zentralregierung an nachgeordnete Gebietskörperschaften (Bundesstaaten, Provinzen, Kommunen usw.) delegiert. Der Spielraum dieser Gebietskörperschaften bei der Finanzierung dieser Aufgaben über Kredite ist jedoch dadurch begrenzt, dass

Geber und Weltbank in der Regel auf einer Staatsgarantie der Zentralregierung bestehen, diese sich aber nicht mehr zuständig sieht. Gleichzeitig können lokale Finanzmärkte den Finanzierungsbedarf meist nicht decken. Die in den 1990er Jahren weit verbreitete Annahme, dass der Privatsektor in großem Stil öffentliche Dienstleistungen (vor allem Infrastruktur) bereitstellt, hat sich zudem nicht bewahrheitet.

Angesichts der positiven Rolle von Dezentralisierungen sowie der großen Absorptionskapazität von lokalen Körperschaften begrüßt das BMZ die Kreditvergabe an subnationale Körperschaften grundsätzlich. Dabei muss sichergestellt werden, dass subnationale Kredite im Sinne des Prinzips der nationalen *Ownership* nicht gegen den expliziten Willen der nationalen Regierung vergeben werden, die Schuldentragfähigkeit des jeweiligen Landes beachtet wird und die finanzielle Stabilität der Weltbank gewährleistet bleibt.

Da die *Articles of Agreement* (Satzung) der IBRD für die Gewährung von Darlehen grundsätzlich eine Staatsgarantie vorsehen, wird die Vergabe von Darlehen an subnationale Einheiten durch die Weltbank-Tochter IFC erprobt, die keine derartige Staatsgarantie benötigt. Dies findet im Rahmen eines zunächst auf drei Jahre befristeten Pilotprogramms mit einem Volumen von rund 800 Mio. US-\$ statt.

Lokalwährungskredite (*Local Currency Lending*)

Durch die Vergabe von Krediten in Lokalwährung (*Local Currency Lending*) soll das mit einem Fremdwährungskredit verbundene Wechselkursrisiko für den Kreditnehmer

vermieden werden. Gleichzeitig kann auf diese Weise ein wichtiger Beitrag zur Entwicklung des heimischen Kapitalmarkts geleistet werden, da die Weltbank die Mittel für solche Lokalwährungskredite z. B. durch Emission von Anleihen aufbringt. Besondere Bedeutung haben Lokalwährungskredite für subnationale Einheiten, die sich gewöhnlich nicht in Fremdwährungen verschulden können. Gegenüber den Zentralregierungen hat die Weltbank hingegen normalerweise keinen Kostenvorteil bei Krediten in lokaler Währung.

Mischfinanzierung (*Blending-* und *Buy-Down-Arrangements*)

Bei *Blending-Arrangements* werden Zuschüsse bilateraler Geber verwendet, um die Zinskonditionen von IBRD-Krediten (teilweise auch von IDA-Krediten) zu subventionieren. Das Ziel ist, diese Kredite für bestimmte Investitionen attraktiver zu machen. Dies können Investitionen sein, die aus globaler Sicht vernünftig sind, aus nationaler Sicht jedoch nicht. Oder aber innovative Ansätze, für die bisher nur wenige Erfahrungen vorliegen. Dazu zählt auch die Bereitstellung von konzessionären Krediten für bestimmte Sektoren oder Regionen in Ländern, die keinen Zugang mehr zu IDA haben, bzw. für Länder, deren Mittelaufnahme durch die Schuldentragfähigkeit begrenzt ist. Für die Geber können dabei mehrere Ziele eine Rolle spielen:

- Größere Hebelwirkung durch „Verlängerung“ der eigenen Beiträge, indem diese durch den Weltbankkredit aufgestockt werden (vor allem in großen MICs, in denen bilaterale Mittel häufig gering sind)

²² Siehe Glossar.

- Beitrag zur *Additionality / Scaling-up*²²
- Demonstration der Rendite in sozialen Sektoren oder bei innovativen Lösungsansätzen
- Förderung von globalen/regionalen öffentlichen Gütern

Grundsätzlich besteht beim *Blending* die **Gefahr, falsche Anreize zu geben**. Die Investitionsentscheidungen der Länder müssen grundsätzlich von ihnen gewünscht und vertreten werden. MICs, die dazu in der Lage sind, müssen eigene Ressourcen für die Armutsbekämpfung bzw. für das Erreichen der Millenniumsziele bereitstellen. Solche *Blending*-Arrangements sollten daher nur auf der Basis von Länderprogrammen erfolgen und müssen klar definiert und begrenzt sein, um „Mitnahmeeffekte“ zu vermeiden.

3.11 Der „Malan-Bericht“ zur Zusammenarbeit von Weltbank und IWF

Der „Malan-Bericht“ ist ein im März 2006 gemeinsam vom ehemaligen Weltbankpräsidenten Paul Wolfowitz und dem geschäftsführenden Direktor des IWF, Rodrigo de Rato, in Auftrag gegebener Bericht, der die **Zusammenarbeit von Weltbank und IWF** untersucht und **Vorschläge zur Verbesserung der Kooperation beider Institutionen** enthält. Der Bericht wurde unter der Leitung des ehemaligen brasilianischen Finanzministers Pedro Malan von einem

²³ Zu den Mitgliedern des Ausschusses zählen Ngozi Okonjo-Iweala (nigerianische Finanzministerin und ehemalige Vizepräsidentin der Weltbank), Caio Koch-Weser (stellvertretender Vorsitzender der Deutschen Bank und ehemaliger Staatssekretär im Bundesministerium für Finanzen sowie Geschäftsführer bei der Weltbank), Michael Callaghan (ehemaliger Exekutivdirektor beim IWF) und William McDonough (stellvertretender Vorsitzender bei Merrill Lynch und ehemaliger Vorsitzender der Federal Reserve Bank in New York).

international besetzten Gutachtergremium verfasst²³ und im März 2007 dem Management und dem Exekutivdirektorium von IWF und Weltbank präsentiert.

Sowohl die Weltbank als auch der IWF verfolgen das Ziel, den Lebensstandard in ihren Mitgliedsländern zu erhöhen. Im Hinblick auf dieses Ziel nehmen sie **unterschiedliche, aber komplementäre Aufgaben** wahr: Während die Aufgabe des IWF darin besteht, die Stabilität des internationalen Finanzsystems zu sichern und Länder bei (kurzfristigen) Zahlungsbilanzkrisen zu unterstützen, konzentriert sich die Weltbank darauf, die (langfristige) wirtschaftliche Entwicklung zu fördern und die weltweite Armut zu reduzieren.

Die Kooperation von IWF und Weltbank wird durch das im Jahr 1989 von den Aufsichtsräten beider Institutionen verabschiedete *Concordat* geregelt – ein allgemeines Rahmenwerk, das im Laufe der Zeit zu detaillierten Leitlinien ausgearbeitet wurde, welche die Zusammenarbeit bei spezifischen Themen regeln, z. B. beim Schuldenerlass.

Der Malan-Bericht enthält folgende **Kernaussagen**:

1. Weltbank und IWF spielen auch in der heutigen Zeit steigender privater und öffentlicher Finanzströme eine wichtige Rolle, da sie globale öffentliche Güter zur Verfügung stellen wie z.B. Klimaschutz.
2. Beide Institutionen müssen das momentane günstige ökonomische Umfeld nutzen, um sich auf künftige Krisen vorzubereiten.
3. Die effektive Zusammenarbeit von IWF und Weltbank ist äußerst wichtig: Zum einen, weil beide Institutionen ihre Ziele nicht ohne die Unterstützung der jeweils anderen Institution erreichen können. So kann makroökonomische Stabilität (das wichtigste Anliegen des IWF) nur dann

nachhaltig gesichert werden, wenn sie von Maßnahmen zur Verbesserung der Qualität der öffentlichen Ausgaben (Aufgabe der Weltbank) begleitet wird. Zum anderen, weil eine fehlende oder mangelhafte Kooperation zwischen IWF und Weltbank hohe Kosten für die Mitgliedsländer verursacht, sei es aufgrund widersprüchlicher Ratschläge oder dadurch, dass Ressourcen durch Doppelarbeit verschwendet werden.

Nach Ansicht der Gutachter ist die Kooperation zwischen Weltbank und IWF nicht ausreichend. Sie plädieren daher für eine Stärkung der Kooperationskultur und entwickeln diesbezüglich **Empfehlungen**, die einerseits die *Governance*- (Steuerungs-) Struktur und andererseits die Zusammenarbeit beider Institutionen auf der Arbeitsebene bzw. vor Ort betreffen. Unter anderem schlagen sie vor:

- Die **Kooperationskultur** dadurch zu stärken, dass lediglich ein Exekutivdirektor die Interessen des jeweiligen Mitgliedslandes im Weltbank- und im IWF-Direktorium vertritt.²⁴
- Den **Personalaustausch** zwischen beiden Institutionen zu fördern, z. B. dadurch, dass Arbeitserfahrung in der jeweils anderen Institution zur Voraussetzung für eine Beförderung gemacht wird.
- Die **Zusammenarbeit im Finanzsektor** durch eine klare Zuordnung der Zuständigkeiten von IWF und Weltbank (auf Basis der jeweiligen komparativen Vorteile) zu verbessern. So sei die Bank immer dann gefragt, wenn es um die Rolle des Finanzsektors für die wirtschaftliche

²⁴ Zurzeit nehmen die Mitgliedsländer ihre Interessen durch jeweils einen Exekutivdirektor in der Weltbank und im IWF wahr. Eine Ausnahme sind Frankreich und Großbritannien, die ihre Interessen in beiden Institutionen durch lediglich einen Exekutivdirektor vertreten lassen.

Entwicklung gehe, der IWF sei hingegen zuständig, wenn es um die Stabilität gehe.

Der deutsche Exekutivdirektor bei der Weltbank begrüßte in seiner Eigenschaft als *Dean* und auch im Namen des *Deans* des IWF-Board ausdrücklich den Bericht und die Empfehlungen. Allerdings sind aus Sicht des deutschen Büros manche Empfehlungen nur schwer umzusetzen:

- Politisch schwer umzusetzen ist etwa die Empfehlung, dass pro Mitgliedsland jeweils nur ein Exekutivdirektor in den Exekutivdirektorien von IWF und Bank vertreten ist, denn dies würde in vielen Mitgliedsländern eine Einigung zwischen den Finanz- und Entwicklungsministerien erfordern.
- Außerdem ist es nicht immer möglich, die Verantwortungsbereiche von IWF und Weltbank eindeutig abzugrenzen. So ist etwa die Arbeitsteilung zwischen Weltbank und IWF im Finanzsektor (Förderung der Entwicklung bzw. Stabilität) wünschenswert, in manchen Fällen wie z. B. in Indonesien kann der Bankensektor jedoch sowohl für die Stabilität als auch für die Entwicklung eine Rolle spielen.

Seit einigen Monaten **bemüht man sich auf der Arbeitsebene intensiv um eine Verbesserung der Kooperation**. So hat sich das obere Management von Weltbank und IWF im Sommer 2007 zu einer Klausurtagung zurückgezogen. Außerdem wurden mehrere Arbeitsgruppen eingerichtet, die sich mit der Zusammenarbeit in verschiedenen Bereichen (Informationsaustausch, Personalaustausch, abgestimmte technische Unterstützung) befassen. Das Ergebnis dieser Arbeiten wird in einem Bericht vorgestellt werden, der bis zur Jahrestagung im Herbst 2007 fertig gestellt sein wird.

3.12 Wachstumsorientierte Finanzpolitik

Einleitung

Im September 2005 beauftragte der Entwicklungsausschuss das Management der Weltbank damit zu untersuchen, wie Finanzpolitik²⁵ eingesetzt werden kann, um das Wirtschaftswachstum und die Entwicklung in armen Ländern zu fördern. Dieser Auftrag ist das Ergebnis einer **Debatte zwischen IWF und Weltbank über die Funktion und richtige Ausgestaltung von Finanzpolitik**.

So dient Finanzpolitik nach Ansicht des IWF in erster Linie der makroökonomischen Stabilisierung. Ist diese gegeben, folgt Wirtschaftswachstum quasi „automatisch“.

In der Weltbank ist man hingegen der Auffassung, dass Stabilisierung eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung für Wirtschaftswachstum ist. Vielmehr wird angenommen, dass das geringe Wirtschaftswachstum in vielen armen Ländern auf Hemmfaktoren zurückgeht, die mit Hilfe finanzpolitischer Eingriffe behoben werden könnten. Beispiele für solche Hemmfaktoren sind: 1) Wachstumsfeindliche Anreize des Steuersystems, 2) Ineffiziente oder zu niedrige Staatsausgaben, 3) Falsche Struktur der Staatsausgaben (d. h. zu wenig Ausgaben für produktive Sektoren wie Bildung, Gesundheit, Infrastruktur und zu hohe Ausgaben für konsumtive Bereiche wie Verwaltungsausgaben).²⁶ Der Finanzpolitik des IWF wird

²⁵ Der englische Begriff *Fiscal Policy* kann entweder mit „Finanzpolitik“ oder mit „Steuerpolitik“ übersetzt werden.

²⁶ Zu den wachstumshemmenden Faktoren, die nicht mit Hilfe von Finanzpolitik behoben werden können, zählen fehlende Eigentumsrechte oder politische Unsicherheit.

nicht nur vorgeworfen, das Ziel des Wirtschaftswachstums zu vernachlässigen, sondern auch, nicht ausreichend auf die Bedürfnisse von Ländern mit unterschiedlichem Entwicklungsstand ausgerichtet zu sein (Vorwurf des „*One size fits all*“).

Der zur Frühjahrstagung 2006 vorgelegte Zwischenbericht zeigt anhand von Länderfallbeispielen auf, wie Finanzpolitik in Ländern mit unterschiedlichem Entwicklungsstand zu Wirtschaftswachstum und Armutsreduzierung beitragen kann, ohne die makroökonomische Stabilität zu gefährden.

Wachstumsorientierte Finanzpolitik: Zum praktischen Vorgehen

Zunächst müssen Politiker bzw. ihre Berater entscheiden, ob das Wirtschaftswachstum durch Faktoren beschränkt wird, die mit Hilfe von Finanzpolitik behoben werden können. Solche Beschränkungen sind in hohem Maße länderspezifisch: Während in manchen Ländern fehlende Infrastruktur das Wachstum hemmt, mag in anderen Ländern ein unzureichendes Bildungssystem die Ursache sein.

In einem zweiten Schritt ist zu prüfen, ob die ermittelten Beschränkungen durch Effizienzsteigerungen bei laufenden Ausgaben oder durch eine Umschichtung von Ausgaben (mehr produktiv, weniger konsumtiv) behoben werden können. Dies ist die bevorzugte Vorgehensweise, da keine Kosten in Form von höheren Steuern oder Schulden entstehen.

Sind Effizienzsteigerungen oder Ausgabenumschichtungen aus politischen Gründen nicht durchzusetzen, besteht die Möglichkeit, die Ausgaben zu erhöhen. Ausgabensteigerungen können theoretisch durch Steuern, *Grants* (Zugang zu Entwicklungshilfe in Form von *Official Development Assistance* (ODA)-Zuschüssen) oder

Kreditaufnahme an den Kapitalmärkten finanziert werden. Dabei sind der Nutzen und die Kosten der zusätzlichen Ausgaben sorgfältig gegeneinander abzuwägen. Die vier theoretischen Finanzierungsmöglichkeiten (Effizienzsteigerung bzw. Umschichtung, (ODA)-Zuschüsse, Steuern oder Kredite) werden als „finanzpolitischer Diamant“ bezeichnet.

Wie im Einzelfall Raum für zusätzliche wachstumsfördernde Ausgaben geschaffen wird, hängt von den Merkmalen des betreffenden Landes ab. Beispielsweise haben manche Niedrigeinkommensländer keinen Zugang zum Kapitalmarkt. Für sie reduziert sich der finanzpolitische Diamant folglich zum Dreieck. Für Mitteleinkommensländer ohne Zugang zu (ODA)-Zuschüssen reduziert sich der Diamant ebenfalls zu einem Dreieck.

Entscheidend für den Erfolg einer wachstumsfördernden Finanzpolitik ist letztlich auch die Qualität der Institutionen und der Budgetprozesse, denn institutionelle Schwächen und Steuerungsprobleme können die gesamtwirtschaftlichen Renditen der Ausgaben gefährden. Eine wichtige Aufgabe der Weltbank ist es daher, sich beim Aufbau institutioneller Kapazitäten zu engagieren.

Bewertung des Ansatzes und Auswirkungen auf die Arbeit der Weltbank

Der Bericht stellt keine „neue“ Theorie vor, wie Wachstum in Entwicklungsländern gefördert werden kann. Er bietet jedoch ein Verfahren an, das politischen Entscheidungsträgern helfen kann, die Wachstumseffekte von Finanzpolitik zu verbessern.

Außerdem zielt er darauf ab, die Bankpraxis der letzten Jahre zu korrigieren. So plädiert er dafür, in der operativen Arbeit der Weltbank ein Gleichgewicht zwischen der Beratung von Regierungen bei der Umsetzung von Sparmaßnahmen und

dem Aufbau von Institutionen im Bereich des Staatshaushalts zu gewährleisten. Des Weiteren sollen vorhandene Instrumente der Bank in den Bereichen Wachstumsförderung (z. B. *Country Economic Memoranda*) und Ausgabenprüfung (z. B. *Public Expenditure Reviews*) besser miteinander verknüpft werden.

Der Abschlussbericht zum Thema „Wachstumsorientierte Finanzpolitik“ wird Anfang 2008 fertig gestellt sein. Die dort ausgesprochenen Empfehlungen sollen im Rahmen von Veranstaltungen in verschiedenen Regionen vorgestellt werden.

3.13 Development Gateway Foundation

Die *Development Gateway Foundation* (DGF) wurde im Dezember 2001 durch die Weltbank gegründet. Sie ist eine unabhängige, gemeinnützige Organisation, die auf einer Reihe von Partnerschaften mit der Privatwirtschaft und Regierungen basiert. Ziel der DGF ist es, **durch die Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien die weltweite Armut zu verringern und eine nachhaltige Entwicklung zu fördern**. Die Stiftung bietet mit ihrem interaktiven Portal („*The Development Gateway*“, <http://www.dgfoundation.org>) eine Drehscheibe für Informationen zu den Themen Nachhaltige Entwicklung und Bekämpfung der Armut sowie Informationen zum Einsatz moderner Informationstechnik in der Entwicklungszusammenarbeit und eine Übersicht über entsprechende Projekte.

Deutschland trat als erstes Gründungsmitglied der DGF bei und engagiert sich dort derzeit mit 5,4 Mio. Euro. Darüber

hinaus unterstützen auch die Bundesländer Nordrhein-Westfalen und Bayern wie auch die Deutsche Telekom die DGF. Dr. Michael Hofmann, Abteilungsleiter III im BMZ, ist seit 2004 der Präsident des Exekutivkomitees der DGF.

Informations- und Kommunikationstechnologien sind wichtige Instrumente für die Entwicklungsländer und die Entwicklungszusammenarbeit. Beispiele für praktische Anwendungen sind die Organisation öffentlicher Ausschreibungen, das Management von finanziellen Unterstützungen, die Koordinierung von Projekt- und Programmaktivitäten, die Veröffentlichung von Mittelverwendungs- und Fortschrittsberichten sowie der zeitnahe Austausch von Erfahrungen und *Best Practices*.

Eine kürzlich durchgeführte Evaluierung der DGF kam zu dem Ergebnis, dass die DGF einen wesentlichen Beitrag zur Entwicklungszusammenarbeit leistet. Nach der operationellen Abspaltung von der Weltbank im Jahre 2004 ist die DGF in eine Konsolidierungsphase eingetreten, die neben einer Konzentration der Aktivitäten auch eine Überprüfung der Wirkungen vorsieht, um den Gebern die Effektivität der Produkte der DGF darzulegen.

3.14 Deutsche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Weltbankgruppe

Der Anteil der Deutschen, die in gehobenen Positionen als

²⁷ Internationale Mitarbeiter werden weltweit rekrutiert, sie erhalten zusätzliche finanzielle Leistungen, z. B. für Umzug und Neuansiedlung. Nationale Mitarbeiter arbeiten in der Zentrale, in der Regel als *Support Staff*; vor Ort stellen sie gut 80% der Mitarbeiter.

internationale Mitarbeiter²⁷ in der Weltbank beschäftigt sind, belief sich im letzten Jahr auf 3,2% (141 Mitarbeiter) und ist damit im Vergleich zum Vorjahr (3,1% bzw. 136 Mitarbeiter) leicht angestiegen. Damit wurde der bisher höchste deutsche Personalanteil in der Bank erreicht. Nach der deutlichen Steigerung der Zahl der deutschen Mitarbeiter um 12,4% im Vorjahr wurde damit auch in diesem Jahr der positive Trend verfestigt. Dies ist umso bemerkenswerter, als der Personalanteil der USA und Kanadas ebenso wie der meisten übrigen EU-Staaten (auch bedingt durch das ungünstige Wechselkursverhältnis Euro/US-\$) abnimmt (vgl. Tab. 2).

Tab. 2: Internationale Mitarbeiter in gehobenen Positionen in der Weltbankgruppe nach Nationalitäten

	Anzahl der internationalen Mitarbeiter in gehobenen Positionen (<i>Higher-Level Staff</i>)			Personalanteil in %		
	2006	2007	Veränderung gegenüber Vorjahr	2006	2007	IBRD-Kapitalanteil
Gesamt	4424	4426	+0%	100,0	100,0	100,00
USA	1098	1084	-1,3%	24,8	24,5	16,86
Japan	94	94	+0%	2,0	2,1	7,87
Deutschland	136	141	+3,7%	3,1	3,2	4,49
UK	245	229	-6,5%	5,5	5,2	4,31
Frankreich	221	215	-2,7%	5,0	4,9	4,31
Kanada	170	160	-5,9%	3,8	3,6	2,79
Italien	104	108	+3,8%	2,4	2,4	2,79

Quelle: Weltbank (2007): Interne Angaben der Personalabteilung

Dieses Ergebnis ist auch auf die Bemühungen des deutschen Büros, die intensive Betreuung der deutschen Personalförderprogramme und die Aktivitäten des Auswärtigen Amtes zurückzuführen. Dennoch arbeiten immer noch weniger Deutsche in der Weltbank, als es dem als

Referenzgröße dienenden Kapitalanteil Deutschlands an der IBRD in Höhe von rund 4,5% entsprechen würde. Auch in Zukunft wird daher die Förderung deutschen Personals zu den wesentlichen Aufgaben des deutschen Büros zählen.

Zum Ende des Geschäftsjahres 2007 wurden in der **Weltbankgruppe 11.024 Mitarbeiter**²⁸ gezählt. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Gesamtzahl der Mitarbeiter damit leicht angestiegen (um 148 Mitarbeiter bzw. um 1,4%).

Die Weltbank unterscheidet zwischen internationalen und nationalen Mitarbeitern. In der Zentrale in Washington wurden zum Ende des Geschäftsjahrs 2007 insgesamt 4.426 (2005: 4.424) internationale Mitarbeiter gezählt. Nach dem einschneidenden Stellenabbau im Rahmen der Budgetkonsolidierung im Jahre 2001 bestätigen diese Daten im fünften Jahr in Folge einen leichten Personalanstieg bei den internationalen Mitarbeitern. Lokal wurden insgesamt 6.598 Mitarbeiter rekrutiert.

Schaut man sich die internationalen Mitarbeiter unter dem Aspekt des Nationalitätenmixes an, dominieren mit 1.084 Mitarbeitern (24,5%) im Geschäftsjahr 2007 weiterhin die US-Amerikaner, obwohl die USA nur einen IBRD-Kapitalanteil von 16,9% haben.

Im Rahmen der Reformdiskussion zum Personalbereich hat die deutsche Seite – im Einklang mit einigen anderen Exekutivdirektoren – immer wieder eine größere **Diversifizierung** (*Diversity*) in der Weltbankgruppe gefordert.

²⁸ Hierzu zählen reguläre Mitarbeiter mit unbefristeten und befristeten Arbeitsverträgen. Nicht eingerechnet werden Angestellte mit einem Arbeitsvertrag von bis zu 190 Tagen im Jahr (*Short-Term Consultants*).

Der Begriff „Diversifizierung“ bezieht sich nicht nur auf einen ausgeglicheneren Nationalitätenmix. Er beinhaltet außerdem auch die Rekrutierung von Mitarbeitern aus allen Hochschulsystemen (bislang Bevorzugung angelsächsischer Hochschulen), den Einsatz vielfältiger Berufsprofile (dem breiten Tätigkeitsspektrum der Weltbank entsprechend) und die Rekrutierung von Mitarbeitern unabhängig von Geschlecht, Hautfarbe und Religion. Die Umsetzung der verstärkten Diversifizierung wird vom Exekutivdirektorium überwacht, zeigt bisher aber nur mäßige Erfolge. Dies liegt auch an der weitgehenden Dezentralisierung der Einstellungsverfahren, die es der Personalabteilung schwer macht, übergreifende Anforderungsprofile durchzusetzen. Mit der Einrichtung einer Direktorenstelle für *Diversity* und einer von der Personalabteilung vergebenen Überbrückungsfinanzierung (und dem damit erzielten Mitspracherecht bei der Bewerberauswahl) soll dem Erfolg der Diversifizierung Nachdruck verliehen werden.

Der Anteil der Frauen an den international angeworbenen Mitarbeitern ist im Geschäftsjahr 2007 nur leicht (von 34,4% im Vorjahr auf 35,1%) gestiegen – trotz vieler verbaler Änderungsbekundungen.

Es lässt sich festhalten, dass nach mehreren Jahren der Stagnation die Anstrengungen des Auswärtigen Amtes sowie des deutschen Büros letztlich zu wirken scheinen, wobei Deutsche in der Bank angesichts des deutschen Kapitalanteils von 4,5% weiterhin unterrepräsentiert sind. Ziel für die nächsten Jahre wird es daher bleiben, mit Hilfe der deutschen Personalprogramme (vgl. unten), gezielter Informationsveranstaltungen der Bundesregierung sowie durch die Unterstützung individueller Bewerbungen durch das

deutsche Büro den deutschen Personalanteil in der Weltbank zu steigern.

Um in Deutschland das Interesse für eine Tätigkeit bei der Weltbank zu erhöhen, wurde wie in der Vergangenheit auch im Geschäftsjahr 2007 unter Beteiligung der Weltbank, des Auswärtigen Amtes und des deutschen Exekutivdirektors ein ***Worldbank Recruitment Workshop*** in Berlin durchgeführt. Im Rahmen dieser Veranstaltung wurden interessierte deutsche Nachwuchskräfte sowie die Gruppe der *Mid-career*-Personen über Einstellungsverfahren und -voraussetzungen sowie Karrieremöglichkeiten in der Weltbank informiert. Das deutsche Büro wird darauf drängen, dass diese erfolgreiche Veranstaltung auch zukünftig jährlich organisiert und durchgeführt wird. Darüber hinaus lädt das deutsche Büro deutsche Mitarbeiter der Weltbankgruppe zu Veranstaltungen ein, die u. a. ein Forum zum *Networking* bieten.

Daneben wird die deutsche Unterrepräsentanz vom deutschen Büro regelmäßig und gemeinsam mit anderen ebenfalls deutlich unterrepräsentierten Ländern wie Japan in den Sitzungen des Exekutivdirektoriums und des Personalausschusses sowie in Diskussionen mit dem Management thematisiert.

Michael Klein ist als einer der Vizepräsidenten der Weltbankgruppe und Chefvolkswirt in der IFC zurzeit ranghöchster Deutscher im Management der Weltbankgruppe. Somit ist, wie in den Vorjahren, lediglich ein Deutscher in einer Spitzenposition des Weltbank-Managements vertreten. Im mittleren und höheren Management (Grad H und höher) ist Deutschland – mit zwei zusätzlichen Mitarbeitern im Vergleich zum Vorjahr – mit 52 Mitarbeitern vertreten. Auch hier hat sich in den letzten Jahren ein leichter Aufwärtstrend verstetigt.

Wichtige Instrumente für die mittel- und langfristige Erhöhung des deutschen Personalanteils in der Weltbankgruppe sind – neben einer zielgerichteten Informationspolitik in Deutschland – insbesondere für qualifizierte Mitarbeiter mit einschlägiger Berufserfahrung die Nachwuchs- und Personalprogramme. Die Teilnahme am höchst kompetitiven *Young Professional Program* der Weltbank ist eine vielgesuchte Eintrittspforte in die Bank.

Im Geschäftsjahr 2007 gelang es **einem** Deutschen sich gegen die internationale Konkurrenz durchzusetzen und als einer von 34 Teilnehmern ins *Young Professional Program* aufgenommen zu werden. Nach dem außergewöhnlich erfolgreichen letzten Jahr mit sechs deutschen *Young Professionals* bewegen wir uns damit auf dem Durchschnittsniveau der Vorjahre.

Überblick über vier zwischen Deutschland und der Weltbank vereinbarte Personalprogramme

Die vier mit der Weltbank vereinbarten **Programme zur mittel- und langfristigen Erhöhung des deutschen Personalanteils** erfreuen sich weiterhin großer Nachfrage:

Beigeordnete Sachverständige oder *Junior Professional Program*: Das vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) finanzierte Nachwuchsprogramm ist im Juli 1997 auf die Weltbank ausgedehnt worden. Im Geschäftsjahr 2007 wurden drei junge Mitarbeiter in für das BMZ strategisch interessanten Positionen finanziert. So können junge Berufstätige bis zu einem Alter von 32 Jahren für zwei bis drei Jahre in entwicklungspolitisch relevanten Arbeitsbereichen der Weltbank auf Kosten der Bundesregierung eingesetzt werden

und erhalten so eine gute Startposition für die Verhandlung eines Anschlussvertrages. Das Büro Führungskräfte zu Internationalen Organisationen (BFIO) in Bonn ist auf der deutschen Seite für die organisatorische und technische Betreuung des Programms zuständig. Die endgültige Kandidatenauswahl liegt bei der Weltbank, wobei eine Vorauswahl der Kandidaten unter Beteiligung des BMZ, des BFIO sowie des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik erfolgt. Darüber hinaus wird von den angenommenen Bewerbern erwartet, innerhalb des ersten Jahres einen Kurzeinsatz in der jeweils relevanten Abteilung/Einheit des BMZ, der Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ) und der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) zu absolvieren, um so die Kontakte in die Struktur der deutschen Entwicklungszusammenarbeit sicherzustellen. Stärker noch als bisher soll auf diesem Wege der Kontakt zu den Mitarbeitern aufgebaut und gepflegt werden. Weitere Informationen zum Programm sowie Hinweise zum Bewerbungsschluss finden sich auf www.arbeitsamt.de.

Das ursprünglich allein auf die Bundesministerien beschränkte **Nationale Expertenprogramm** wurde auf die Landesministerien, die nachgeordneten Behörden, die KfW, die GTZ, die Deutsche Bundesbank sowie Universitäten und Forschungsinstitute ausgedehnt. Nach der Angebots- und Bedarfsformulierung legt die Weltbankgruppe Stellenbeschreibungen vor; danach werden geeignete deutsche Kandidaten identifiziert. Bei der Entsendung von bis zu drei Jahren wird das deutsche Inlandsgehalt von der entsendenden Institution weiter bezahlt; die Weltbank übernimmt die Differenz zum regulären Weltbankgehalt und andere Kosten (insgesamt ca. die Hälfte der Gesamtkosten). Bis Ende des Geschäftsjahres 2007 waren drei Deutsche zur Weltbank entsandt.

Austauschprogramm mit der Wirtschaft und Internationalen Institutionen: Drei deutsche Unternehmen bzw. Institutionen (Siemens, Deutsche Bank, Bayerisches Wirtschaftsministerium) beteiligten sich an dem von Präsident Wolfensohn initiierten Austauschprogramm. Im Geschäftsjahr 2007 befanden sich insgesamt zwei Mitarbeiter von diesen Unternehmen in der Weltbank.

Das *Junior Professional Associates Program* der Weltbank ist ein im Jahr 2001 initiiertes neues Förderprogramm der Bank. Es wendet sich primär an Studienabgänger, die nicht älter als 29 Jahre sind, mindestens das Äquivalent eines *Bachelor Degrees* besitzen und gleichzeitig relevante praktische Erfahrung nachweisen können. *De facto* finden sich allerdings vermehrt Masterabsolventen unter den *Junior Professional Associates*. Die Anstellung ist streng auf zwei Jahre befristet, doch es besteht die Möglichkeit eines späteren Wiedereinstiegs in die Weltbankgruppe. Im Geschäftsjahr 2007 wurden sechs deutsche *Junior Professional Associates* eingestellt.

4

Die Geschäftstätigkeit der Weltbankgruppe im Geschäftsjahr 2007

4.1 Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (IBRD)

Im Geschäftsjahr 2007 sind die Kreditneuzusagen (*Commitments*) von IBRD gegenüber dem Vorjahr leicht auf 12,8 Mrd. US-\$ gesunken. **Regional** lag, wie im Vorjahr, Lateinamerika mit 33% der Neuzusagen an der Spitze, gefolgt von Europa (Ost- und Südosteuropa) mit 26% und Ostasien mit rund 22%. Es folgten der Nahe Osten mit 5,4%, Südasien mit 12,5% und Afrika mit 0,3% der Mittel. **Sektoral** an der Spitze der Neuzusagen lagen die Bereiche Transport und Wasserversorgung, gefolgt von den Sektoren Ländliche Entwicklung und Öffentliche Verwaltung.

Die Auszahlungen von IBRD-Mitteln blieben mit gut 11 Mrd. US-\$ geringfügig unter dem Vorjahreswert. Damit ist das IBRD-Kreditportfolio erneut geschrumpft.

Im Geschäftsjahr 2007 erzielte IBRD einen Überschuss in Höhe von rund 1,3 Mrd. US-\$. Hierbei handelt es sich jedoch nicht allein um den Gewinn aus dem Kreditgeschäft von IBRD. Zinsen und Gebühreneinnahmen reichen in der Regel nicht aus, um die Refinanzierungskosten, Kreditausfälle und den Verwaltungsaufwand (der auch die Beratungsleistungen

von IBRD umfasst) von ca. 1 Mrd. US-\$ p.a. abzudecken. Der Jahresüberschuss ergibt sich vielmehr primär aus der Verzinsung des Eigenkapitals von IBRD in Höhe von rund 36 Mrd. US-\$. Vorbehaltlich der Zustimmung der Gouverneure soll der Überschuss von IBRD wie in früheren Jahren überwiegend zur weiteren Stärkung des Eigenkapitals und für einen Transfer an IDA eingesetzt werden.

4.2 Internationale Entwicklungsorganisation (IDA)

Im Geschäftsjahr 2007 sind die Neuzusagen von IDA (konzessionäre Darlehen und Zuschüsse) gegenüber dem Vorjahr von 9,5 auf 11,9 Mrd. US-\$ angestiegen. Hingegen sanken die IDA-Auszahlungen leicht von 8,9 auf 8,6 Mrd. US-\$ (vgl. auch Anlage 6.3). Ursächlich hierfür waren Auszahlungsverzögerungen bei einigen größeren Projekten, die einer sorgfältigen Korruptionsüberprüfung unterzogen wurden. 22% aller IDA-Mittelzusagen entfielen auf das Instrument *Development Policy Lending*, das die früheren Strukturanpassungsdarlehen abgelöst hat.

Regional entfiel wie in den Vorjahren der größte Anteil der Neuzusagen (49%) auf Afrika sowie 34% auf Südasien, 10% auf Ostasien, 4% auf Europa und Zentralasien, 2% auf die Länder Nordafrikas und des Nahens Ostens sowie knapp 2% auf Lateinamerika/Karibik (vgl. Anlage 6.3).

In sektoraler Hinsicht lagen bei den Neuzusagen die Bereiche Bildung (13%), Ländliche Entwicklung (12%) und Gesundheit/Ernährung/Bevölkerung (12%) vorn, gefolgt von Transport (11%) und unmittelbarer Armutsbekämpfung (9%).

4.3 International Finance Corporation (IFC)

IFC-Geschäftstätigkeit

Im Geschäftsjahr 2007 (1.7.2006 bis 30.6.2007) setzte sich die positive Entwicklung der Vorjahre fort. Das Exekutivdirektorium von IFC genehmigte Vorhaben mit einem Gesamtvolumen von 9,3 Mrd. US-\$ gegenüber einem Volumen von 7,1 Mrd. US-\$ im Geschäftsjahr 2006.

Das Betriebsergebnis (*Operating income*) belief sich im Geschäftsjahr 2007 auf 2,6 Mrd. US-\$, was einer Verdoppelung gegenüber dem Vorjahr entsprach und auch das bisherige Rekordergebnis von 1,9 Mrd. US-\$ im Geschäftsjahr 2005 übertraf. Zu dem guten Ergebnis trugen sowohl die Erträge aus Beteiligungen (*Equity*) als auch aus dem Darlehensgeschäft (*Loans*) sowie aus der Anlage des Eigenkapitals von IFC (*Treasury Operations*) bei. Maßgeblich für den Rekordgewinn war die Veräußerung einer großen Eigenkapitalbeteiligung an einer vormals staatlichen rumänischen Bank an eine italienische Bank. Eine Entscheidung über die Verwendung des Gewinns von IFC wird erst im Herbst 2007 fallen. Der überwiegende Teil wird aller Voraussicht nach wie in den Vorjahren für die Stärkung der Eigenkapitalbasis von IFC verwendet werden. Außerdem wird gegenwärtig ein finanzieller Beitrag der IFC zu IDA15 diskutiert. Deutschland setzt sich dafür ein, dass IFC – genau wie die IBRD – einen finanziellen Beitrag zu IDA leistet. Voraussetzung dafür ist (wie auch bei IBRD), dass ausreichend Mittel zur Reservebildung und zur Stärkung des Grundkapitals verbleiben.

Schwerpunkt der **regionalen Verteilung** war in diesem Geschäftsjahr Asien mit 25% der neu genehmigten

Finanzierungen, gefolgt von Europa und Zentralasien mit 24% und Lateinamerika mit 20%. Die Neuzusagen für Subsahara-Afrika stiegen erfreulicherweise um knapp ein Drittel (von 11% auf 14% der Gesamtzusagen). Das absolute Volumen stieg von 770 Mio. US-\$ auf 1,34 Mrd. US-\$. Die Neuzusagen für den Nahen Osten und Nordafrika beliefen sich auf 14% (vgl. Anlage 6.4).

Sektoral bildete auch im Geschäftsjahr 2007 der **Finanzsektor** den **Investitionsschwerpunkt**. Der Anteil des Finanzsektors an den Neuzusagen belief sich ähnlich wie im Vorjahr auf 40% der Neuinvestitionen. Die IFC hat in diesem Bereich komparative Vorteile. Dennoch ist diese starke Konzentration des Engagements auf einen einzelnen Sektor unter Risikoaspekten nicht unbedenklich. In der Bedeutung der anderen sektoralen Bereiche (Industrie, Bergbau, Versorgungswirtschaft, Dienstleistungen) ergaben sich keine größeren Verschiebungen. Alle Branchen expandierten in ähnlicher Weise.

IFC-Strategie

Auf Basis einer soliden wirtschaftlichen Situation von IFC sowie in Erwartung weiterhin relativ günstiger Rahmenbedingungen in Schwellen- und Entwicklungsländern verfolgt IFC die in ihrer Strategie und im Geschäftsplan niedergelegte aggressive **Wachstumsstrategie** weiter. Dabei wird eine weitere Erhöhung der Zusagen für die Jahre 2008–2010 angestrebt. Parallel zur Ausweitung des Geschäftsvolumens der IFC sind die entwicklungspolitischen Erwartungen der Anteilseigner an IFC gewachsen.

Drei zentrale Erwartungen der Anteilseigner an IFC sind:

- **Verstärkte entwicklungspolitische Ausrichtung** von IFC (*Development Effectiveness*) und Orientierung an konkreten

messbaren Ergebnissen. In diesem Sinne hat IFC ein *Development Outcome Tracking System* eingeführt, in dem für jedes einzelne Vorhaben neben den klassischen betriebswirtschaftlichen Erfolgskennzahlen entwicklungspolitische Ziele vorgegeben werden und deren Erreichung kontinuierlich überprüft wird

- **Verstärkte Zusammenarbeit innerhalb der Weltbankgruppe** mit IBRD, IDA und MIGA zur Nutzung möglicher Synergieeffekte
- Umsetzung einer mit dem Exekutivdirektorium vereinbarten **mittelfristigen Geschäftsstrategie**, die folgende fünf Säulen umfasst:
 - Verstärktes Engagement in **Risikoländern** und **Risiko-regionen** der größeren Entwicklungsländer wie Indien und China
 - Verstärkte Förderung von Unternehmen aus Entwicklungsländern, die in anderen Entwicklungsländern investieren (**Süd-Süd-Investitionen**)
 - Orientierung am Grundsatz **ökologischer und sozialer Nachhaltigkeit**
 - Unterstützung des Privatsektors in **entwicklungspolitischen Schlüsselbereichen**, insbesondere Infrastruktur, Bildungs- und Gesundheitswesen
 - Unterstützung der **Entwicklung lokaler Finanzmärkte** in Entwicklungsländern

Das starke Wachstum und die parallele Verbesserung der entwicklungspolitischen Wirksamkeit lassen sich nur durch erhöhten Verwaltungs- und Personalaufwand erreichen. Die Mitarbeiterzahl von IFC ist im Geschäftsjahr 2007 auf über 3.000 angestiegen, das genehmigte Verwaltungsbudget für das Geschäftsjahr 2008 beträgt rund 600 Mio. US-\$, was eine rund 13%ige Steigerung gegenüber dem Vorjahr darstellt.

4.4 Multilaterale Investitions- garantie-Agentur (MIGA)

MIGA-Geschäftstätigkeit

MIGA hat im Geschäftsjahr 2007 Garantien zur Deckung politischer Risiken im Wert von **1,4 Mrd. US-\$ für 29 Projekte** vergeben. Damit ist die Geschäftstätigkeit volumenmäßig leicht gestiegen, wenngleich bei einer deutlich geringeren Anzahl von Projekten (1,3 Mrd. US-\$ für 41 Projekte im Vorjahr).

Brutto beträgt das Garantievolumen derzeit 5,3 Mrd. US-\$. Allerdings trägt MIGA die Risiken nie allein, sondern beteiligt stets kommerzielle Mitversicherer und Rückversicherer an den gedeckten Risiken. Unter Berücksichtigung dieser Mit- und Rückversicherung beträgt das Netto-Garantieportfolio 3,2 Mrd. US-\$.

Trotz boomender Auslandsinvestitionen in Schwellen- und Entwicklungsländern **stagniert** das Geschäftsvolumen von MIGA seit dem Jahr 2000 in einer Größenordnung von jährlich 1,2–1,4 Mrd. US-\$ für jeweils rund 30–40 Projekte. In Relation zu den privaten Nettokapitalflüssen aus Industrie- in Schwellen- und Entwicklungsländer in einer Größenordnung von rund 480 Mrd. US-\$ im Kalenderjahr 2005 erscheint die Relevanz und Signifikanz von MIGA bescheiden.

Die **große Mehrzahl aller Auslandsinvestoren** schätzt offenbar die politischen Risiken der Investitionsländer als tragbar ein und **verzichtet auf eine entsprechende Absicherung**. Investoren aus Industrieländern geben anscheinend nationalen Investitions Garantien auf Basis bilateraler Vereinbarungen den Vorzug gegenüber MIGA-

Deckungen. In Deutschland bietet beispielsweise die PricewaterhouseCoopers AG in Zusammenarbeit mit der Euler-Hermes-Kreditversicherungs AG im Auftrag der Bundesregierung vergleichbare Absicherungen gegen politische Risiken bei Auslandsinvestitionen an. Unter den im Geschäftsjahr 2007 durch MIGA versicherten Projekten war keines mit deutscher Beteiligung.

Trotz des stagnierenden Geschäftsvolumens waren im Geschäftsjahr 2007 **begrenzte qualitative Fortschritte** erkennbar. In den Vorjahren hatte sich die Geschäftstätigkeit von MIGA in einem bedenklichen Maß auf eine Region (Osteuropa), auf einen Sektor (den Finanzsektor) und einen einzelnen Kunden (Raiffeisen Zentralbank Österreich) konzentriert. MIGA hat sich aus dieser einseitigen Abhängigkeit gelöst und ihr Engagement in den Geschäftsjahren 2006 und 2007 kontinuierlich diversifiziert.

So sank der Anteil der Region **Europa und Zentralasien** begrüßenswerterweise weiterhin von 46% im Vorjahr auf 32%, der Anteil der Region Asien sank von 12% auf 9,2% und jener der Region Nahost von 10% auf Null. Dafür stiegen die Anteile Afrikas und Lateinamerikas signifikant: von 14% auf 23% (Afrika) und von 19% auf 37% (Lateinamerika) (vgl. Anlage 6.5).

Sektoral entfiel im Geschäftsjahr 2007 ein etwa gleich großer Anteil der Garantievergabe auf den Infrastrukturbereich (36%) und auf den Finanzsektor (35%), gefolgt vom Engagement in der verarbeitenden Industrie (23%), im Bereich Öl/Gas und Bergbau (3,6%) und in der Agrarindustrie (2%).

Neben dem Kerngeschäft der Garantievergabe leistete MIGA im Geschäftsjahr 2007 **technische Hilfe**

zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für Auslandsinvestitionen in rund 30 Ländern. Hierzu zählte u.a. die Unterstützung bei der Entwicklung von Investitionsförderungsstrategien und beim Aufbau von Investitionsförderungsagenturen. Daneben ist MIGA bei der **Schlichtung von Konflikten** zwischen Investoren und Regierungen des Gastlandes im Rahmen eines *Dispute Mediation Program* behilflich.

Ein deutlicher Unterschied zu privatwirtschaftlichen Versicherungen besteht darin, dass MIGA nur sehr **wenige Schadensfälle** zu regulieren hat. Dies gilt auch für das Geschäftsjahr 2007, in dem Prämien- und Gebühreneinnahmen in Höhe von 53,6 Mio. US-\$ keine nennenswerten Zahlungen für Schadensfälle gegenüberstanden. MIGA profitiert davon, dass Konfliktfälle, die MIGA-besicherte Investitionen betreffen, im Regelfall einvernehmlich gelöst werden, wobei die Zugehörigkeit von MIGA zur Weltbankgruppe offenkundig eine enorme Rolle spielt.

MIGA-Strategie

Die **aktuelle Geschäftsstrategie** von MIGA ähnelt derjenigen von IFC: Förderung von Infrastruktur, Engagement in *Frontier Countries* (Hochrisikoländern, Konfliktländern, Niedrigeinkommensländern) sowie Förderung von Investitionen aus Entwicklungsländern in Entwicklungsländer (Süd-Süd-Investitionen).

Die seit Mai 2004 im Amt befindliche geschäftsführende Vorsitzende (*Executive Vice President*) von MIGA, Frau **Yukiko Omura**, hat seit ihrem Amtsantritt umfangreiche Reformen durchgeführt, wie etwa die Schließung von Außenbüros, den Abbau von Hierarchiestufen innerhalb von

MIGA und eine Reorganisation der operativen Einheiten.

Abgesehen von der – sehr begrüßenswerten – Diversifizierung des MIGA-Engagements im abgelaufenen Geschäftsjahr ist ein nachhaltiger Erfolg der Reorganisation und der neuen Geschäftsstrategie bisher zwar noch nicht erkennbar. Jedoch hat MIGA in diesem Geschäftsjahr einige vielversprechende Schritte unternommen.

Zum einen hat MIGA die Synergien mit den anderen Organisationen der Weltbank ausgebaut, z. B. durch die Fusion ihres Programms zur technischen Unterstützung mit dem *Foreign Investment Advisory Service* von IFC ebenso wie durch die Übernahme der Umwelt- und Sozialstandards von IFC (vgl. hierzu Kapitel 3.8). Zum anderen wurden unter dem neuen Geschäftsführer Hasan Tuluy einige Maßnahmen eingeleitet, um MIGAs Geschäftstätigkeit auszuweiten und MIGAs Einnahmen zu erhöhen. Unter anderem wird an der Entwicklung einer neuen Preispolitik gearbeitet, außerdem wurden zur Ermittlung der komparativen Vorteile von MIGA im Markt für politische Risikoversicherungen eine Marktstudie und eine Kundenbefragung in Auftrag gegeben, deren Ergebnisse im kommenden Geschäftsjahr dem Exekutivdirektorium präsentiert werden.

4.5 Treuhandfonds und weitere Aktivitätsfelder der Weltbank

Mit den sog. **Treuhandfonds** (*Trust Funds*) hat die Weltbankgruppe in den letzten Jahren ein weiteres Geschäftsfeld erschlossen. In diesen Treuhandfonds verwaltet die Weltbank zweckgebundene Zuschüsse bilateraler Geber.

Die größten und bekanntesten sind der *Global Fund to fight Aids, Tuberculosis and Malaria*, der *Global*

Environmental Fund, der HIPC-Treuhandfonds und die länderbezogenen Treuhandfonds für Irak, Afghanistan, Palästina und Ost-Timor.

An Ende des Geschäftsjahres 2007 (30. Juni 2007) verwaltete die Weltbank **1.015 Treuhandfonds mit einem Gesamtvolumen in Höhe von 21,4 Mrd. US-\$**. Die Auszahlungen aus diesen Fonds sind im abgelaufenen Geschäftsjahr 2007 im Vergleich zum Vorjahr um 23% auf 5,8 Mrd. US-\$ angestiegen.

Positiv ist zu bewerten, dass durch Treuhandmittel die Arbeitskapazitäten und Expertise einer etablierten Institution genutzt werden und der Aufbau weiterer zusätzlicher Entwicklungsinstitutionen vermieden wird. Treuhandfonds ermöglichen es, Gebermittel für bestimmte Zwecke zu mobilisieren und zu *poolen* und damit Transaktionskosten zu reduzieren. Gerade für kleinere Geberländer ohne eigene Durchführungsinstitutionen können Treuhandfonds ein effizienter und effektiver Weg sein, Mittel für Entwicklungszwecke bereitzustellen.

1. Auf der anderen Seite gibt es auch **Kritik** an der raschen Zunahme von Treuhandfonds: Durch die hohen Volumina (inzwischen rund 50% der IBRD- oder IDA-Auszahlungen) werden Arbeitskapazitäten gebunden, die für das „Kerngeschäft“ der Weltbank nicht mehr zur Verfügung stehen.
2. Durch die thematische Zweckbestimmung der Treuhandmittel können die jeweiligen bilateralen Geber in zunehmendem Maße an den zuständigen Gremien (Gouverneursrat und Exekutivdirektorium) vorbei die „Agenda“ der Weltbank diktieren.
3. Die einzelnen Treuhandfonds haben zum Teil

sehr enge Zweckbestimmungen und spezifische Durchführungsmodalitäten und erfordern somit einen hohen Verwaltungsaufwand. Zudem haben Analysen der Innenrevision der Weltbank (*Internal Audit Department*) und des Wirtschaftsprüfers bei Treuhandmitteln einen weitaus höheren Anteil von Beanstandungen ergeben, als dies für die „regulären“ IDA- und IBRD-Mittel der Fall ist.

Aus den genannten Gründen gibt es seit Jahren Bestrebungen, die Anzahl von Treuhandfonds deutlich zu reduzieren, die Mobilisierung und den Einsatz von Treuhandmitteln stärker am Kernmandat der Weltbank zu orientieren sowie die Verwaltung und den Einsatz der Mittel zu standardisieren. Aufgrund unterschiedlicher Interessenlagen erfolgen notwendige Reformen in diesem Bereich allerdings nur schleppend.

Weitere Aktivitätsfelder der Weltbank

Neben dem Kernbereich der Investitionsfinanzierung ist die Weltbank in einem breiten Spektrum weiterer Aktivitäten engagiert. Hierzu zählen insbesondere die **Entwicklungsländerforschung** (im Internet unter www.worldbank.org → Rubrik *Data & Research*), das breite **Fortbildungsangebot** des *World Bank Institute* (www.worldbank.org/wbi), zahlreiche **Publikationen** (www.worldbank.org/reference) sowie **Konferenzen**.

Im Bereich des *Economic and Sector Work* wurden im vergangenen Jahr insgesamt rund 1.000 „Produkte“ (Studien, Untersuchungen, Gutachten) erstellt. Einen besonderen Stellenwert hierbei haben die **Länderstrategien** (*Country Assistance Strategies* oder *Country Partnership Strategies*). Ausgehend von der Entwicklungsstrategie des jeweiligen Landes, legen diese für einen Zeitraum von 3–4 Jahren

Ausrichtung und Umfang der Unterstützung seitens der Weltbank fest. Das Exekutivdirektorium der Weltbank diskutiert jährlich rund 30–40 derartige Länderstrategien.

In zunehmendem Maße wird neben IBRD oder IDA auch IFC in die Erstellung **gemeinsamer Strategien** der gesamten Weltbankgruppe eingebunden, um Synergien nutzbar zu machen. Zudem wird verstärkt versucht, die Länderstrategien **ergebnisorientiert** zu gestalten, um die Wirksamkeit der Strategien überprüfen zu können und diese zu verbessern.

5

Außenbeziehungen des deutschen Weltbankbüros

5.1 Zusammenarbeit mit der deutschen Wirtschaft

Auftragsvergaben an deutsche Firmen im Rahmen weltbankfinanzierter Vorhaben

Im Unterschied zu früheren Jahren führt die Weltbank keine umfassende Statistik über die Herkunftsländer von Lieferungen und Leistungen im Rahmen weltbankfinanzierter Vorhaben mehr. Lediglich für Großaufträge, die aber nur weniger als ein Viertel des gesamten IBRD-/IDA-Finanzierungsvolumens ausmachen, liegen Informationen über Herkunftsländer vor.

Basierend auf diesen Angaben schätzen wir, dass deutsche Unternehmen im Rahmen weltbankfinanzierter Vorhaben im Geschäftsjahr 2007 **Aufträge in einer Größenordnung von ca. 400–500 Mio. US-\$** erhalten haben. Soweit erkennbar, lagen deutsche Unternehmen aufgrund ihrer Exportorientierung und ihrer hohen Wettbewerbsfähigkeit auch im Jahr 2007 an erster Stelle unter den OECD-Ländern, gefolgt von französischen und spanischen Unternehmen. Insgesamt spielt die Weltbank angesichts der begrenzten Finanzierungsvolumina im Verhältnis zum gesamten deutschen Export (in einer Größenordnung von über 900 Mrd. US-\$ p.a.) für die Finanzierung deutscher Exporte keine große

Rolle. Auch für die Erschließung neuer Märkte sind weltbankfinanzierte Vorhaben nur von geringer Bedeutung. Für einzelne international agierende und konkurrenzfähige deutsche Unternehmen bleibt die Weltbank allerdings ein wichtiger Partner.

IBRD und IDA wurden zu einer Zeit fester Wechselkurse und weitreichender Devisenkontrollen gegründet. Der **Zugang zu Devisen und damit zu Importen** wurde in den 1950er, 1960er und 1970er Jahren als entscheidend für die wirtschaftliche Entwicklung angesehen. Das weltwirtschaftliche Umfeld hat sich seitdem grundlegend verändert. Einerseits haben viele Entwicklungsländer heute anderweitigen Zugang zu Devisen, sei es durch Exporte oder Zugang zum Kapitalmarkt. Andererseits haben sich in vielen Ländern **wettbewerbsfähige heimische Industrien** entwickelt. Daher ist es wenig überraschend, dass heute ca. **drei Viertel der Weltbank-Finanzierungen** (also rund 17 von insgesamt 23 Mrd. US-\$ pro Jahr) auf **Lieferungen und Leistungen aus Entwicklungsländern** entfallen und nur noch ein Viertel auf Lieferungen aus Industrieländern. Die größten Lieferländer sind China, Indien und Brasilien, wobei gerade chinesische und indische Firmen nicht nur bei Projekten im eigenen Land erfolgreich sind, sondern zunehmend auch auf anderen Märkten und in High-Tech-Branchen wie Telekommunikation und Energieversorgung.

Studie des Bundesministeriums für Wirtschaft (BMWi) zur Verbesserung des Zugangs deutscher mittelständischer Firmen zu Weltbank-Finanzierungen

Das BMWi finanziert derzeit eine Studie, die untersucht, wie der Zugang deutscher Unternehmen zu weltbankfinanzierten Vorhaben verbessert werden kann. Die erste Phase der

laufenden Studie hat bereits einige neue und interessante Erkenntnisse über die bisherige Beteiligung deutscher Firmen an Weltbank-Projekten erbracht. Der Zwischenbericht wurde im März 2007 mit Wirtschaftsvertretern in Berlin diskutiert. Von der Endfassung, die im September 2007 vorgelegt werden soll, erhoffen wir konkrete Vorschläge für eine Verbesserung des Informations- und Förderinstrumentariums.

Zur Rolle des deutschen Büros

Das Büro des deutschen Exekutivdirektors versteht sich als **Anlauf- und Beratungsstelle für die deutsche Wirtschaft**. Zahlreiche Entscheidungen, die innerhalb der Weltbank getroffen werden, beeinflussen die Wettbewerbschancen der deutschen Wirtschaft, daher sehen wir in der frühzeitigen Information über neue Entwicklungen eine unserer Aufgaben.

Um einen besseren und systematischeren Austausch mit Wirtschaftsvertretern zu erreichen, wurde Anfang des Jahres 2003 ein Wirtschaftsarbeitskreis gegründet. Hierbei handelt es sich um einen informellen Kreis von in Washington vertretenen Verbands-, Consulting- und Industrievertretern. Ziel der regelmäßigen Treffen dieses Arbeitskreises ist es, den Informationsfluss in beide Richtungen zu verbessern. Zum einen informiert das deutsche Büro über aktuelle Entwicklungen in der Weltbank und zum anderen ergibt sich die Möglichkeit, Informationen über Erfahrungen von Wirtschaftsvertretern mit der Weltbank zu erhalten. Ein wichtiges Thema im abgelaufenen Geschäftsjahr war die Diskussion über die verstärkte Anwendung ländereigener Systeme bei den Ausschreibungsverfahren und über die Konsequenzen, die sich daraus für die Unternehmen ergeben. Das Thema bleibt auch im laufenden Geschäftsjahr 2008 auf der Agenda der Weltbank und des deutschen Büros.

Auch im Geschäftsjahr 2007 haben zahlreiche Wirtschaftsvertreter aus verschiedenen Bundesländern die Weltbank besucht, um sich vor Ort über Geschäftsmöglichkeiten zu informieren.

Ansprechpartner für die deutsche Wirtschaft

Die folgenden Ansprechpartner sind für die deutsche Wirtschaft von besonderem Interesse:

- Herr Wilfried Maus von der **Bundesagentur für Außenwirtschaft (bfai)** fungiert als Kontaktstelle für die deutsche Wirtschaft in Weltbankfragen. Er ist zu erreichen unter: German Office for Foreign Trade, Agrippastrasse 87–93, 50676 Köln, Telefon: 0221-2057-339, Fax: 0221-2057-212, E-Mail: maus@bfai.de.
- Zusätzlich unterhält die **bfai** seit Ende 2003 eine Korrespondentenstelle und ein Verbindungsbüro zur Weltbank in Washington D.C. Der bfai-Korrespondent, Herr Günter Maier, informiert speziell über Geschäftsmöglichkeiten mit der Weltbank. Thematische Schwerpunkte sind die aktuellen Entwicklungen bei Beschaffungsfragen, Antrags- und Auftragsvergabeverfahren, Consultingleistungen und Themen der Projektabwicklung. Die bfai bietet auf ihrer Homepage (www.bfai.de) seit Frühjahr 2004 strukturierte Informationen zum Themenbereich **Weltbank-Projekte** an. Die Kontaktanschrift lautet: Günter Maier, German Office for Foreign Trade (bfai), Washington Liaison Office, 529 14th Street, NW, Suite 1135, Washington, D.C. 20045, USA, Tel.: +1-202-783-4490, Fax: +1-202-783-4533, E-Mail: maier@bfai.de.
- Das **gemeinsame Büro von BDI und DIHK in Washington** fungiert als Anlaufstelle und Beratungsinstanz

für die deutsche Wirtschaft. Das Büro wird von Herrn Bernhard Welschke geleitet, zuständig für die Weltbank ist Herr Michael Haidak. Die Kontaktanschrift lautet: Representative of German Industry and Trade, 1627 I Street, NW, Suite 550, Washington D.C., 20006, Telefon: +1-202-659-4777, Fax: +1-202-659-6821, E-Mail: mhaidak@rgit-usa.com.

5.2 Sonstige Außenbeziehungen

Die Pflege von Außenbeziehungen und die Bereitstellung von Informationen über die Arbeit der Weltbank gegenüber unterschiedlichen Adressatenkreisen nehmen in der Arbeit des deutschen Büros einen hohen Stellenwert ein.

So gab es im Geschäftsjahr 2007 eine Vielzahl von Kontakten und Besprechungen mit deutschen und internationalen Nichtregierungsorganisationen (teilweise gemeinsam mit anderen ED-Büros oder im EU-Kreis) zu aktuellen politischen Themen in der Bank. Häufig ging es bei diesen Treffen um Fragen im Zusammenhang mit der Vergabepolitik der Bank und um Transparenz.

Das deutsche Büro pflegte außerdem enge Kontakte zu den deutschen politischen Stiftungen. Zum einen wurden gemeinsame Veranstaltungen innerhalb und außerhalb der Weltbank organisiert, zum anderen fand eine Vielzahl von Gesprächen mit Stiftungsvertretern statt.

Daneben wurden Abgeordnete und Abgeordnetengruppen während ihres Besuches hier in der Weltbank betreut.

Schließlich haben der deutsche Exekutivdirektor ebenso wie die Mitarbeiter des Büros in verschiedenen Institutionen Vorträge über die Arbeit und Funktion der Weltbank gehalten.

6

Anlagen

6.1 Neuzusagen und Auszahlungen der IBRD in den Geschäftsjahren 2006 und 2007

	2006				2007			
	Neuzusagen Mio. \$	%	Auszahlungen Mio. \$	%	Neuzusagen Mio. \$	%	Auszahlungen Mio. \$	%
a. Regionale Aufteilung								
Afrika	40	0,3	4	0	37	0,3	32	0,3
Ostasien/Pazifik	2344	16,6	1806	15,3	2807	21,9	2358	21,3
Europa/Zentralasien	3532	25,0	2550	21,5	3340	26,0	2457	22,2
Lateinamerika/Karibik	5654	40,0	5628	47,6	4353	33,9	3525	31,9
Naher Osten/Nordafrika	1334	9,4	811	6,9	692	5,4	1477	13,4
Südasien	1231	8,7	1034	8,7	1600	12,5	1206	10,9
Summe	14135	100	11833	100	12829	100	11055	100
b. Sektorale Aufteilung								
Wirtschaftspolitik	985	7,0	1415	12,0	1278	10,0	1235	11,2
Bildung	1049	7,4	710	6,0	507	3,9	1000	9,0
Energie und Bergbau	1892	13,4	540	4,6	432	3,4	775	7,0
Umwelt	423	3,0	468	4,0	356	2,8	136	1,2
Finanzsektor	1,451	10,3	1,294	10,9	1092	8,5	1199	10,8
Gender und Entwicklung	0	0	0	0	0	0	0	0
Kommunikation/Technologie	0	0	3	0	0	0	2	0
Gesundheit und Ernährung	271	1,9	393	3,3	520	4,1	563	5,1
Armutsbekämpfung	0	0	0	0	530	4,1	530	4,8
Entwicklung des Privatsektors	1183	8,4	47	0,4	405	3,2	374	3,4
Governance öffentl. Sektor	1423	10,1	640	5,4	172	1,3	262	2,4
Ländliche Entwicklung	1242	8,8	941	7,9	1546	12,0	985	8,9
Soziale Entwicklung	0	0	245	2,1	100	0,8	97	0,9
Soziale Sicherung	700	4,9	1401	11,8	474	3,7	901	8,1
Transport	1829	12,9	2079	17,6	3261	25,4	1953	17,7
Städtische Entwicklung	1294	9,1	1,242	10,5	578	4,5	506	4,6
Wasser/Abwasserentsorgung	393	2,8	415	3,5	1578	12,3	537	4,9
Summe	14135	100	11833	100	12829	100	11055	100

6.2 Neuzusagen und Auszahlungen der IDA in den Geschäftsjahren 2006 und 2007

	2006				2007			
	Neuzusagen		Auszahlungen		Neuzusagen		Auszahlungen	
	Mio. \$	%	Mio. \$	%	Mio. \$	%	Mio. \$	%
a. Regionale Aufteilung								
Afrika	4746	49,9	4003	44,9	5760	48,5	3852	44,9
Ostasien/Pazifik	1057	11,1	755	8,5	1237	10,4	853	9,9
Europa/Zentralasien	513	5,4	457	5,2	422	3,6	479	5,6
Lateinamerika/Karibik	257	2,7	261	2,9	200	1,7	158	1,8
Naher Osten/Nordafrika	367	3,9	216	2,4	216	1,8	194	2,3
Südasiens	2566	27,0	3218	36,1	4032	34,0	3043	35,5
Summe	9506	100	8910	100	11867	100	8579	100
b. Sektorale Aufteilung								
Wirtschaftspolitik	957	10,1	1042	11,7	645	5,4	579	6,7
Bildung	761	8,0	1231	13,8	1526	12,9	1080	12,6
Energie und Bergbau	850	8,9	319	3,6	1005	8,5	514	6,0
Umwelt	186	2,0	71	0,8	5	0	86	1,0
Finanzsektor	282	3,0	212	2,4	33	0,3	0	0
Finanzmanagement	0	0	0	0	158	1,3	210	2,4
Kommunikation/Technologie	15	0,2	16	0,2	204	1,7	16	0,2
Gesundheit und Ernährung	744	7,8	894	10,0	1404	11,8	804	9,4
Armutsbekämpfung	688	7,2	774	8,7	1071	9,0	910	10,6
Entwicklung des Privatsektors	258	2,7	180	2,0	392	3,3	160	1,9
Governance öffentl.Sektor	696	7,3	365	4,1	484	4,1	677	7,9
Ländliche Entwicklung	1,458	15,3	1020	11,4	1430	12,1	1125	13,1
Soziale Entwicklung	192	2,0	186	2,1	163	1,4	143	1,7
Soziale Sicherung	291	3,1	446	5,0	323	2,7	469	5,5
Transport	1088	11,4	1040	11,7	1280	10,8	1028	12,0
Städtische Entwicklung	728	7,7	741	8,3	895	7,5	370	4,3
Wasser/Abwasserentsorgung	312	3,3	373	4,2	849	7,2	408	4,7
Summe	9506	100	8910	100	11867	100	8579	100

6.3 IFC-Geschäftstätigkeit in den Geschäftsjahren 2006 und 2007

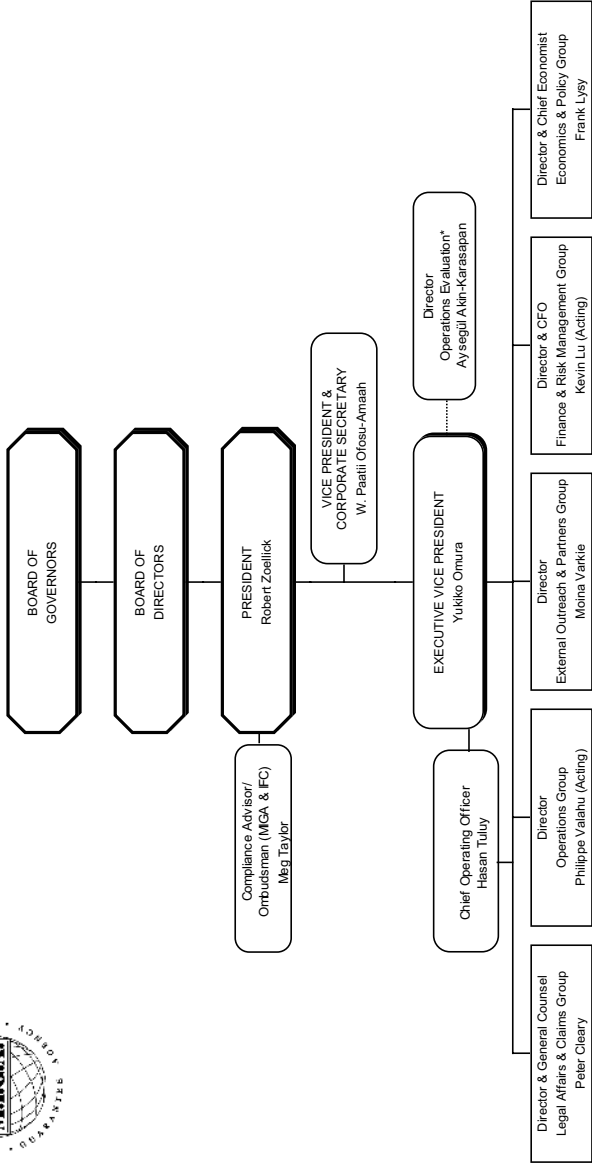
	2006		2007	
	Mio. \$	%	Mio. \$	%
a. Regionale Aufteilung				
Afrika	771	10,8	1342	14,4
Asien	1622	22,7	2335	25,0
Naher Osten und Nordafrika	840	11,8	1310	14,0
Europa und Zentralasien	2015	28,2	2210	23,7
Lateinamerika	1837	25,7	1817	19,5
Regional	58	0,8	325	3,5
Summe	7142	100,0	9339	100,0
b. Sektorale Aufteilung				
Land- & Forstwirtschaft	156	2,2	155	1,7
Öl, Gas & Bergbau	526	7,4	592	6,3
Versorgungswirtschaft	479	6,7	911	9,8
Bau & Immobilien	7	0,1	116	1,2
Transport & Lagerhaltung	467	6,5	326	3,5
Nahrungsmittel & Getränke	301	4,2	568	6,1
Chemikalien	279	3,9	584	6,3
Nichtmetall-Mineralprodukte	486	6,8	527	5,6
Eisen- & Stahlprodukte	211	3,0	60	0,6
Zellstoff & Papier	127	1,8	198	2,1
Textilien, Bekleidung, Leder	25	0,4	54	0,6
Industrie- & Konsumgüterprodukte	143	2,0	192	2,1
Information	227	3,2	397	4,3
Finanzsektor & Versicherung	3079	43,1	3774	40,4
Investitionsförderung	314	4,4	239	2,6
Groß- & Einzelhandel	173	2,4	152	1,6
Dienstleistungen	1	0,0	5	0,1
Gesundheitswesen	68	1,0	165	1,8
Bildungswesen	34	0,5	101	1,1
Tourismus	39	0,5	223	2,4
Summe	7142	100,0	9339	100,0

6.4 MIGA-Geschäftstätigkeit in den Geschäftsjahren 2006 und 2007

Regionale u. sektorale Verteilung der MIGA Garantien

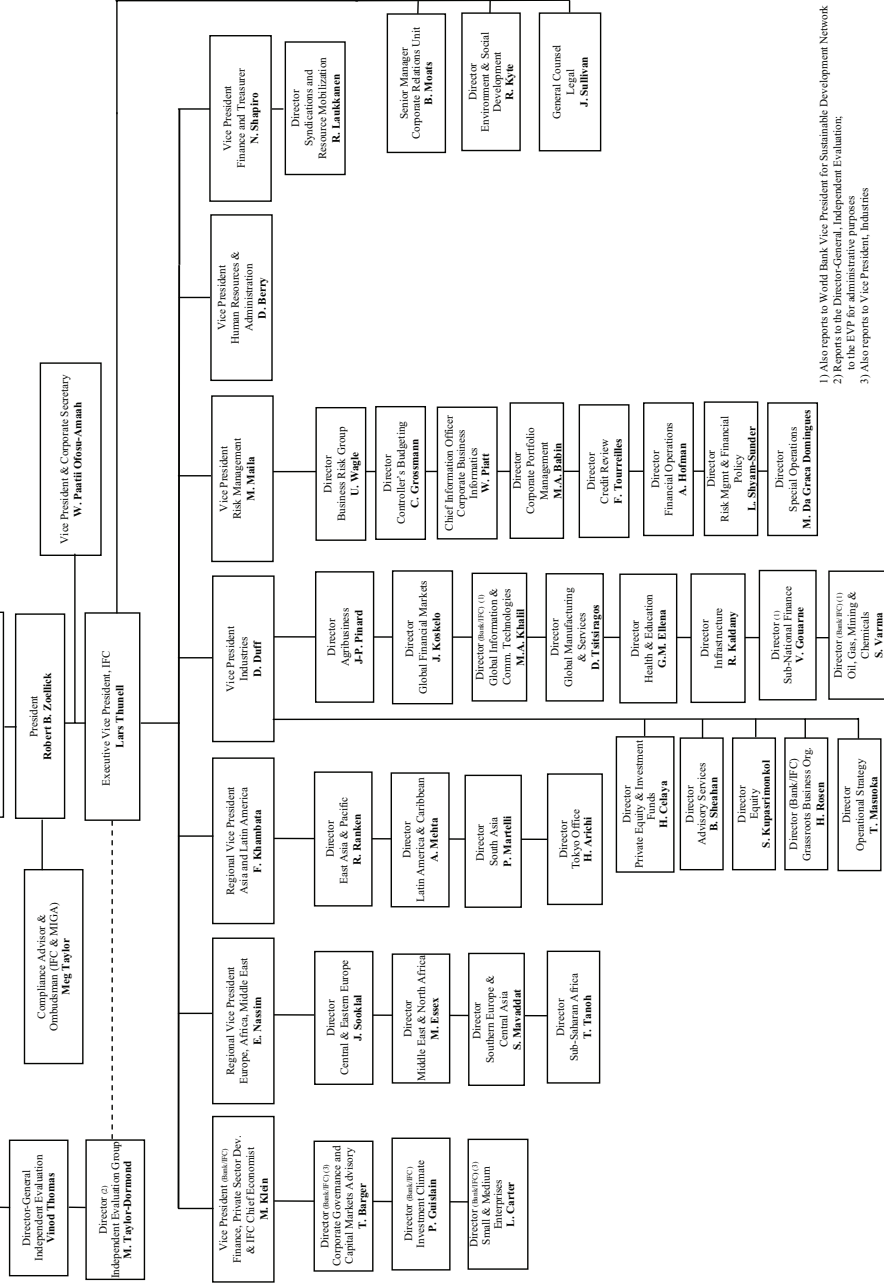
	2006		2007	
	Mio. US-\$	%	Mio. US-\$	%
a. Regionale Aufteilung				
Lateinamerika/Karibik	242	18,6	502	36,6
Afrika	180	13,8	311	22,7
Europa/Zentralasien	600	46	430	31,5
Asien	150	11,5	125	9,2
Naher Osten/Nordafrika	131	10,1		
Summe	1303	100	1368	100
b. Sektorale Aufteilung				
Infrastruktur	469	36	494	36,2
Finanzsektor	238	18,3	472	34,5
Tourismus/Dienstleistungen	104	8	4	0,3
Landwirtschaft & Fertigung	65	5	348	25,4
Öl, Gas & Bergbau	427	32,8	50	3,6
Summe	1303	100	1368	100

**ORGANIZATION CHART OF THE MULTILATERAL INVESTMENT GUARANTEE AGENCY
July 2007**



* Reports operationally to DGO (Independent Evaluation) and administratively to EVP (MIGA)

INTERNATIONAL FINANCE CORPORATION
ORGANIZATIONAL STRUCTURE
 July 2007



1) Also reports to World Bank Vice President for Sustainable Development Network
 2) Reports to the Director-General, Independent Evaluation
 3) Also reports to Vice President, Industries

6.6 Nützliche Links

Berichte

Global Monitoring Report

<http://www.worldbank.org/gmr2007>

World Bank Annual Report

<http://go.worldbank.org/KQ3OFFED90>

Doing Business Report

<http://www.doingbusiness.org>

World Development Report

<http://www.worldbank.org/wdr/>

Global Economic Prospects

<http://www.worldbank.org/gep2007>

Weltbankgruppe

IBRD/IDA

<http://www.worldbank.org>

IFC

<http://www.ifc.org>

MIGA

<http://www.miga.org>

ICSID

<http://www.worldbank.org/icsid>

Exekutivdirektorium

<http://boards.worldbank.org/public/eds/boards.nsf>

6.7 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des deutschen Weltbankbüros



Dr. habil. Eckhard Deutscher
edeutscher@worldbank.org
Exekutivedirektor
202.458-1183



Dr. Rüdiger von Kleist
rvonkleist@worldbank.org
Stellv. Exekutivdirektor
202.458-1190



Uwe Gehlen
ugehlen@worldbank.org
Senior Advisor
202.458-8014



Martin Dorschel
mdorschel@worldbank.org
Advisor
202.458-1742



Dr. Roger Fischer
rfischer@worldbank.org
Advisor
202.458-8320



Qays Hamad
qhamad@worldbank.org
Advisor
202.458-1181



Dr. Claudia Müller
cmueller1@worldbank.org
Advisor
202.458-4825



Uwe Wolff
uwolff@worldbank.org
Advisor
202.458-1182



Brigitte Haghghi
bhaghghi@worldbank.org
Sekretariat
202.458-1628



Daniela Sperco
dsperco@worldbank.org
Sekretariat
202.458-1186

